



LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH  
**KONZERNABSCHLUSS**  
2014

# INHALTSVERZEICHNIS

Konzernlagebericht .....	Seite 3
Konzernbilanz .....	Seite 36
Konzerngewinn- und Verlustrechnung .....	Seite 38
Konzernanhang .....	Seite 39
Konzernkapitalflussrechnung .....	Seite 64
Konzerneigenkapitalspiegel .....	Seite 66
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	Seite 68



# KONZERNLAGEBERICHT

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

## 1 GRUNDLAGEN DES KONZERNS

### 1.1 Geschäftsmodell

Mit seinen rund 4.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der Konzern der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), eines der größten Unternehmen Mitteldeutschlands. Als Versorgungs- und Infrastrukturunternehmen verbindet der LVV-Konzern Handel, Vertrieb, Infrastruktur, Produktion und Service in den drei Kerngeschäftsfeldern Energie, Wasser und Verkehr. Der LVV-Konzern deckt somit die elementaren Grundbedürfnisse wie Trinkwasser, Mobilität sowie Strom und Wärme ab. Die LVV, deren alleinige Gesellschafterin die Stadt Leipzig ist, sorgt für eine abgestimmte, wirtschaftlich erfolgreiche und sich gegenseitig fördernde Entwicklung ihrer Beteiligungsunternehmen – Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig (nachfolgend KWL), Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig (nachfolgend LVB), Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig (nachfolgend SW Leipzig), und weitere Tochterunternehmen – zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Leipzigs und der Region. Sie stärkt die Ertragskraft und die Ergebnisstabilität des gesamten LVV-Konzerns nachhaltig und ist damit Garant für die Investitionsfähigkeit aller unter ihrem Dach agierenden Unternehmen. Der Bereich Energieversorgung umfasst die Erzeugung von Strom und Wärme, den Strom- sowie Gasgroßhandel, den Vertrieb von Strom, Gas und Wärme, die Wärmeversorgung in Gdańsk, den Betrieb von Strom-, Gas- und Wärmeverteilungsnetzen sowie die Erbringung energienaher Dienst- und Abrechnungsleistungen. Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung werden die Bereitstellung von Trinkwasser und die Beseitigung von Abwasser sowie vielfältige Dienstleistungen in technischen und kaufmännischen Belangen abgesichert. Der Personennahverkehr umfasst hauptsächlich den Betrieb von Straßenbahnen und Omnibussen sowie die Erbringung von Verkehrsdienstleistungen im Stadtgebiet Leipzig sowie im angrenzenden Umland.

Die Leistungen der Geschäftsbereiche werden jeweils durch ein oder mehrere Tochterunternehmen des Konzerns erbracht. Die Leitung der Tochterunternehmen untersteht den jeweiligen Geschäftsführungen. Organisations-, Planungs- und Berichtsstruktur des Konzerns entsprechen den strategischen Geschäftsfeldern. Die Schwerpunkte in der Steuerung bilden die Konzernunternehmen KWL, LVB und SW Leipzig.

### 1.2 Ziele und Strategien

Als Wirtschaftsunternehmen der Leipziger Bürger übernimmt der LVV-Konzern die Verantwortung für die Bereitstellung und Finanzierung der Grundversorgung mit Energie, Wasser und Mobilität in der wachsenden Stadt Leipzig. Diese Verantwortung verpflichtet zum Vorhalten einer leistungsfähigen und bedarfsgerechten Infrastruktur sowie eines umfassenden und serviceorientierten Dienstleistungsangebotes. Dabei bewegt sich die LVV auf regulierten Märkten wie der Wasser- und Abwasserversorgung sowie dem Betrieb von Strom- und Gasverteilungsnetzen wie auch auf wettbewerblichen Märkten der Versorgung mit Energie- und Mobilitätsdienstleistungen. Die Gestaltung der Energiewende, die Transformation der Energieversorgung unter den Bedingungen wettbewerblich organisierter Märkte stellt auch für die LVV Gruppe eine besondere Herausforderung dar.





Unabdingbar für den Erfolg des LVV-Konzerns ist die nachhaltige Sicherung der Ertrags- und Finanzkraft des Gesamtkonzerns. Das EBITDA im Konzern soll in den kommenden Jahren kontinuierlich auf Mio. EUR 230 gesteigert werden. Dazu sollen insbesondere Verbesserungen der Effizienz im LVV-Konzern durch Nutzung von Synergiepotenzialen in den Querschnittsfunktionen beitragen. Ebenso werden substantielle Ergebnisbeiträge durch Effizienzsteigerungen in den marktnahen Prozessen der Geschäftsbereiche Energie, Wasser und Mobilität erwartet. Und schließlich sollen Marktchancen, die beispielsweise mit der Energiewende verbunden sind, genutzt werden, um nachhaltig profitable Ergebnisbeiträge zu generieren.

Die Stadt und Region Leipzig ist für die LVV der Heimatmarkt. Hier positionieren sich die Unternehmen in der LVV-Gruppe als erster „Ansprechpartner“ und somit als Marktführer für Mobilität, Energie und Wasser. Als strategischer Wettbewerbsvorteil wird die regionale Verankerung und Kundennähe angesehen. Das Leistungsangebot verbindet Tradition mit Innovation und wird den sich verändernden Kundenbedürfnissen kontinuierlich angepasst. Strategische Schwerpunkte auf der Marktseite sind insbesondere:

- Ausbau erneuerbarer Energien in unserem Leistungsangebot zur Energieversorgung durch die Kombination aus klassischer leitungsgebundener Energieversorgung und dezentralen Anlagen zur Wärme- und Stromerzeugung.
- Die Bereitstellung multimodaler Mobilitätsdienstleistungen, um das öffentliche Nahverkehrsangebot mit Bussen und Bahnen mit individuellen vorzugsweise CO<sub>2</sub>-armen Mobilitätsangeboten wie Car-Sharing oder Mietfahrrädern zu verknüpfen.
- Digitalisierung marktseitiger Prozesse zur Individualisierung von Produkten und Leistungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Prozesseffizienz und Servicequalität.
- Integrierte Kommunikation und Konzernmarkenintegration zur Stärkung der Transparenz in unserem Leistungsangebot, Fokussierung unserer Sponsoring Aktivitäten sowie zur Erhöhung der Effizienz in der Markt- und Produktkommunikation.
- Nutzung von Marktchancen in ausgewählten regionalen und überregionalen Märkten. Beispielsweise durch die Konzentration auf Energiedienstleistungen im bundesweiten Energiegroßhandel.

Im regulierten Netzgeschäft liegt der strategische Schwerpunkt in der Optimierung der erzielbaren Rendite im Sinne der Anreizregulierung. Wesentliche Ansätze hierbei sind:

- Konsequente Umsetzung von Verfahren des strategischen und operativen Asset Managements.
- Flexibilisierung des Investitionsverhaltens und des Ressourceneinsatzes bei gleichzeitiger Sicherstellung von Versorgungsqualität und -sicherheit.
- Digitalisierung der internen und marktnahen Prozesse.
- Erweiterung des Netzgebietes auf das gesamte Gemeindegebiet der Stadt Leipzig durch den Erwerb von Konzessionen sowie die Übernahme von Netzen und Anlagen.

Das Agieren des LVV-Konzerns orientiert sich jeweils an den vorhandenen Ressourcen, den Branchenentwicklungen und den zukünftigen Rahmenbedingungen. Wichtig ist uns auch zukünftig eine breite Diversifikation. Unsere Strategie ist ebenso darauf ausgerichtet die Herausforderungen durch Wachstum der Stadt Leipzig zu meistern und die damit verbundenen Chancen für eine Verbesserung der Auslastung unserer Infrastruktur zu nutzen.

Die Strategie des LVV-Konzerns stiftet Nutzen für vielfältige Anspruchsgruppen. Besonders wichtig ist uns das vorhandene Potenzial des Konzerns in einen messbaren, wahrgenommenen Nutzen für unsere Kunden, Marktpartner und Mitarbeiter zu verwandeln. Für unseren Gesellschafter sichern wir eine attraktive und risikoarme Verzinsung des uns bereitgestellten Kapitals.



Die Managementholding fokussiert sich auf die einheitliche Leitung des LVV-Konzernverbundes und entwickelt eine unternehmensübergreifende Unternehmensphilosophie und Strategie. Durch ein aktives Management und die Sicherstellung einer hohen Transparenz werden Risiken minimiert. Über ein effektives Beteiligungsmanagement werden die zugehörigen Tochtergesellschaften zielgerichtet koordiniert.

Die strategische Aufgabe des LVV-Konzerns ist es, in einem kompetitiven, teilweise regulierten, in jedem Fall stark veränderlichen Marktumfeld die Ziele der Eigentümerin Stadt Leipzig umzusetzen. Dabei legt die LVV die Grundlagen für eine Ressourcensteuerung, die auf eine Wertsteigerung der Konzernunternehmen zielt.

### 1.3 Steuerungssystem

Mit den wachsenden Anforderungen an den LVV-Konzern steigen die Anforderungen an die Aufsichtsgremien und die Geschäftsführung der LVV sowie der Tochtergesellschaften auch im Hinblick auf ihre Überwachungs- und Steuerungsaufgaben. Dem wurde unter anderem durch die Einführung eines konzernweiten Finanz- und Risikomanagements, einer Konzernrevision, eines Konzernrechnungswesens und einer Konzernkommunikation Rechnung getragen. Diese Funktionen wurden bereits im Vorjahr weiter gestärkt und um weitere Steuerungsfunktionen wie Personalstrategie und IT-Strategie ergänzt. Zudem wurden die Inhalte des Beteiligungsmanagements und der Konzernentwicklung aktualisiert und weiter zielkonform ausgebaut.

Der LVV-Konzern setzt ein wertorientiertes Managementsystem zur Steuerung und Führung ein. Dabei besteht das Ziel, den Wert der Unternehmensgruppe kontinuierlich zu steigern.

Mit dem bestehenden Controllingkonzept koordiniert und steuert die LVV die einzelnen Tochtergesellschaften. Von zentraler Bedeutung ist der jährliche Strategie- und Planungsprozess. Hier werden grundsätzliche Erwartungen über Investitionen in Anlagen, Märkte und unterstützende Aktivitäten in ihren Auswirkungen auf die Unternehmenswertentwicklung offengelegt und bewertet. Die Planung im LVV-Konzern erfolgt Bottom-up unter Einhaltung von strategischen Vorgaben. Damit wird die Planung der einzelnen Tochtergesellschaften unterstützt und ausgerichtet sowie eine konzernweite Transparenz geschaffen.

Die im Vorjahr initiierte Überarbeitung der Berichterstattungssysteme zur Beschleunigung und Vereinfachung von Ist- und Planungsrechnungen ist weitgehend abgeschlossen. Das Konzept einer wertorientierten Steuerung der Tochtergesellschaften auf der Basis von Kennzahlen, welche für die Steuerung des Gesamtkonzerns von Bedeutung sind, wurde auf Ebene der KWL und SW Leipzig bereits realisiert. Auf Ebene der LVB befindet sich das Konzept derzeit in der Umsetzungsphase. Neben der standardmäßigen Berichterstattung erfolgt im Bedarfsfall eine ad-hoc beziehungsweise maßnahmenorientierte Auswertung der jeweiligen Geschäftsentwicklung.

Neben dem abschließenden Ausbau der Steuerungsfunktionen der LVV konzentriert sich die LVV weiterhin auf die Erschließung von Synergien und Effizienzverbesserungen im Konzern und wird auch in den Folgejahren an der Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen arbeiten.





## 1.4 Leistungskennzahlen

Der Steuerung des LVV-Konzerns werden insbesondere folgende Leistungskennzahlen zugrunde gelegt:

Kennzahl		2013	2014	2014	2015
		Ist	Plan	Ist	Plan
Konzernergebnis	[Mio. EUR]	-3,5	10,6	23,8	108,2
Eigenmittelquote	[%]	32,2	34,0	34,6	36,6
Nettogesamtverschuldung	[Mio. EUR]	561,8	732,1	615,1	810,8
Adjustiertes EBITDA	[Mio. EUR]	199,4	216,4	203,1	216,3
Dynamischer Verschuldungsgrad		2,8	3,4	3,0	3,7

Die Eigenmittelquote ergibt sich als Quotient aus den Eigenmitteln (Eigenkapital zuzüglich des nachrangigen Gesellschafterdarlehens, des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung und der Hälfte der Sonderposten abzüglich der Forderungen gegen Gesellschafter) und der um die Forderungen gegen Gesellschafter bereinigten Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sonstige zinstragende Verbindlichkeiten abzüglich liquider Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens ergeben die Nettogesamtverschuldung.

Das adjustierte EBITDA (Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und Wertminderungen) wird aus dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zuzüglich Abschreibungen auf das Anlagevermögen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens zuzüglich Zinsen und ähnlicher Aufwendungen abzüglich Zinserträge ermittelt.

Der dynamische Verschuldungsgrad ergibt sich aus der Nettogesamtverschuldung dividiert durch das adjustierte EBITDA. Er gibt an, wie viele Jahre das adjustierte EBITDA (ohne Kreditneuaufnahmen) erwirtschaftet werden müsste, um eine Tilgung der Nettogesamtverschuldung zu erreichen.

## 2 WIRTSCHAFTSBERICHT

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 als relativ stabil erwiesen. Dem schwungvollen Jahresauftakt folgten zunächst Schwächephasen, welche zum Jahresende dennoch stabilisiert werden konnten. Das Bruttoinlandsprodukt stieg nach ersten Schätzungen um insgesamt 1,5 % und lag hierbei über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. Auch die Lage am Arbeitsmarkt blieb im Jahresverlauf 2014 weiterhin positiv. Die Beschäftigung nahm zu, und die Anzahl der Arbeitslosen blieb seit Längerem auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Der Anstieg der Verbraucherpreise liegt unterhalb des Nominallohnanstiegs, sodass die Reallöhne und damit die verfügbaren Einkommen weiter steigen werden. In Polen betrug der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes 3,3 %. Das entspricht einer Verdopplung gegenüber dem Vorjahr. Laut dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) verzeichnete Polen damit eine der höchsten Wachstumsraten unter den europäischen Staaten.



Für das Jahr 2015 ist mit einer leichten Beschleunigung des globalen Wachstums zu rechnen. Mit einer erwarteten Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 % für den Euroraum zeichnet sich jedoch weiterhin eine eher verhaltene Entwicklung ab. Die Bevölkerung der Messestadt Leipzig – als Heimatmarkt des LVV-Konzerns – wächst weiterhin im Rekordtempo. Leipzig ist prozentual gesehen die am stärksten wachsende Stadt in Deutschland. Am Jahresende 2014 waren 551.871 Personen in der Stadt Leipzig mit ihrem Hauptwohnsitz gemeldet. Der Nettozuwachs von über 10.000 Menschen übertrifft alle bisher getroffenen Prognosen. Ebenso erreichte die Anzahl der Geburten in Leipzig eine neue Höchstmarke seit 1990, somit gibt es erstmalig seit 1965 mehr Geburten als Sterbefälle. Leipzig profitiert darüber hinaus vom Anstieg der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze – die Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten zehn Jahren halbiert. Weiterhin spielen auch Möglichkeiten zur Berufsausbildung und zum Studium eine wichtige Rolle für die positive Entwicklung der Stadt Leipzig.

Gemäß der Anfang 2015 durchgeführten Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig ist die Lage der gewerblichen Wirtschaft weiterhin überdurchschnittlich gut. Die Aussichten für 2015 bleiben jedoch trotz des konjunkturellen Schwungs zurückhaltend.

Eine unsichere Rahmenbedingung, welche den Konzern stark beeinflusst, ist weiterhin die Energiewende in Deutschland. Die Konzernunternehmen müssen sich strategisch und technisch auf die mit ihr verbundenen Herausforderungen einstellen und den Wandel in der Energiebranche als Chance wahrnehmen. Die Energiewende hat unter anderem die Prämissen für konventionelle Kraftwerke verändert. Der fortschreitende Ausbau der erneuerbaren Energien sowie dezentraler Kraftwerkskapazitäten hat zusammen mit der sich weiterentwickelnden Integration des europäischen Energiebinnenmarktes dazu geführt, dass die Wirtschaftlichkeit zahlreicher Mittel- und Spitzenlastkraftwerke nicht mehr gegeben ist.

Die gesunkenen Strompreise an den Großhandelsmärkten führten dazu, dass der Spread aus Stromerlösen, CO<sub>2</sub>- und Gaskosten negativ ist und dies mittelfristig auch bleiben wird. Hierdurch geraten die Gaskraftwerke in Deutschland, so auch das Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Leipzig (GuD-KW Leipzig), wirtschaftlich massiv unter Druck. Bei Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) wird die Wirtschaftlichkeit, abhängig von der spezifischen Situation vor Ort, unter anderem durch die Wärmeerlöse ermöglicht. Der von der Politik bezweckte Lenkungseffekt des CO<sub>2</sub>-Marktes hin zu CO<sub>2</sub>-armen Stromerzeugungstechnologien greift nicht vollumfänglich, sodass Kohlekraftwerke aktuell deutlich wirtschaftlicher als Gaskraftwerke sind.

Im Zusammenhang mit der Regulierung der Großhandelsmärkte ziehen sich Banken und andere Marktteilnehmer vom Großhandelsmarkt für Strom und Gas zurück. Infolgedessen sinkt die Liquidität im Handelsgeschäft, vor allem im längerfristigen Terminmarkt. Damit verlagern sich Handelsvolumina verstärkt in den Kurzfristbereich. Weiterhin ist ein Rückgang der Preisausschläge, insbesondere im Terminbereich, zu verzeichnen. Regulatorische Vorgaben, die meist mit Meldepflichten verbunden sind, führen zu einer Erhöhung der Prozesskosten. Die Bundesnetzagentur (BNetzA) führt derzeit eine öffentliche Konsultation zu Änderungen des Standardbilanzkreisvertrages Strom durch. Gleichzeitig wurde hierzu ein Festlegungsverfahren eröffnet. Ziel ist die ständige Sicherstellung eines zuverlässigen Systembetriebs durch ein effektives und reibungsloses Zusammenwirken von Bilanzkreisverantwortlichen und Übertragungsnetzbetreibern. Im Bereich Strom wurden die Voraussetzungen für das Zusammenlegen von Entnahmestellen (Pooling) zur Ermittlung des Jahresleistungsentgeltes definiert. Pooling ist nunmehr unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Dies hat Auswirkungen auf die vorgelagerten Netzkosten und damit auf die Netzentgelte.

Das angedachte Smart-Meter-Rollout stand nach wie vor im Fokus des Gesetzgebers und der Branche. Aufbauend auf der im Vorjahr vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) in Auftrag gegebenen und von der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft veröffentlichten Studie wurden weitere Auswertungen vorangetrieben. Eine Konkretisierung der Weiterentwicklung des Regu-



lierungsregimes beziehungsweise die regulatorische Anerkennung der mit der flächendeckenden Verbreitung intelligenter Zähler und Messsysteme verbundenen Kosten konnte rechtlich nicht festgelegt werden.

In Polen gilt der für den Zeitraum März 2013 bis April 2016 ein durch die nationale Regulierungsbehörde Urząd Regulacji Energetyki (URE) festgelegter Wärmetarif. In diesem Zeitraum kann die GPEC die genehmigten Preise und Gebührensätze alle zwölf Monate an die sich ändernden Rahmenbedingungen anpassen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Preisanpassungen vorgenommen.

Weniger umfassend und tief greifend war der Modernisierungsprozess, in dem sich die deutsche Wasserwirtschaft befand. Es gilt aber auch für die KWL, bei bezahlbaren Entgelten die hohen Standards zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wesentliche Herausforderungen der Branche bleiben die demografische Entwicklung, der Klimawandel, und die Diskussion um weiter gehende Anforderungen an die Abwasserbehandlung sowie Klärschlamm Entsorgung. Als lokale Besonderheit ist der nach wie vor im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wasserverbrauch im Versorgungsgebiet der KWL zu nennen. Im Hinblick auf Ver- und Entsorgungskapazitäten wird die wachsende Bevölkerung der Stadt Leipzig seitens der KWL genau beobachtet und findet insbesondere Berücksichtigung in der Überarbeitung der langfristigen Ver- und Entsorgungskonzepte.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Verkehrsbereich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert. Die nach wie vor begrenzt abrufbaren Fördermittel für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie der hohe Investitionsbedarf waren nicht nur im Jahr 2014 herausfordernd, sondern sind es auch in der Zukunft.

## 2.2 Geschäftsverlauf

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Konzernjahresüberschuss von Mio. EUR 23,8 ab. Das Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 27,3. Bezogen auf die Prognose für das Geschäftsjahr 2014 (Mio. EUR 10,6) übertrifft das erzielte Ergebnis die Erwartungen um Mio. EUR 13,2. Neben der Verbesserung des Ergebnisses aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um Mio. EUR 5,3 ist das Jahresergebnis des LVV-Konzerns im Geschäftsjahr 2014 auch durch einmalige und neutrale Effekte geprägt, die sich insbesondere aus steuerlichen Entlastungen auf Ebene der LVV infolge geänderter Sachverhaltsbeurteilungen im Ergebnis von Betriebsprüfungen der Finanzverwaltung ergaben.

Die Geschäftsentwicklung des LVV-Konzerns war im Geschäftsjahr 2014 insbesondere durch folgende Sachverhalte geprägt:

Mit dem am 4. November 2014 ergangenen Urteil des High Court of Justice in London wurde verkündet, dass die von den Prozessgegnern – der UBS AG, UBS Limited und UBS Global Asset Management (UK) Limited (UBS) sowie der Depfa Bank plc (Depfa) und der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) – geforderten Zahlungsansprüche für in Vorjahren abgeschlossene CDO-Transaktionen zurückgewiesen wurden und von den KWL nicht zu leisten sind. Aus diesem Grund sollen die abgeschlossenen Geschäfte rückabgewickelt werden. Im Ergebnis sollen die KWL hinsichtlich der CDO-Transaktionen so gestellt werden, als hätten diese nicht stattgefunden. Einem Antrag der UBS auf Zulassung der Berufung gegen dieses Urteil hat der High Court of Justice nicht stattgegeben. Die UBS beantragte die Zulassung der Berufung beim Court of Appeal (Civil Division). Über diesen Antrag ist bislang noch nicht abschließend entschieden worden. Eine mündliche Verhandlung ist auf den 7. Oktober 2015 terminiert.

Die aus den Transaktionen resultierenden Prämien zuzüglich Zinsen wurden gemäß der Order zum Urteil des High Court vom 23. Dezember 2014 – nach Verrechnung eines Abschlags auf die von den Prozessgeg-





nern voraussichtlich zu erstattenden Prozesskosten – bereits im Geschäftsjahr 2014 von den KWL an die UBS zurückgezahlt. Insgesamt ergaben sich Zahlungen von Mio. EUR 20,4 an die UBS. Sämtliche Zahlungen der KWL sowie auch die in der Order angeordnete Kostenerstattungsverpflichtung der UBS haben vorläufigen Charakter.

Im Geschäftsjahr 2014 ergaben sich in diesem Zusammenhang Zahlungsabflüsse aus den in Vorjahren gebildeten Rückstellungen für Prozessrisiken der KWL. Zum 31. Dezember 2014 bestehen bei den KWL für mögliche Berufungsverfahren vor dem High Court of Appeal sowie der gegebenenfalls erforderlichen endgültigen Entscheidung des High Courts zur Kostentragung der Rechtsverfahren weiterhin ausreichende Rückstellungen.

In der Folge des Urteils des High Court of Justice in London haben sich die KWL und die LBBW darauf verständigt, die vor dem Landgericht Leipzig und dem Oberlandesgericht Dresden anhängigen Prozesse bis zu einer Entscheidung des englischen Berufungsgerichts ruhen zu lassen. Die vorsorglich gebildete Rückstellung infolge des erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig vom 3. Juni 2013 aus diesem Rechtsstreit wurde unter Berücksichtigung einer weiteren Zinsrückstellung von Mio. EUR 3,3 beibehalten, sodass sich die Rückstellung zum 31. Dezember 2014 auf insgesamt Mio. EUR 84,4 beläuft.

Auch im Jahr 2014 galt es für die einzelnen Sparten des Konzerns, sich den unterschiedlichen Herausforderungen zu stellen und diese erfolgreich zu meistern.

Im Bereich der Energieversorgung spielten folgende Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle, welche insgesamt zu einem Rückgang der Ergebnisse führten:

Die Hauptursache für die Minderung des Ergebnisses im Energieversorgungsbereich war im Wesentlichen die mildere Witterung. Die Jahresmitteltemperatur in Leipzig lag bei 11,4 °C und damit 1,7 °C über dem Wert des Vorjahres. Des Weiteren beeinflussten die Preisentwicklungen an den Energiemärkten und die damit einhergehenden Interdependenzen zwischen Beschaffungsportfolio und Erzeugungsmarge das Gesamtergebnis der SW Leipzig negativ. Ergebnismindernd wirkte sich auch das wettbewerbsbedingte Nichterreichen von Vertriebszielen im Energiegeschäft aus.

Das Ergebnis des GuD-KW Leipzig wurde vor allem von der Entwicklung am Strommarkt und der daraufhin negativen Spread-Entwicklung geprägt. Die aktive Vermarktung der Realloption am Terminmarkt, die Optimierung des Anlageneinsatzes und die ab Mai 2014 wirkende KWK-Modernisierungszulage konnten die strompreisbedingten Tendenzen nicht vollständig kompensieren. Der auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtete Anlageneinsatz führte aufgrund der Rahmenbedingungen zu einer im Vorjahresvergleich um 29 GWh geringeren Nettostromerzeugung.

Das Ergebnis der Biomasseanlagen war durch die Auferlegung der EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) für Eigen- und Betriebsverbrauch gemäß § 61 des EEG beeinflusst. In diesem Zusammenhang wurde eine weitere Zuführung von Mio. EUR 2,8 zu den bereits bestehenden Drohverlustrückstellungen notwendig. Darüber hinaus wirkte eine störungsbedingte Nichtverfügbarkeit des Biomasseheizkraftwerkes Wittenberg-Piesteritz negativ. Das Ergebnis der Windkraftanlagen liegt aufgrund des geringeren Windaufkommens unter dem des Vorjahres. Infolgedessen sowie aufgrund geringerer Windprognosen erfolgte eine Abschreibung von Mio. EUR 2,7 auf das Engagement der WEO GmbH & Co. KG, Nürnberg (WEO).

Des Weiteren wirkten sich die geänderten Marktbedingungen für Handelsgeschäfte negativ auf das Ergebnis der Stadtwerke Leipzig aus. Neben der Nachwirkung der regulatorisch bedingten Handelsbeschränkungen des Jahres 2013 war der ErgebnISRückgang im Wesentlichen auf die gesunkenen Preise am Großhandelsmarkt sowie auf die verstärkte Tendenz zum Kurzfristhandel zurückzuführen. Im Energievertrieb wirkte sich





neben der milden Witterung der weiterhin intensive Wettbewerb negativ auf das Ergebnis aus. Diese Effekte externer Prägung konnten durch Neuanschlüsse im Fernwärmegeschäft sowie aufgrund der Entwicklung des tendenziell witterungsunabhängigeren Stromgeschäftes nur teilweise kompensiert werden.

Die handels- und vertriebsbedingten Absatzmengen haben sich daraufhin im Vorjahresvergleich in allen drei Medien rückläufig entwickelt. Für Strom betragen diese im Jahr 2014 43.592 GWh (Vj.: 55.114 GWh), für Gas 2.092 GWh (Vj.: 5.605 GWh) und für Fernwärme 2.810 GWh (Vj.: 3.220 GWh).

Im Bereich Netze ist ein Umsatz von Mio. EUR 80,6 (Vj.: Mio. EUR 76,9) erzielt worden, dessen Steigerung im Vergleich zum Vorjahr insbesondere auf höhere Erlöse aus der Netznutzung Gas zurückzuführen ist.

Die polnischen Gesellschaften konnten auch im Geschäftsjahr 2014 wieder einen deutlich positiven Ergebnisbeitrag zum Konzernergebnis der LVV leisten. Die GPEC und deren Tochtergesellschaften haben den Ausbau des vorhandenen Geschäftes zur Steigerung der Rentabilität, der Vergrößerung von Marktanteilen und der langfristigen Sicherung der Wärmeversorgung weiter vorangetrieben und damit eine solide Basis für die nachhaltige Entwicklung geschaffen.

Im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung wurden im Geschäftsjahr 2014 die hervorragenden Kompetenzen unter Beweis gestellt und als Resultat ein sehr gutes Jahresergebnis erwirtschaftet. Wesentlich für diese Entwicklung war die überaus positive Entwicklung der Umsatzerlöse, welche hauptsächlich für die Kundengruppen „private Haushalte“ sowie „Industrie und Kleingewerbe“ zu verzeichnen ist.

Im Durchschnitt verbraucht ein Kunde im Versorgungsgebiet der KWL etwa 90,7 Liter Wasser pro Tag. Im Vergleich mit dem für das Jahr 2013 im Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft dargestellten bundesdeutschen Durchschnittswert von 120 Litern Wasser pro Tag und pro Person entspricht das Verbrauchsverhalten der Kunden im Versorgungsgebiet der KWL damit einem etwa um 25,0 % geringeren Durchschnittsverbrauch. Entsprechend nachteilig wirken demzufolge die Grundkosten zur Vorhaltung der Netzanlagen.

In die Bereiche Wasserversorgung und Abwasserbehandlung wurden Investitionen von insgesamt Mio. EUR 44,6 (davon Mio. EUR 6,6 unentgeltliche Übertragungen) vorgenommen. Von diesen Investitionen entfallen auf die Sparte der Trinkwasserversorgung Mio. EUR 16,8 und auf die Sparte der Abwasserbehandlung Mio. EUR 26,6. Die wesentlichen Investitionen entfallen auf das Kanalnetz (Mio. EUR 19,3), das Rohrnetz (Mio. EUR 8,9) und auf Trinkwasserhausanschlüsse (Mio. EUR 4,9).

Im Bereich der Wasserwerke (WW) wurde schwerpunktmäßig mit der bis zum Jahr 2018 geplanten Ertüchtigung der Brunnenfassungen der WW Canitz und Thallwitz auf Basis der im Vorjahr getroffenen Entscheidung zur Errichtung von zunächst 96 neuen Brunnen begonnen. Mit dem Neubau von zunächst 18 Brunnen wurde das Jahresziel erreicht. Die geplante Fertigstellung dieser ersten Ausbaustufe mit Investitionskosten von circa Mio. EUR 9,1 ist für 2018 geplant.

Im Bereich der Kläranlagen wurden vor allem Maßnahmen zur Erweiterung der vorhandenen Behandlungskapazität sowie Vorhaben zum Komplettersatz von Anlagen beziehungsweise Anlagenteilen durchgeführt. In Vorbereitung der – aufgrund der positiven demografischen Entwicklung Leipzigs – zwingend notwendigen Erweiterung des Klärwerkes Rosental wurden die Voraussetzungen geschaffen, um im Jahr 2015 mit den konkreten technischen Planungen für die einzelnen Verfahrensstufen beginnen zu können. Ausgehend vom aktuellen Zeitplan wird mit einer Fertigstellung der gesamten Investitionsmaßnahme im Jahr 2025 gerechnet.

Die KWL haben mit notariellem Vertrag vom 9. Dezember 2014 den einzigen Geschäftsanteil an der Sachsen Wasser GmbH, Leipzig (SAWA), mit Wirkung zum 1. Januar 2015 verkauft und abgetreten. Als Kaufpreis wurde ein Betrag von Euro 1,00 festgelegt. Weiterhin wurde zwischen den KWL und der SAWA ein



„Vertrag über den Verkauf und die Abtretung von Forderungen sowie die Tilgung von Verbindlichkeiten“ abgeschlossen. Dieser regelt den Kauf und die Abtretung von Forderungen der SAWA gegen den Wasser- und Abwasserverband Havelland, Nauen, durch die KWL zum Kaufpreis von Mio. EUR 1,5. Weiterhin wurde mit diesem Vertrag die Rückführung der zum 31. Dezember 2014 bestehenden Kreditanspruchnahme der SAWA (Mio. EUR 1,6) aus dem Cash-Management-Vertrag mit den KWL geregelt. Darüber hinaus erfolgte die Aufhebung des zwischen der SAWA und den KWL geschlossenen Ergebnisabführungsvertrags vom 30. November 2005 – nach Übernahme des ausweislich ihres Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2014 entstandenen Verlustes (TEUR 73) – mit Ablauf des 31. Dezember 2014. Sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Geschäftsanteils- und Forderungsverkauf sowie dem Verlustausgleich sind Anfang 2015 erfolgt. Die SAWA wird letztmalig zum 31. Dezember 2014 in den Konzernabschluss der LVV einbezogen und zum 1. Januar 2015 entkonsolidiert.

Nach der Neuregelung der Verkehrsleistungsfinanzierung im Jahr 2009 entspricht der an die Rechtsentwicklung angepasste Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag (VLFV) in seinen Grundzügen den bisherigen Regelungen unter Berücksichtigung EU-rechtlicher Vorgaben. Er läuft bis zum Jahr 2028 und sieht auf der Grundlage der im Geschäftsjahr 2013 vorgenommenen Fortschreibung (Zusatzfestlegung vom 19./20./23. Dezember 2013) Zahlungen an die LVB von Mio. EUR 45,0 für 2013 und 2014 vor. Für die Jahre ab 2015 soll anhand von Trennungsrechnungen und des sich für den Planungszeitraum ergebenden Finanzierungsbedarfs überprüft werden, ob die Begrenzung für das Jahr 2014 für die Folgejahre fortzuführen oder anzupassen ist. Die Zahlungen an die LVB im Geschäftsjahr 2014 konnte der LVV-Konzern aufgrund der zur Verfügung stehenden Liquidität vollständig aus eigenen Mitteln leisten.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurde der Regionalbusverkehr im Landkreis Leipzig neu geordnet. Die bisher von der LeoBus GmbH, Leipzig, erbrachten Busverkehrsleistungen im Landkreis Leipzig wurden an eine kreiseigene Busverkehrsgesellschaft vergeben, die die Bedienung der reinen Landkreislinien zum 15. Dezember 2013 aufnahm. Die zur Erbringung des Regionalverkehrs erforderlichen Ressourcen, unter anderem der Betriebshof Zwenkau sowie die notwendigen Busse und Mitarbeiter, gingen zum 1. Januar 2014 auf die kreiseigene Busverkehrsgesellschaft über. Durch die Vergabe von Linienkonzessionen und Busleistungen im Landkreis Leipzig an einen Dritten ab Dezember 2013 hat sich hierdurch die vertraglich festgelegte Nutzkilometerleistung von bisher Mio. 2,3 auf Mio. 0,7 verringert.

Nachdem der Stadt Leipzig im Rahmen einer Zweckvereinbarung die Aufgabenträgerschaft für gebietsüberschreitende Busverkehrsleistungen übertragen worden ist, wurden die LVB mit Gesellschafterweisung vom 16. Dezember 2013 ergänzend zur bisherigen Betrauung mit Verkehrsleistungen in der Stadt Leipzig zusätzlich mit der Erbringung von Verkehrsleistungen für gebietsüberschreitende Busverkehre zwischen der Stadt Leipzig und den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen betraut. Für die Erbringung dieser Verkehre erhalten die LVB jeweils jährlich zusätzlich einen Finanzierungsbetrag direkt von der Stadt Leipzig.

Diese Neuregelungen beeinflussten auch weiterhin die Geschäftsentwicklung im Verkehrsbereich im Jahr 2014. Erwartungsgemäß war demnach ein Rückgang der Fahrgastzahlen zu verzeichnen. Zum 1. August 2014 erfolgte für die Unternehmen im MDV – und damit auch die LVB – eine Tarifierung. Der hierdurch erzielte Anstieg der Fahrgeldeinnahmen um rund 3,5 % für die Tarifzone Leipzig konnte die steigenden Kosten sowie die Auswirkungen der Inbetriebnahme des Mitteldeutschen S-Bahn- Netzes im Dezember 2013 nahezu kompensieren.

Im Geschäftsjahr 2014 lag die Straßenbahn-Betriebsleistung bei 12,7 Mio. Nutzzugkilometern und entsprach damit in etwa dem Niveau des Vorjahres (12,8 Mio. Nutzzugkilometer). Die Kraftomnibus-Betriebsleistung reduzierte sich jedoch aufgrund der geänderten Beauftragung im Landkreis Leipzig von 12,2 Mio. auf 10,1 Mio. Nutzzugkilometer.



Gemeinsam mit den Partnern im regionalen Verkehrsverbund arbeiten die LVB ständig an der Weiterentwicklung des ÖPNV in und um Leipzig. Von einem attraktiven Angebot profitieren nicht zuletzt auch die Unternehmen der LVB-Gruppe, deren Straßenbahnen das Rückgrat der elektromobilen Fortbewegung darstellen und deren Busse das Angebot in der Fläche gewährleisten. Neben der Stärkung des ÖPNV in der Region insgesamt können aber auch eigene Erfolge verbucht werden. Die LVB setzen ihre nachhaltige Wachstumsstrategie fort und konnten im Ergebnis die Zahl der Stammkunden um 3,4 % steigern. Die Bemühungen zur Ablösung der verbliebenen Tatra-Fahrzeuge wurden im Jahr 2014 vorangetrieben. Insgesamt ist die Beschaffung von 41 Neufahrzeugen zur weiteren Steigerung der Attraktivität des ÖPNV bis zum Jahr 2020 vorgesehen. Um der wirtschaftlichen Leistungs- und Finanzierungsfähigkeit Rechnung zu tragen, ist eine Beschaffung in mehreren Losen geplant. Anfang des Jahres 2015 wurde die Produktion der ersten fünf Fahrzeuge in Auftrag gegeben.

Mit dem bei den LVB laufenden Projekt „Fokus 25 – Moderne Mobilität für Leipzig“ sind eine auf Wachstum gerichtete Strategie und eine organisatorische Neuausrichtung der Unternehmen der LVB-Gruppe verbunden. Als Fundament dient zukünftig eine integrierte Steuerung der Mobilitätsdienstleistungen, die die bisherige Steuerung, welche vor allem den Einzelinteressen der Unternehmen Rechnung getragen hatte, ablöst.

Im Jahr 2012 setzte die Geschäftsführung der LVV gemeinsam mit den Tochterunternehmen das Konzernprojekt „LVV 2015“ auf. Zielsetzung des Projektes sind einerseits nachhaltige, ergebniswirksame und abrechenbare Kosteneinsparungen von jährlich Mio. EUR 10,0 ab dem Jahr 2015. Andererseits sollte die Positionierung der LVV als Managementholding gestärkt werden.

Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2014 wurden alle notwendigen Effizienzmaßnahmen innerhalb des Projektes beschrieben, die Messbarkeit definiert und durch den Lenkungsausschuss beschlossen. Alle Maßnahmen befinden sich derzeit in der Umsetzung oder sind bereits abgeschlossen. Die weiterführende Verantwortung für die zukünftige Stabilisierung der vereinbarten Effizienzmaßnahmen obliegt nun den Beteiligungsunternehmen im Tagesgeschäft.

Die Unternehmen des LVV-Konzerns haben die Optimierungspotenziale von Mio. EUR 10,0 ab dem Jahr 2015 in den Wirtschaftsplanungen verarbeitet. Das Maßnahmencontrolling wird bis zur vollständigen Realisierung der geplanten Effekte im Jahr 2015 weitergeführt.

An vielen Stellen wurden bereits weitergehende Maßnahmen identifiziert, die zu weiteren Effizienzverbesserungen führen sollen. Das betrifft einerseits konzernweite Querschnittsprozesse und andererseits die fachlichen Kernprozesse in den Bereichen Energie, Mobilität und Wasser selbst. Die LVV-Geschäftsführung verbindet damit die Zielstellung, einen kontinuierlichen, wertorientierten Verbesserungsprozess zu etablieren, um die Investitionsfähigkeit und Eigenkapitalbasis weiter zu stärken. Zu Beginn des Jahres 2015 wurden beispielsweise zwei konzernweite Projekte aufgesetzt, welche die Standardisierung, Verbesserung und Effizienzsteigerung der Prozesse im Personalmanagement und IT Management zum Ziel haben. Ebenso wurde das Projekt „fit“ durch die Geschäftsführung der SW Leipzig gestartet. Hierbei geht es im Ergebnis um eine Optimierung der Prozesse und Strukturen zur Energieversorgung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein kontinuierlicher Prozess zur jährlichen Aktualisierung der Konzernstrategie aufgesetzt. Die Ergebnisse sollen im laufenden Geschäftsjahr für die Wirtschaftsplanung 2016 und die Fortschreibung der Mittelfristplanung genutzt werden. Eine wichtige Weichenstellung für die zukünftige Konzernentwicklung wurde mit der Neuausrichtung der Aktivitäten in Marketing und Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer integrierten Konzernkommunikation erreicht. Neben Verbesserungen der Effektivität und Effizienz soll die Wahrnehmung der LVV-Unternehmensgruppe als Garant für die Bereitstellung attraktiver Dienstleistungen der Grundversorgung in der Stadt Leipzig gestärkt werden. Die Governance der LVV wurde überarbeitet sowie anschließend umfassend und konzernweit angepasst.



## 2.3 Ertragslage

	2014 Mio. EUR	2013 Mio. EUR	Veränderung absolut
Umsatzerlöse	2.647,2	3.616,4	-969,2
Materialaufwendungen	2.193,9	3.146,3	-952,4
<b>Rohmarge</b>	<b>453,3</b>	<b>470,1</b>	<b>-16,8</b>
Sonstige Erträge	66,8	78,5	-11,7
Sonstige Aufwendungen	477,4	485,4	-8,0
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>42,7</b>	<b>63,2</b>	<b>-20,5</b>
Beteiligungsergebnis	5,8	4,7	1,1
Zinsergebnis	-45,9	-48,2	2,3
Neutrales Ergebnis	12,3	-11,4	23,7
Ergebnis vor Ertragsteuern	14,9	8,4	6,5
Ertragsteuern	8,9	-11,9	20,8
<b>Konzernjahresergebnis</b>	<b>23,8</b>	<b>-3,5</b>	<b>27,3</b>

Der LVV-Konzern erzielte für das Geschäftsjahr 2014 einen Konzernjahresüberschuss von Mio. EUR 23,8. Damit konnte das Konzernergebnis gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 27,3 verbessert werden. Die Ertragslage des LVV-Konzerns ist jedoch bei einem Rückgang des Betriebsergebnisses insbesondere durch eine deutliche Verbesserung des neutralen sowie des steuerlichen Ergebnisses gekennzeichnet.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Konzern stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Umsatzerlöse des LVV-Konzerns	2014 Mio. EUR	2013 Mio. EUR	Veränderung absolut
Strom	1.998,6	2.830,9	-832,3
Gas	82,8	191,1	-108,3
Fernwärme	228,1	242,6	-14,5
Wasserversorgung	68,2	70,0	-1,8
Abwasserentsorgung	68,4	61,3	7,1
Personennahverkehr	95,6	95,9	-0,3
Übrige	105,5	124,6	-19,1
	<b>2.647,2</b>	<b>3.616,4</b>	<b>-969,2</b>

Auch im Geschäftsjahr 2014 sind die Umsatzerlöse des LVV-Konzerns mit 68,3 % durch den Energiegroßhandel der SW Leipzig bestimmt. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Umsatzerlöse des Energiegroßhandels jedoch von Mio. EUR 2.679,6 um Mio. EUR 871,4 auf Mio. EUR 1.808,2 zurück. Dies resultiert neben einem regulierungsbedingten Mengenrückgang im Terminhandel auch aus gesunkenen Strompreisen am Großhandelsmarkt. Im Ergebnis dessen verminderten sich die Umsatzerlöse im Energiegroßhandel Strom um Mio. EUR 776,8 und im Energiegroßhandel Gas handelsmengenbedingt um Mio. EUR 94,6.

Die Umsatzerlöse aus der Strom-, Gas- sowie Fernwärmeversorgung enthalten darüber hinaus auch Erlöse aus dem Energievertrieb, der neben dem Verkauf von Strom, Gas, Fernwärme und Energielösungen mittels standardisierter Produkte an Endverbraucher auch deutschlandweiter Anbieter von Strom und Gas für mittelständische Geschäftskunden ist.



Im Energievertrieb sind die Umsatzerlöse insgesamt um Mio. EUR 86,6 beziehungsweise 15,3 % auf Mio. EUR 479,6 gesunken. Hauptursache für die rückläufige Umsatzentwicklung war die wesentlich mildere Witterung. Die Gradtagszahl als Indikator für den Heizenergiebedarf lag für das Jahr 2014 19,0 % unterhalb des Vorjahreswertes. Dies führte, hauptsächlich im Bereich Fernwärme und Gas, zu einem Rückgang des Absatzes. Neuanschlüsse aus dem Ausbau des Fernwärmenetzes konnten die witterungsbedingten Einflüsse nur teilweise kompensieren. Im Stromvertrieb, welcher einen Anteil von 41,1 % oder Mio. EUR 197,1 am Energievertrieb hat, führte ein wettbewerbsbedingter Rückgang der Absatzmenge zu einem Rückgang der Umsatzerlöse um insgesamt Mio. EUR 58,4.

Dagegen konnten die Umsätze im Energievertrieb Gdańsk mit Mio. EUR 101,2 nahezu auf Vorjahresniveau (Vj.: Mio. EUR 101,5) gehalten werden. Die Umsätze resultieren hier im Wesentlichen aus dem Verkauf von Fernwärme.

Weiterhin konnten Erlöse aus selbst erzeugten Strommengen von Mio. EUR 17,6 (Vj.: Mio. EUR 18,8) sowie erstmalig Erlöse aus der ab Mai 2014 wirkenden KWK-Modernisierungszulage von Mio. EUR 4,1 erzielt werden.

Die Umsatzerlöse im Bereich Wasserversorgung sind bei einem gestiegenen Trinkwasserabsatz und der zum 1. Januar 2014 wirksam gewordenen Tarifanpassungen um Mio. EUR 1,8 auf Mio. EUR 68,2 zurückgegangen. Hier wirkte sich jedoch die Veränderung der Rückstellung für Umsatzrisiken erlösmindernd aus.

Die im Geschäftsjahr 2014 bereitgestellte Menge an Trinkwasser bewegt sich mit 32,9 Mio. m<sup>3</sup> auf dem Vorjahresniveau. Der Trinkwasserabsatz hingegen liegt mit 28,7 Mio. m<sup>3</sup> um insgesamt 1 Mio. m<sup>3</sup> über dem Vorjahreswert (27,7 Mio. m<sup>3</sup>).

Die Zunahme des Umsatzes im Bereich der Abwasserentsorgung um Mio. EUR 7,1 resultiert zum einen aus Tarifanpassungen zum 1. Januar 2014 bei gleichzeitig gestiegenen Entsorgungsmengen. Andererseits wirkt sich hier der gegenüber dem Vorjahr deutlich höhere Saldo aus dem Verbrauch und der (Neu-)Zuführung zur Rückstellung für Umsatzrisiken erlöserhöhend aus.

Bei einem Rückgang der Fahrgastzahlen waren die Umsatzerlöse aus der Erbringung von Verkehrsleistungen im Personennahverkehr mit Mio. EUR 95,6 (Vj.: Mio. EUR 95,9) nahezu auf Vorjahresniveau. Negative Einnahmeeffekte unter anderem aus der Verschiebung von Einnahmeanteilen im Mitteldeutschen Verkehrsverbund zulasten der LVB oder der geänderten Beauftragung von Landkreisverkehren konnten durch Anpassung der Verkehrstarife und die Erhöhung des Anteils an Stammkunden nahezu ausgeglichen werden.

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 136,2 Mio. Fahrgäste (Vj.: 142,2 Mio. Fahrgäste) im Linienverkehr mit Straßenbahnen und Omnibussen befördert.

Die übrigen Umsatzerlöse betreffen insbesondere Erlöse aus der Netznutzung Dritter im Netzgebiet Leipzig (Mio. EUR 74,9, Vj.: Mio. EUR 71,2). Die kalkulierten Netznutzungsentgelte für Strom und Gas werden neben den festgelegten Effizienzwerten und Erlösobergrenzen auch durch die der Entgeltkalkulation zugrunde gelegten Durchleitungsmengen beeinflusst.

Dem Rückgang der Umsatzerlöse um Mio. EUR 969,2 auf Mio. EUR 2.647,2, welcher im Wesentlichen auf einen regulierungs- und preisbedingten Rückgang der Umsatzerlöse im Energiegroßhandel zurückzuführen ist, stand nicht in gleichem Maße ein Rückgang der Materialaufwendungen um Mio. EUR 952,4 auf Mio. EUR 2.193,9 gegenüber, was im Ergebnis zu einem Rückgang des Rohergebnisses um Mio. EUR 16,8 auf Mio. EUR 453,3 führte. Hier wirkten sich im Wesentlichen die Preisentwicklung an den Energiemärkten



ten, die damit einhergehenden Wechselwirkungen zum Beschaffungsportfolio und zur Erzeugungsmarge, der Witterungsverlauf, regulatorische Anforderungen sowie die stetig steigende Wettbewerbsintensität im Energievertrieb und der damit zunehmende Kostendruck aus.

Aus dem Rohergebnis waren unter Berücksichtigung gesunkener sonstiger betrieblicher Erträge, die insbesondere aus einer geringeren Auflösung der Sonderposten sowie rückläufigen Betriebskostenzuschüssen der Aufgabenträger im ÖPNV resultieren, alle weiteren betrieblichen Aufwendungen zu decken, sodass sich für das Geschäftsjahr 2014 ein Betriebsergebnis aus der operativen Tätigkeit des Konzerns von Mio. EUR 42,7 ergab. Im Vergleich zum Vorjahr minderte sich das Betriebsergebnis des LVV-Konzerns um Mio. EUR 20,5. Dabei hatten geringere Personalaufwendungen, hauptsächlich aus der Inanspruchnahme von im Vorjahr gebildeten Drohverlustrückstellungen sowie geringere Beratungsaufwendungen, einen ergebnisverbessernden Effekt.

Das Beteiligungsergebnis des LVV-Konzerns konnte im Geschäftsjahr 2014 um Mio. EUR 1,1 auf Mio. EUR 5,8 verbessert werden. Diese Entwicklung ergibt sich im Wesentlichen aus höheren Dividendenzahlungen der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig (VNG), (+Mio. EUR 0,7). Weiterhin konnte durch deutlich bessere Ergebnisse auf Ebene der assoziierten Unternehmen ein zusätzlicher Beitrag zum Beteiligungsergebnis des LVV-Konzerns erzielt werden.

Das adjustierte EBITDA liegt für das Geschäftsjahr 2014 bei Mio. EUR 203,1 und damit mit Mio. EUR 13,3 unter dem in der Wirtschaftsplanung für 2014 prognostizierten Wert. Dies ist im Wesentlichen auf das im Vergleich zur Planung geringere Roh- beziehungsweise Betriebsergebnis des Konzerns zurückzuführen.

Das Zinsergebnis von Mio. EUR –45,9 enthält neben den Zinsen für den originären Finanzbedarf der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen auch die Zinszahlungen (in 2014 Mio. EUR 14,3) auf das Gesellschafterdarlehen der Stadt Leipzig. Diese werden durch Zahlungen der Stadt Leipzig gemäß § 2 des VLFV in Form einer Kapitaleinlage in gleicher Höhe ausgeglichen. Außerdem sind in das Zinsergebnis auch Aufwendungen für Sicherungsgeschäfte bzw. kalkulatorische Verzinsungen von Rückstellungspositionen eingeflossen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde ein um Mio. EUR 2,3 besseres Zinsergebnis erzielt. Trotz Anstiegs der Verschuldung ist diese Entwicklung im Wesentlichen auf das weiter gesunkene Marktzinsniveau zurückzuführen.

Neben den Faktoren im operativen Bereich wurde das Konzernergebnis des Geschäftsjahres 2014 auch wesentlich durch betriebsneutrale Effekte geprägt. Im Geschäftsjahr 2014 wird ein neutrales Ergebnis von Mio. EUR 12,3 ausgewiesen, das sich im Vergleich zum Vorjahr um Mio. EUR 23,7 verbessert hat. Betriebsneutralen Erträgen von Mio. EUR 36,0 stehen im Geschäftsjahr 2014 betriebsneutrale Aufwendungen von Mio. EUR 23,7 gegenüber. Ertragsseitig entfallen diese Ergebnisbestandteile vor allem auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (Mio. EUR 23,7), hauptsächlich der Rückstellung für Entschädigungszahlungen für Leitungsrechte, sowie der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen. Gegenläufig wirken periodenfremde Umsatzerlöse (Mio. EUR –7,0), die sich aus der Verbrauchsabgrenzung für Energielieferungen sowie aus Regelenergie und vermiedenen Netzentgelten ergaben. Aufwandsseitig stehen insbesondere Zuführungen zu Wertberichtigungen (Mio. EUR 6,5) sowie zu Rückstellungen für drohende Verluste für die von den SW Leipzig betriebenen Biomasseanlagen (Mio. EUR 2,8), Abschreibungen auf Finanzanlagen (Mio. EUR 2,7) sowie weitere Zinsrückstellungen im Rahmen des Rechtsstreits der KWL gegen die LBBW zu CDO-Transaktionen (Mio. EUR 3,3) gegenüber.

Unter Berücksichtigung eines Steuerertrags von Mio. EUR 8,9, der sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Steuerrückstellungen sowie aus Rückzahlungsansprüchen für bereits vorausgezahlte Steuern im Ergebnis der Feststellungen von Betriebsprüfungen des Finanzamtes ergibt, wird für das Geschäftsjahr 2014 ein



Konzernjahresüberschuss von Mio. EUR 23,8 ausgewiesen. Nach Verrechnung der anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse sowie des hohen aus Vorjahren übernommenen Konzernverlustvortrages verbleibt ein Konzernbilanzverlust von Mio. EUR 144,8.

## 2.4 Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelbestandes und die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgend zusammengefassten Kapitalflussrechnung dargestellt. Neben der Berechnung gemäß dem Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 2 weist die Darstellung zusätzlich eine Kapitalflussrechnung nach DRS 21 aus, die erst ab dem Geschäftsjahr 2015 verpflichtend anzuwenden ist. Die Veränderung des Finanzmittelbestandes sowie die dafür ursächlichen Mittelverwendungen werden im Detail anhand der in der Anlage beigefügten Konzernkapitalflussrechnung aufgezeigt.

	2014 DRS 2 Mio. EUR	2013 DRS 2 Mio. EUR	Veränderung absolut Mio. EUR	2014 DRS 21 Mio. EUR
<b>Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>47,7</b>	<b>113,6</b>	<b>-65,9</b>	<b>87,0</b>
<b>Cash Flow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-114,5</b>	<b>-119,7</b>	<b>5,2</b>	<b>-137,3</b>
<b>Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-5,1</b>	<b>56,2</b>	<b>-61,3</b>	<b>-21,6</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-72,0	50,0	-122,0	-72,0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	150,0	100,0	50,0	150,0
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>78,0</b>	<b>150,0</b>	<b>-72,0</b>	<b>78,0</b>

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit liegt für das Geschäftsjahr 2014 bei Mio. EUR 47,7 und damit um Mio. EUR 65,9 unter dem Vorjahreswert. Trotz Verbesserung des Konzernergebnisses resultiert diese Entwicklung hauptsächlich aus der zahlungswirksamen Inanspruchnahme von Rückstellungen und dem deutlichen Abbau von Verbindlichkeiten. Zahlungsabflüsse des Konzerns ergaben sich im Geschäftsjahr 2014 insbesondere aus der Inanspruchnahme der Prozesskostenrückstellung im Rahmen des Verfahrens der KWL vor dem High Court of Justice in London sowie der Rückzahlung von in Vorjahren den KWL zugerechneten Prämien aus CDO-Transaktionen, aus Konzessionsabgaben und aus der hauptsächlich energiehandelsgetriebenen Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die Mittelabflüsse des Konzerns aus der Investitionstätigkeit (Mio. EUR 114,5), aus der Tilgung von Darlehen (Mio. EUR 201,1) sowie aus vorgenommenen Ausschüttungen an die außerhalb des Konzernkreises stehenden Gesellschafter (Mio. EUR 3,9) konnten damit aus dem Cash Flow der laufenden Geschäftstätigkeit, aus der Aufnahme von Darlehen (Mio. EUR 185,6) sowie aus Einlagen der Stadt Leipzig (Mio. EUR 14,3) gedeckt werden. Der darüber hinaus benötigte Mittelbedarf von Mio. EUR 71,9 wurde durch den Abbau des aus dem Vorjahr übernommenen Finanzmittelbestandes sichergestellt. Im Ergebnis verminderte sich der Finanzmittelfonds auf Mio. EUR 78,0.

Die Liquidität des Konzerns war jederzeit sichergestellt.

Das weiterhin niedrige Zinsumfeld sowie die steigende Nachfrage für solvente Kreditnehmer waren ein gutes Umfeld für die Finanzierungsaktivitäten des LVV-Konzerns. Die gute Bonität der LVV spiegelt sich auch in der Einschätzung der Creditreform wider, von der die Gesellschaft mit einem guten Bonitätsindex





bewertet wird. Ähnlich positiv ist die Einschätzung der Kreditwürdigkeit bei den Finanzierungspartnern des Konzerns. Die seit einigen Jahren konsequent bei der LVV gebündelte Konzernfinanzierung hat in diesem Umfeld Fremdkapital mit Laufzeiten von bis zu 20 Jahren zu attraktiven Konditionen aufnehmen können.

Um die Kreditwürdigkeit und damit die Finanzierungsfähigkeit dauerhaft zu sichern, wurde für die dynamische Verschuldung ein Faktor von 4,5 als Obergrenze vereinbart und für die Eigenmittel eine Mindestquote von 25,0 % der bereinigten Bilanzsumme bestimmt. Beide Grenzen wurden im Geschäftsjahr 2014 eingehalten.

## 2.5 Vermögenslage

	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2014 %	31.12.2013 Mio. EUR	Veränderung absolut
<b>Aktiva</b>				
<b>Langfristige Vermögenswerte</b>				
Anlagevermögen	2.099,5	88,4	2.091,8	7,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2,8	0,1	4,3	-1,5
	<b>2.102,3</b>	<b>88,5</b>	<b>2.096,1</b>	<b>6,2</b>
<b>Kurzfristige Vermögenswerte</b>				
Vorräte	28,5	1,2	25,5	3,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	161,2	6,8	201,0	-39,8
Wertpapiere	1,7	0,1	1,5	0,2
Liquide Mittel	76,3	3,2	148,5	-72,2
	<b>267,7</b>	<b>11,3</b>	<b>376,5</b>	<b>-108,8</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>4,5</b>	<b>0,2</b>	<b>4,5</b>	<b>0,0</b>
<b>Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG</b>	<b>0,7</b>	<b>0,0</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,1</b>
	<b>2.375,2</b>	<b>100,0</b>	<b>2.477,9</b>	<b>-102,7</b>
<b>Passiva</b>				
<b>Eigenkapital</b>	<b>93,6</b>	<b>3,9</b>	<b>61,6</b>	<b>32,0</b>
<b>Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung</b>	<b>161,2</b>	<b>6,8</b>	<b>161,9</b>	<b>-0,7</b>
<b>Sonderposten</b>	<b>660,1</b>	<b>27,8</b>	<b>673,0</b>	<b>-12,9</b>
<b>Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten</b>				
Rückstellungen	125,2	5,3	141,1	-15,9
Verbindlichkeiten	838,7	35,3	781,0	57,7
	<b>963,9</b>	<b>40,6</b>	<b>922,1</b>	<b>41,8</b>
<b>Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten</b>				
Rückstellungen	236,4	10,0	280,8	-44,4
Verbindlichkeiten	239,6	10,0	356,3	-116,7
	<b>476,0</b>	<b>19,9</b>	<b>637,1</b>	<b>-161,1</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>16,6</b>	<b>0,7</b>	<b>17,3</b>	<b>-0,7</b>
<b>Passive latente Steuern</b>	<b>3,8</b>	<b>0,2</b>	<b>4,9</b>	<b>-1,1</b>
	<b>2.375,2</b>	<b>100,0</b>	<b>2.477,9</b>	<b>-102,7</b>

Die Vermögensstruktur des LVV-Konzerns ist im Vergleich zum Vorjahr durch eine Minderung der Bilanzsumme um Mio. EUR 102,7 geprägt. Auf der Aktivseite spiegelt sich diese Entwicklung insbesondere im Rückgang der kurzfristigen Vermögenswerte um Mio. EUR 108,8 wider, welcher im Wesentlichen durch den



Abfluss liquider Mittel von Mio. EUR 72,2 sowie durch die Verminderung der kurzfristigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um Mio. EUR 39,8 gekennzeichnet ist. Gegenläufig wirkt die Zunahme der langfristigen Vermögenswerte um Mio. EUR 6,2.

Der LVV-Konzern weist eine sehr hohe Anlagenintensität auf. So entfallen 88,4 % (Vj.: 84,4 %) der Bilanzsumme von Mio. EUR 2.375,2 auf das Anlagevermögen, welches durch Eigenmittel, Investitionszuschüsse und Darlehen finanziert ist (davon mittel- und langfristige Finanzierung: 86,6 %, Vj.: 83,1 %). Im Geschäftsjahr 2014 überstiegen die im Konzern getätigten Investitionen die Abschreibungen, im Ergebnis erhöhten sich die Buchwerte gegenüber dem Vorjahr um Mio. EUR 7,7 beziehungsweise 0,3 %.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit im Konzern lagen auch im Geschäftsjahr 2014 im weiteren Ausbau der Versorgungs- und Verkehrsanlagen. Im Bereich der Energieversorgung wurden im Wesentlichen Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Heizwerke, Stromnetze, die Fernwärmebesicherung sowie zur Modernisierung des GuD-KW Leipzig vorgenommen. Darüber hinaus waren bei den polnischen Tochtergesellschaften Investitionen in die Netzinfrastruktur maßgebend.

Im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung wurden Investitionen in das Trink- und Abwassernetz im Gebiet der Stadt Leipzig und der Kommunen des Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land, Leipzig (ZV WALL) getätigt, mit dem Ziel, die Ver- und Entsorgungssicherheit kontinuierlich auf hohem Niveau und in konstanter Qualität zu gewährleisten. Darüber hinaus wurde in Trinkwassergewinnungs- und Abwasserreinigungsanlagen sowie Wasserverteilungs- und Abwassersammlungsanlagen investiert.

Baumaßnahmen zugunsten der Netzinfrastruktur sowie von Liegenschaften im Rahmen der Umsetzung des langfristigen Standortkonzeptes standen im Fokus der Investitionstätigkeit im Verkehrsbereich. Letzteres enthält den Neubau der Hauptwerkstatt des Technischen Zentrums Heiterblick, der im Geschäftsjahr 2014 abgeschlossen und übergeben werden konnte, sowie den Beginn des Um- und Neubaus des Betriebshofes Dölitz. Zur anteiligen Finanzierung der Investitionen standen Fördermittel zur Verfügung.

Auf die kurzfristigen Vermögenswerte wirkte sich insbesondere die Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen über Mio. EUR 52,1 aus, die vornehmlich auf den Rückgang der Forderungen im Bereich der Fernwärme zurückzuführen sind. Weiterhin verminderten sich die liquiden Mittel des Konzerns im Vergleich zum Vorjahr um Mio. EUR 72,2.

Auf der Passivseite ist die Entwicklung der Bilanzstruktur insbesondere durch einen Rückgang der Sonderposten, der Rückstellungen sowie der Verbindlichkeiten bei einer Erhöhung des Konzerneigenkapitals gekennzeichnet.

Das Eigenkapital des Konzerns erhöhte sich durch Einlagen der Stadt Leipzig (Mio. EUR 14,3). Darüber hinaus trug das positive Konzernjahresergebnis des Geschäftsjahres 2014 von Mio. EUR 23,8 zur Verbesserung des Eigenkapitals bei. Gegenläufig wirkte die Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung (Mio. EUR -2,2) sowie die konsolidierungsbedingten Veränderungen des Ausgleichspostens für Anteile anderer Gesellschafter. Das Verhältnis des Eigenkapitals (Konzernkapital einschließlich Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung) zur gesunkenen Bilanzsumme hat sich im Ergebnis auf 10,7 % verbessert (Vj.: 9,0 %). Unter Berücksichtigung des Gesellschafterdarlehens, für welches die Stadt Leipzig einen Rangrücktritt erklärt hat, beträgt die Eigenkapitalquote im Konzern 20,6 % (Vj.: 18,6 %).

Die Abnahme der Sonderposten ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die planmäßigen ertragswirksamen Auflösungen die Zugänge des Geschäftsjahres übersteigen.



Die Rückstellungsverminderung über insgesamt Mio. EUR 60,3 ist einerseits durch zahlungswirksame Inanspruchnahmen von in Vorjahren gebildeten sonstigen Rückstellungen unter anderem für Prozesskosten im Zusammenhang mit den streitigen Finanztransaktionen der KWL, für Umsatzrisiken, Bezugsaufwendungen und Konzessionsabgaben beeinflusst. Andererseits wurden nicht benötigte Rückstellungsbeträge ertragswirksam aufgelöst. Diese ergaben sich unter anderem aus der Berücksichtigung von Ergebnissen der Betriebsprüfungen der Finanzbehörde für einen Großteil der Steuerrückstellungen oder aufgrund der angepassten Einschätzung zur Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme für einen Teil der Rückstellungen für Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für dinglich gesicherte Leitungsführungsrechte.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns wurden gegenüber dem Vorjahr um insgesamt Mio. EUR 59,0 abgebaut. Neben einem stichtagsbedingten Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Mio. EUR 27,4), hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Energiegroßhandel, ist diese Entwicklung weiterhin durch einen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Mio. EUR 18,4) gekennzeichnet. Die Veränderung ist auf Darlehensaufnahmen von Mio. EUR 185,6, Zinsabgrenzungen und Währungsdifferenzen (im Saldo Mio. EUR 2,9) sowie planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen von Mio. EUR 201,1 zurückzuführen. Die Nettogesamtverschuldung des LVV-Konzerns erhöhte sich planmäßig im Geschäftsjahr 2014 um Mio. EUR 53,3 auf Mio. EUR 615,1.

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Urteils des High Court of Justice erhaltene Prämienzahlungen aus CDO-Transaktionen der KWL nebst Zinsen von Mio. EUR 35,1 unter Verrechnung eines Abschlages auf zu erwartende Prozesskostenerstattung von Mio. EUR 14,7 an die UBS zurückgezahlt. Für die Zahlung der KWL über insgesamt Mio. EUR 20,5 waren bereits in Vorjahren Mio. EUR 36,0 in den sonstigen Verbindlichkeiten berücksichtigt. Sämtliche Zahlungen sind aufgrund des von der UBS beim High Court of Appeal (Civil Division) beantragten Berufungsverfahrens noch als vorläufig zu betrachten.

## 2.6 Mitarbeiter und Beschäftigtenpolitik

Im Geschäftsjahr 2014 waren im LVV-Konzern durchschnittlich 2.219 Gehalts- und 2.499 Lohnempfänger beschäftigt. Die Anzahl der Mitarbeiter liegt damit – nahezu unverändert – auf Vorjahresniveau.

Der Aufsichtsrat der LVV hat in seiner Sitzung am 10. Februar 2014 Herrn Dr. Norbert Menke zum neuen Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung der LVV bestellt. Er trat am 1. April 2014 die Nachfolge von Herrn Josef Rahmen an, der nach sechs Jahren an der LVV-Spitze in den Ruhestand ging. Zudem wurde Herr Volkmar Müller in derselben Sitzung des Aufsichtsrates erneut als kaufmännischer Geschäftsführer bestellt. Damit steht das Führungsduo der LVV-Geschäftsführung für die nächsten fünf Jahre fest. Darüber hinaus wurde Herrn Volkmar Müller die Funktion des Arbeitsdirektors mit Wirkung zum 1. April 2014 übertragen.

Die im LVV-Konzern verabschiedete Human-Resource (HR)-Strategie fordert die stetige Steigerung von Effizienz und Effektivität der Personalarbeit. Über die bereits im Projekt „LVV 2015“ erfolgten und geplanten Maßnahmen hinaus, ist eine weitere qualitative und kostenseitige Optimierung in den Personalprozessen jedoch nur noch durch eine teilkonzernübergreifende Betrachtungsweise möglich.

Das im Januar 2015 gestartete und sich aktuell in der Konzeptionsphase befindliche Projekt „HR 2017“ ist als Weiterentwicklung der personalbezogenen Teilprojekte des Steuerungs- und Synergieprojekts „LVV 2015“ zu verstehen. Es baut auf den dabei erarbeiteten Erkenntnissen zu den strategischen, beratenden und administrativen Rollen im Personalbereich auf. In den Teilprojekten wurden wichtige Grundlagen für die Ausrichtung der Personalarbeit im Konzern eingerichtet. Darüber hinaus bestehen konzernweite Steuerungsgremien.



Das Projekt „HR 2017“ hat das Ziel, mittels einer teilkonzernübergreifenden Bündelung von HR-Prozessen den Wertbeitrag in den Personalabteilungen insgesamt zu steigern. Dabei werden konzernweit einheitliche HR-Prozesse definiert sowie einheitliche HR-Rollen (Kompetenz-Center, HR-Business-Partner, Shared Service Center) eingeführt. Diese werden durch einheitliche Personalinstrumente und Dokumente gestützt. Zudem werden Potenziale zur Etablierung einer gemeinsamen HR-Systemlandschaft identifiziert.

Die HR-Organisation stellt durch die Neuausrichtung von HR-Kapazitäten die Optimierung von Prozessen sowie die Nutzung von Synergien sicher. Weiterhin wird hierdurch dem gesteigerten personalwirtschaftlichen Beratungsbedarf der Führungskräfte, beispielsweise im Rahmen zunehmend komplexer werdender Veränderungsprojekte, gerecht.

Maßgabe während der Projektarbeit ist die Fokussierung auf den Nutzen der HR-Funktionen für den gesamten LVV-Konzern. Somit soll der HR-Bereich einen Beitrag dazu leisten, um insgesamt die Prozessqualität zu steigern, die Wirtschaftlichkeit in den Personalfunktionen im LVV-Konzern zu erhöhen sowie gleichzeitig das konzernweite „Wir-Gefühl“ zu stärken. Die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit ist hierbei ebenso darzustellen.

Als eines der ersten Instrumente zur Umsetzung der Personalstrategie wurde vom HR-Strategiecenter die Plattform des „Konzernweiten Arbeitsmarktes“ eingeführt. Hier erfolgt eine konzernweite Ermittlung des Mitarbeiterbedarfs sowie der anschließend bestmöglichen Abdeckung durch eine konzerninterne Stellenbesetzung. Darüber hinaus sollen die Potenziale der einzelnen Mitarbeiter weiterentwickelt und gleichzeitig gefördert werden. Den Nachwuchs im Oberen Führungskreis zukünftig aus den eigenen Konzernunternehmen zu entwickeln und demnach unabhängiger vom externen Arbeitsmarkt agieren zu können, wird als Ziel im Rahmen der Einführung des Konzernentwicklungskreises Management verfolgt.

### 3 NACHTRAGSBERICHT

Bereits im Dezember 2014 signalisierte die LVV gegenüber der EWE Aktiengesellschaft, Oldenburg (EWE), dass sie für Gespräche zur Übernahme der EWE-Aktienmehrheit an der VNG bereit stehe, sollte sich die EWE entscheiden, ihre Anteile zu veräußern. Die LVV prüft alle Optionen, um die VNG am Standort Leipzig zu sichern. Die VNG steht für einen entscheidenden Teil der Infrastruktur für Versorgungssicherheit in Ostdeutschland und ist damit von großem öffentlichem Interesse. Als erfolgreiches ostdeutsches Unternehmen ist die VNG mit Konzernsitz in Leipzig für den Freistaat Sachsen und die gesamte Region von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung.

Seit der Übernahme der Aktienmehrheit durch die EWE führen die Aktionäre intensive Gespräche zur Standortsicherung und die Regeln der künftigen Zusammenarbeit in der VNG. Da derzeit jedoch noch nicht absehbar ist, ob EWE ihre VNG-Beteiligung dauerhaft halten oder veräußern wird, hat sich die LVV dazu entschlossen, alternativ das eigene Interesse am EWE-Aktienpaket zu bekunden. Um dieses Vorhaben erfolgreich zu gestalten und die Investitionen der LVV-Gruppe in die Infrastruktur der Stadt Leipzig planmäßig voranzutreiben, ist eine nachhaltige Partnerschaft mit weiteren Investoren aus der Kommunal- und Finanzwirtschaft unerlässlich. Die LVV befindet sich zurzeit in konstruktiven und vertraulichen Gesprächen mit der EWE und einem Co-Investor. Hierüber wurde miteinander Stillschweigen vereinbart. Wann genau die Gespräche abgeschlossen sein werden, ist heute noch nicht bekannt.

Die Stadtwerke Nordhausen – Holding für Versorgung und Verkehr GmbH, Nordhausen (SWN), hat den Treuhandvertrag mit der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Erfurt (VNG VuB), fristgemäß mit Wirkung zum 31. Dezember 2014 gekündigt. Gemäß Satzung der VNG VuB hat die SWN die von ihr gehaltenen Aktien den übrigen Gesellschaftern angedient. Die LVV hat das Andienungs-



angebot im Februar 2015 endgültig angenommen und 79,3 % der von der SWN veräußerten Aktien an der VNG mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2015 übernommen. Da die restlichen 20,7 % der Aktien innerhalb des Gesellschafterkreises der VNG VuB erworben wurden, kann die Sperrminorität von 25,79 % der kommunalen Anteilseigner an der VNG somit weiterhin gehalten werden.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2015 wurde der Verkauf sämtlicher Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaft Sachsen Wasser GmbH gemäß einem im Geschäftsjahr 2014 verabschiedeten Beschluss der Gesellschafterversammlung der KWL erfolgreich umgesetzt.

Im Juni 2014 hat die Stadt Leipzig die Konzession für den Betrieb des Gasnetzes in den nach 1990 eingemeindeten Gebieten für die nächsten 20 Jahre ausgeschrieben. Am 15. April 2015 beschloss der Leipziger Stadtrat, diese Konzessionen an die SW Leipzig zu vergeben. Die SW Leipzig werden damit den bisherigen Konzessionär ablösen und das gesamte Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Leipzig betreiben.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres, die nicht bereits im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 sowie im Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2014 Erwähnung fanden, sind nicht zu verzeichnen.

## 4 RISIKO-, CHANCEN-, PROGNOSEBERICHT

### 4.1 Risikobericht

#### 4.1.1 Risikomanagementsystem

Verantwortungsvolle Unternehmensführung ist die Grundlage für nachhaltiges Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg. Das systematische Erkennen und Realisieren von Chancen sowie das Vermeiden von Risiken, die dem Unternehmenserfolg entgegenstehen, spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Das von der LVV konzernweit betriebene Risikomanagementsystem ist demnach ein integraler Bestandteil der Geschäfts- und damit der Konzernsteuerung. Hier werden regelmäßig wesentliche Risiken der LVV und ihrer Tochtergesellschaften erfasst, bewertet und an die Geschäftsführung sowie den Aufsichtsrat berichtet. Es zielt darauf ab, die Geschäftsführung in die Lage zu versetzen, Risiken, die den Fortbestand oder das wirtschaftliche Ergebnis des LVV-Konzerns gefährden können, zu identifizieren, und soweit möglich, frühzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Vorgang in die geschäftlichen Abläufe des Konzerns integriert und besteht aus einer Vielzahl von Bausteinen, die in die Aufbau- und Ablauforganisation des LVV-Konzerns eingebettet sind. Die direkte Verantwortung zur Früherkennung, Analyse, Steuerung und Kommunikation liegt für Risiken der LVV bei der Geschäftsführung, für Risiken der Tochtergesellschaften bei der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligungen. Zum rechtzeitigen Erkennen, Einschätzen und gegebenenfalls Einleiten von Gegenmaßnahmen stützen sich die Geschäftsführungen in ihren Entscheidungen sowohl auf eine umfassende Beratung durch eigene kompetente Fachkräfte als auch in Einzelfällen auf externes Beraterwissen.

Im Rahmen des bestehenden Risikomanagements sind nach Art und Umfang potenziell bestandsgefährdende Risiken identifiziert, analysiert sowie bewertet und in Form eines Risikoportfolios inventarisiert. Den relevanten Risiken sind Frühwarnindikatoren, Eintrittswahrscheinlichkeiten, potenzielle Schadenshöhen, Schwellenwerte sowie Gegenmaßnahmen zugeordnet. Darüber hinaus wurden während der Risikoinventur alle Risiken auf Compliance-Relevanz geprüft und diesbezüglich kategorisiert. Im hierauf aufbauenden Reporting werden kontinuierlich Veränderungen von Einzelrisiken des Risikoinventars der LVV und wesentlicher Risiken der



Tochtergesellschaften in aggregierter Form erfasst, bewertet und berichtet. Darüber hinaus existiert konzernweit ein Ad-hoc-Meldesystem auf Basis festgelegter Schwellenwerte, das ein frühzeitiges Erkennen von Veränderungen im Risikoportfolio gewährleistet. Neu erkannte, nennenswerte Risiken werden umgehend berichtet und bei Bedarf nach entsprechender Bewertung und Festlegung von Frühwarnindikatoren und Gegenmaßnahmen dauerhaft in die Berichterstattung aufgenommen. Darüber hinaus wird das Risikoportfolio regelmäßig aktualisiert und überprüft. Über die für den Gesamtkonzern zusammengefassten Risiken wird quartalsweise in den Sitzungen des Aufsichtsrates der LVV in standardisierter Form berichtet.

Mit dem implementierten Risikomanagementsystem werden die Anforderungen entsprechend § 91 Abs. 2 AktG erfüllt. Es ist geeignet, bestandsgefährdende Risiken beziehungsweise die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LVV beeinflussende Risiken frühzeitig zu erkennen, um diese effektiv zu steuern. Die Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems wird entsprechend den gesetzlichen Anforderungen regelmäßig durch die interne Revision überprüft.

Neben der quartalsweisen Berichterstattung im Risikobericht der LVV wird die Geschäftsführung über die Risiken aus Finanzinstrumenten (Finanzrisikolage) des Konzerns im Rahmen des monatlichen Finanzrisikokomitees informiert, die Basis hierfür stellen die Finanzrisikoberichte des LVV-Konzerns dar.

Aufgrund der Komplexität des Energiehandelsgeschäftes bei den SW Leipzig und der daraus ableitbaren Risiken kommen zur risikoorientierten Steuerung für den Energiegroßhandel geeignete Methoden und Instrumente zum Einsatz. Bei der Ausgestaltung entsprechender Prozesse und Anforderungen orientieren sich die SW Leipzig in ausgewählten Teilbereichen an den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung auf Konzernebene könnten sich aus Änderungen und Umsetzungsregelungen des EU-Rechts, der Steuergesetzgebung, der nationalen Gesetzgebung und aktuellen Rechtsprechung im Energie- und Verkehrsbereich ergeben. Weiterhin wird der LVV-Konzern durch die sich auf Ebene der Tochtergesellschaften ergebenden branchenspezifischen Rahmenbedingungen beeinflusst, welche einer kontinuierlichen Überwachung unterliegen.

Insbesondere aufgrund der zunehmenden Veränderungsgeschwindigkeit bei häufigerer Zielneubestimmung im wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld wird der Beobachtung des rechtlich-politischen Umfeldes vom LVV-Konzern besondere Bedeutung beigemessen.

#### 4.1.2 Finanzierungsrisiken

**Liquiditätsrisiken:** Die LVV als Cash Pool-Führer steuert die Liquidität im Konzern über den Cash Pool, in welchen grundsätzlich alle deutschen Konzerngesellschaften einbezogen sind. Die Liquiditätsposition wird dabei über eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung für die jeweils nächsten zwölf Monate, davon die ersten drei Monate taggenau überwacht. Sofern sich ein zukünftiger Liquiditätsbedarf ergibt, der über die Cash Pool-Linien von Mio. EUR 79,0 hinausgeht, wird dieser durch die LVV am Kapitalmarkt eingedeckt.

Zum 31. Dezember 2014 verfügten die Unternehmen im LVV-Konzern über ausreichend kurzfristige Liquidität.

**Langfristige Finanzierungsfähigkeit:** Der LVV steht zur Finanzierung ein breites Instrumentarium zur Mittelaufnahme an den Kapitalmärkten zur Verfügung. Ziel der Konzernfinanzierung ist dabei, die Zahlungsfähigkeit des Konzerns sicherzustellen und die Beteiligungsunternehmen mit Liquidität zu versorgen. Neben der Diversifikation bei den Instrumenten und Kontrahenten wird auch auf eine ausgeglichene Fällig-



keitsstruktur geachtet. Neue Finanzmittel wurden im Geschäftsjahr 2014 dem Konzern über verschiedene Produkte und Laufzeiten zugeführt. So konnten zur Deckung kurzfristiger Liquiditätsbedarfe vorhandene Linien genutzt und für die Refinanzierung von Investitionen Darlehen mit Laufzeiten von 5 bis 20 Jahren aufgenommen werden.

Aus einer möglichen Einschränkung der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte insbesondere im Ergebnis der anhaltenden Probleme im Euroraum könnten sich bei Neukreditaufnahmen Risiken in Bezug auf Volumina, Konditionen und erzielbare Laufzeiten ergeben.

**Bonitätsrisiko:** Die Unternehmen des LVV-Konzerns haben mit dem Abschluss von unbesicherten mittel- und langfristigen Darlehensverträgen Financial Covenants (Finanzkennziffern) vereinbart, die vordefinierte Finanzrelationen wie Verschuldungsgrad, Zinsdeckungsgrad und Eigenmittelquote enthalten. Der Nachweis über die Einhaltung der Financial Covenants erfolgt auf Basis der Angaben des Konzernabschlusses der LVV sowie teilweise auf Basis des Teilkonzernabschlusses der SW Leipzig. Die Einhaltung der Kennzahlen ist für den LVV-Konzern von großer Bedeutung, da anderenfalls die Kreditgeber von Kündigungsrechten Gebrauch machen können. Auf Basis der aktuellen Konzernwirtschaftsplanung für die Jahre 2015 bis 2019 wird die Einhaltung der Kennzahlen sichergestellt. Bei der Vereinbarung der Finanzkennzahlen legt die LVV großen Wert auf eine konsequente Standardisierung, um zum einen die Steuerung zu optimieren und zum anderen eine Gleichbehandlung aller Kreditgeber sicherzustellen.

Auch in den Handelsverträgen des Energiegroßhandels (Verträge der European Federation of Energy Traders, EFET) dient die Vereinbarung von Covenants der Absicherung der Geschäfte.

**Zins-, Währungs- und Preisrisiken:** Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken sowie zur Optimierung von Kreditkonditionen werden Zins- und Devisenderivate abgeschlossen. Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Optionen, Forwards und Futures. Ihr Einsatz ist hinsichtlich Art, Umfang, Geschäftspartnern und weiteren Bedingungen durch das Handbuch Konzernfinanzierung und entsprechende Beschlüsse der LVV sowie entsprechende Geschäftsführungsbeschlüsse geregelt. Die Finanzinstrumente und Commodity-Derivate orientieren sich nach den Regeln der Konzernfinanzierung ausschließlich an den Grundgeschäften.

Ausfallrisiken bei den Finanzderivaten bestehen gegenüber den Kontrahenten in Höhe der positiven beizulegenden Zeitwerte. Gegen diese Risiken sichert sich der Konzern mittels Risikostreuung durch den Abschluss von Derivatgeschäften mit mehreren ausgewählten europäischen Finanzinstituten ab.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie das Risiko der langfristigen Finanzierungsfähigkeit auf Basis der Bonität bestehen bei der LVV zum jetzigen Zeitpunkt erkennbar nicht.

### 4.1.3 Steuerliche Risiken

Im Rahmen der steuerlichen Außenprüfungen für die Jahre 2005 bis 2007 beziehungsweise 2008 bis 2010 bei der LVV gehen die Betriebsprüfer davon aus beziehungsweise ist in Fortführung der für 2005 bis 2007 bereits vorliegenden Prüfungsfeststellung davon auszugehen, dass wegen Verstoßes gegen die Verbundvoraussetzungen für das Jahr 2007 eine verdeckte Gewinnausschüttung von Mio. EUR 11,2 sowie im Jahr 2008 eine steuerliche Ergebniskorrektur von Mio. EUR 8,0 anzusetzen sei. Das sich hieraus ergebende steuerliche Risiko für 2007 wurde bereits im Rahmen der Berechnung der Steuerrückstellungen für das Vorjahr zugrunde gelegt. Die zu erwartende Ergebniskorrektur für 2008 wurde im Rahmen der Berechnungen der Steuerrückstellungen im Geschäftsjahr 2014 berücksichtigt. Die LVV vertritt hierzu eine andere Rechtsauffassung.



Im Bereich Energieversorgung gehen die Betriebsprüfer im Zuge der steuerlichen Außenprüfung für die Jahre 2008 bis 2010 davon aus, dass die in diesem Zeitraum vorgenommenen außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Biomasseanlagen Bischofferode/Holungen und Piesteritz/Wittenberg steuerlich nicht anzuerkennen seien. Daraus würden sich Mehrgewinne von circa Mio. EUR 20,5 ergeben. Obwohl die LVV hierzu eine andere Rechtsauffassung vertritt und diese Prüfungsfeststellung Gegenstand eines laufenden Einspruchsverfahrens ist, wurden für die eventuell daraus resultierenden steuerlichen Folgen vorsorglich Rückstellungen gebildet.

Aufgrund neuerer Erkenntnisse zum Stand der jeweiligen steuerlichen Außenprüfungen und der voraussichtlich vorzunehmenden Folgeänderungen in den noch offenen Veranlagungszeiträumen ist zum 31. Dezember 2014 eine erneute Hochrechnung der voraussichtlichen Nachzahlungen infolge von Außenprüfungen vorgenommen worden. Die steuerlichen Außenprüfungen für die Bereiche Energieversorgung sowie Verkehr sind zwischenzeitlich beendet, sodass die entsprechenden Besteuerungsgrundlagen gemäß vorliegenden Betriebsprüfungsberichten im Rahmen der Hochrechnung zugrunde gelegt wurden. Für den Bereich Wasserver- und Abwasserentsorgung ist die steuerliche Außenprüfung gegenwärtig noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen der Hochrechnung wurden daher die bis zu diesem Zeitpunkt bekannten Prüfungsfeststellungen berücksichtigt. In diesem Zusammenhang hat das Finanzamt mit dem erstinstanzlichen Ausgang des anhängigen Prozesses in London einige Prüfungsfeststellungen aufgegeben, welche von der Entscheidung des Gerichts betroffen sein könnten. Die sich hiernach ergebenden, bislang noch nicht erfassten Rückstellungsbeträge, vor allem aber erhebliche Rückstellungsverminderungen für die Jahre 2005 bis 2013 wurden neben der zu erwartenden laufenden Steuerbelastung für 2014 berücksichtigt. Damit sind alle derzeit erkennbaren steuerlichen Risiken im Jahresabschluss abgebildet.

Mit dem 31. Dezember 2013 endete die umsatzsteuerliche Organschaft zwischen der LVV und den Organengesellschaften KWL, LVB und SW Leipzig sowie zu weiteren Organengesellschaften. Die Anpassung erfolgte aufgrund von Änderungen der Anforderungen an die organisatorische Eingliederung der Organengesellschaften als Voraussetzung für die umsatzsteuerliche Organschaft durch die neuere Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes.

#### 4.1.4 CDO-/CDS-Transaktionen KWL

Aus den in den Jahren 2006 und 2007 mit verschiedenen Banken (UBS, LBBW, Depfa) geschlossenen CDO-Geschäften wurde die am 18. Januar 2010 gegen die KWL eingereichte Klage vor dem High Court in London verteidigt (mündliche Verhandlung vom 29. April bis 31. Juli 2014). Die Zahlungsaufforderungen der Gegenparteien (Banken) beliefen sich auf Mio. EUR 75,5 (LBBW), Mio. USD 116,0 (Depfa) und – nach Verrechnung mit den Kündigungswerten der CDS-Transaktion (Mio. USD 67,0) – Mio. USD 137,6 (UBS). Zum 31. Dezember 2013 belief sich das Gesamtrisiko auf circa Mio. EUR 260,0 zuzüglich Zinsen und Verfahrenskosten. Dieser Rechtsstreit wurde mit Urteil vom 4. November 2014 in erster Instanz abgeschlossen. Die von den Gegenparteien geltend gemachten Zahlungsansprüche wurden umfassend abgewiesen und deren Rückabwicklung verfügt, das heißt, die KWL wurden hinsichtlich dieser Geschäfte so gestellt, als hätten sie diese nicht abgeschlossen. Folglich wurden die KWL verpflichtet, die für die CDO-Transaktionen ausgeschütteten Prämien an die UBS zurückzuzahlen. Von Zahlungen, welche die KWL ansonsten an die Depfa und/oder die LBBW zu leisten hätten, mussten sie von der UBS freigestellt werden.

Zu den von den Parteien im Einzelnen zur Rückabwicklung der CDO-Transaktionen zu leistenden Zahlungen ist am 23. Dezember 2014 eine Order des High Court ergangen, in der auch die wechselseitige Erstattung von Kosten des Rechtsstreits – vorläufig – festgelegt wurde. Auf dieser Grundlage haben die KWL erhaltene Prämienzahlungen aus CDO-Transaktionen nebst Zinsen von Mio. EUR 35,1 unter Verrechnung eines Abschlages auf zu erwartende Prozesskostenerstattung von Mio. EUR 14,7 an die UBS (im Saldo Mio. EUR 20,4) im Geschäftsjahr 2014 zurückgezahlt.





Einem Antrag der UBS auf Zulassung der Berufung gegen dieses Urteil hat der High Court of Justice nicht stattgegeben. Die UBS hat nunmehr beim High Court of Appeal (Civil Division) die Zulassung der Berufung beantragt. Hierüber wird in einer mündlichen Verhandlung, welche am 7. Oktober 2015 terminiert ist, verhandelt. Sämtliche Zahlungen sind aufgrund des von der UBS beantragten Berufungsverfahrens noch als vorläufig zu betrachten. Sofern diese Instanz das Urteil des High Court ganz oder teilweise aufhebt, können sich die wechselseitigen Zahlungen noch ändern.

Infolge des Urteils am High Court of Justice in London sind der Gerichtsprozess zu CDO-Transaktionen gegen die LBBW beim Landgericht Leipzig und das Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht Dresden aufgrund übereinstimmender Anträge der KWL und der LBBW seit dem 10. beziehungsweise 15. Dezember 2014 ruhend gestellt.

Unverändert zu den Vorjahren wurden Rückstellungen für das potenzielle Gesamtrisiko aus diesen CDO-Transaktionen, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig vorsorglich gebildeten Rückstellung, nicht gebildet, da die KWL und LVV sowie die einbezogenen Rechtsberater und anwaltlichen Vertreter auch nach aktueller Einschätzung für die laufenden Verfahren von einer erfolgreichen Abwehr sämtlicher potenzieller Forderungen auf juristischem Wege ausgehen.

In der am 22. Oktober 2013 geschlossenen Freistellungsvereinbarung hat sich die LVV gegenüber den KWL verpflichtet, diese von den möglichen Belastungen im Rahmen des Rechtsstreits der KWL gegen die LBBW zu CDO-Transaktionen bis zur Höhe von Mio. EUR 95,0 freizustellen, soweit sie den Betrag von Mio. EUR 7,6 übersteigen.

Die KWL und die LVV sind durch die von der Ratsversammlung der Stadt Leipzig am 25. Februar 2010 beschlossene Kapitalausstattungsvereinbarung (KAV) zwischen der Stadt Leipzig und der LVV im Falle eines Unterliegens vor Gericht abgesichert. In der KAV verpflichtet sich die Stadt Leipzig gegenüber der LVV, diese auf Anfordern der LVV unter bestimmten Voraussetzungen binnen zwei Wochen mit bis zu Mio. EUR 290,0 Kapital auszustatten, maximal jedoch in Höhe der allein aus den CDO-Geschäften der KWL herrührenden Belastungen. Die Kapitalausstattung erfolgt nur dann, wenn die KWL aus den CDO-Geschäften in Anspruch genommen werden und sie diese Inanspruchnahme jeweils nicht aus eigenen Mitteln begleichen können. Aus Gründen der Rechtssicherheit hat die Stadt Leipzig die KAV über die Bundesregierung bei der Europäischen Kommission vorsorglich angemeldet. Mit Schreiben der Europäischen Kommission vom 16. Juni 2011 hat diese mitgeteilt, dass es sich bei der KAV um keine staatliche Beihilfe im Sinne von Art. 107 Abs. 1 des Vertrages zur Arbeitsweise der Europäischen Union und Art. 60 Abs. 1 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum handelt. Die KAV wurde daraufhin durch die Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Leipzig unter Auflagen und dem Vorbehalt des Widerrufs genehmigt. Hinsichtlich des Standes der Umsetzung der verfügbaren Auflagen ist die Stadt Leipzig gegenüber der Landesdirektion berichtspflichtig.

In Umsetzung der Auflagen hat die Stadt Leipzig als Gesellschafterin der LVV auf Grundlage des Beschlusses der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 25. Januar 2012 Gesellschafterbeschlüsse gefasst. Diese beziehen sich hauptsächlich auf die Umsetzung des Konzeptes zur Weiterentwicklung der LVV als Managementholding, unter anderem zur Erzielung von ergebnisrelevanten nachhaltigen Kosteneinsparungen durch Synergien im LVV-Konzern, auf den strategischen Umgang und die Veräußerung von Geschäftsanteilen an Tochterunternehmen im Konzernverbund sowie die Analyse und Bewertung des im LVV-Konzern vorhandenen Anlagevermögens hinsichtlich der Betriebsnotwendigkeit. Zum Zweck der Risikovorsorge wären entsprechend den Auflagen der Landesdirektion bestimmte Beträge einer zweckgebundenen Geldanlage zuzuführen, soweit sie nicht für die Aufwendungen der LVV für die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen aus dem VLFV oder für die Tilgung von Darlehen benötigt werden.



Die KAV kann von jeder Partei unter Einhaltung einer Dreimonatsfrist gekündigt werden. Eine Kündigung ist jedoch nicht erfolgt. Aufgrund der Regelungen in den bestehenden Darlehensverträgen liegt ein wichtiger Kündigungsgrund für den jeweiligen Darlehensvertrag vor, wenn die KAV nicht in der vereinbarten beziehungsweise nicht in einer nachteilig veränderten Form während der Laufzeit des Darlehensvertrages Bestand hat, es sei denn bei ausdrücklicher Zustimmung der jeweiligen Bank.

#### 4.1.5 Wandel-Memory-Swap KWL

Die KWL haben im Jahr 2008 einen sogenannten Wandel-Memory-Swap abgeschlossen. Er diente als Ersatz für einen anderen Swap der KWL, der zu diesem Zeitpunkt einen negativen Zeitwert aufwies. Im Zuge des Wechsels der KWL-Geschäftsführung im Jahr 2010 haben die KWL den Wandel-Memory-Swap umfänglich von unabhängigen Sachverständigen prüfen lassen. Die Untersuchung ergab, dass es sich dabei um ein hochspekulatives, derivatives Finanzinstrument handelt, welches für die KWL nicht kalkulierbare Risiken enthält und für den von den KWL avisierten Zweck (Zinssicherung) völlig ungeeignet ist. Da der Wandel-Memory-Swap den KWL bankenseitig zur Verbesserung der Zinsstrategie empfohlen wurde, haben die KWL den Abschluss im Dezember 2010 wegen arglistiger Täuschung angefochten und (hilfsweise) Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Die KWL reichten am 28. Dezember 2010 Klage gegen die Bank am Landgericht Stuttgart ein, in deren Zuge die Nichtigkeit des Vertrages festgestellt und die an die Bank gezahlten Beträge erstattet werden sollen. Zuvor war vergeblich versucht worden, eine vergleichsweise Lösung mit der Bank zu erzielen. Am 17. April 2012 hat eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Stuttgart stattgefunden, in deren Folge das Gericht einen Beweisbeschluss zur Feststellung der Höhe des den KWL entstandenen Schadens (Einholung eines Sachverständigengutachtens) erlassen hat. Ein vom Gericht eingeholtes Gutachten zur Höhe des durch den Abschluss des Wandel-Memory-Swaps entstandenen Schadens liegt den KWL zwischenzeitlich vor. Mit einer Entscheidung des Gerichts rechnet die LVV im Laufe des Jahres 2015.

Die KWL sind weiterhin unverändert zu den Vorjahren und übereinstimmend mit den Einschätzungen der rechtlichen Berater und anwaltlichen Vertreter von einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit des Klageerfolges ausgegangen. Die aus kaufmännischer Vorsicht für einen möglicherweise verbleibenden Anspruch der LBBW – insbesondere hinsichtlich des eingepreisten Wertes des Vorgängerproduktes sowie eventueller Rechtskosten – vorgetragene Rückstellung wurde über Mio. EUR 6,1 beibehalten.

Das Finanzinstrument wies nach Angaben der LBBW zum 30. Dezember 2014 (Beendigungszeitpunkt) einen negativen Zeitwert von Mio. EUR 6,3 aus. Hinzu kommt das Risiko eines Anspruchs der LBBW auf die seit Klageerhebung von den KWL nicht gezahlten Zinsen von Mio. EUR 50,5.

#### 4.1.6 Cross-Border-Leasing-Transaktionen (CBL-Transaktionen)

Im Hinblick auf die abgeschlossenen CBL-Transaktionen der KWL und LVB wird ein systematisches Vertragscontrolling durch die Gesellschaften und die Stadt Leipzig durchgeführt. Um mögliche Risiken jederzeit abschätzen zu können, waren auch im Geschäftsjahr 2014 neben internen Überwachungen auf vertraglicher Basis externe Dritte mit der Vertragsüberwachung sowie der rechtlichen Beratung beauftragt. Im Zuge der allgemeinen Finanzkrise wurde die kontinuierliche Prüfung der Verträge intensiviert. In diesem Zusammenhang finden zur Risikosteuerung und -minimierung regelmäßig Reportings statt. Darüber hinaus wird die Einhaltung einzelner Vertragsinhalte im Rahmen von Einzelfallprüfungen sichergestellt.

Zur Abdeckung der im Rahmen der Mietverträge vorgesehenen Zahlungen für die laufenden Mieten und Kaufoptionspreise wurden Teile der von den US-Investoren erhaltenen Mietvorauszahlungen in Deckungsgeschäften angelegt.



Im Rahmen der **Trinkwassertransaktion** im Jahr 2003 wurden von der Stadt Leipzig zwei Deckungsgeschäfte inklusive dazugehöriger Erfüllungsübernahmevereinbarungen vorgenommen. Dabei wurden Anleihen der MBIA Global Funding LLC (MBIA) und der General Electric Credit Corporation (GECC) erworben und an die Freshwater (2002) Ltd. veräußert, die die Zahlungen auf der Grundlage von Erfüllungsübernahmeverträgen an den Trust als Vermieter zu leisten hat, soweit sie Zahlungen aus diesen Anleihen erhält. Nach Herab- und Heraufstufung weist die MBIA derzeit ein Rating von B (Standard & Poor's) aus. In Würdigung der Transaktion liegen keine akuten Ausfallrisiken vor. Grundsätzlich trägt die Stadt Leipzig das Ausfallrisiko dieser beiden Anleihen. Ein Risiko der KWL aus Freistellungsansprüchen der Stadt Leipzig ist jedoch nicht vollständig ausgeschlossen. Die GECC-Anleihe, die als Deckungsgeschäft für die Zahlungsverpflichtung auf der Fremdmittelseite der Transaktion erworben wurde, ist zum 30. Dezember 2014 vertragsgemäß ausgelaufen. Damit konnte die letzte Tilgungszahlung für das entsprechende Darlehen (Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite) auf Seiten der KWL geleistet werden.

Bei der **Klärwerkstransaktion** ist die Bank of America neben der Rolle als US-Investor auch gleichzeitig über die Tochtergesellschaften Merrill Lynch Derivative Products (MLDP) und Merrill Lynch Capital Services (MLCS) als Eigenmittelvorauszahlungsgeber eingebunden. Bisher hatte ein Downrating der Bank of America keine Auswirkungen auf das Rating der MLDP. Die Herabstufung der MLDP (Garantin des Vorauszahlungsinstruments) von AAA auf A+ am 5. August 2013 erfolgte laut Standard & Poor's aufgrund der Veröffentlichung neuer Bewertungskriterien („Derivative Product Companies Rating Methodology and Assumptions“ vom 22. März 2013), denen zufolge das Rating einer Derivative-Products-Gesellschaft maximal zwei Notches über dem Rating der Sponsor-Bank liegen soll (aktuell liegt die Bank of America Corp. bei Standard & Poor's bei A-). Bei Moody's liegt das Rating seit längerem unter Aa2.

Aufgrund der Ratingherabstufung verfügen weder MLCS noch der Garant über die nach den Bestimmungen der Transaktionsverträge erforderlichen Ratings. Um den Anforderungen aus dem CBL-Vertragswerk zu genügen, haben die KWL mit den Vertragsparteien Kontakt aufgenommen, um eine entsprechende Sicherungslösung zu entwickeln. Nach intensiven Gesprächen und langen Verhandlungen wurden am 16. Dezember 2014 die Verträge zur Sicherungslösung durch alle Vertragsparteien unterzeichnet. Im Ergebnis wurde vereinbart, dass der Garant ausgetauscht wird und die Verpflichtung der MLCS zur Garantiebeibringung zukünftig durch die Hinterlegung von US-Schuldverschreibungen erfüllt wird. Zum 17. Dezember 2014 wurde der vereinbarte Anfangswertumfang in Form von US-Schuldverschreibungen durch die MLCS in ein zugunsten des Investors verpfändetes Depot bei dem Sicherheitstreuhänder Bank of New York Mellon eingelegt.

Die MLCS ist zukünftig verpflichtet, den vertraglich definierten und jährlich bis zum Jahr 2025 steigenden Wertumfang durch entsprechende Hinterlegung von US-Schuldverschreibungen im Depot sicherzustellen. Die KWL stehen gegenüber dem Investor für die Erfüllung dieser Verpflichtung ein.

Entsprechend den bisherigen Ratinganforderungen für MLCS/MLDP gilt nun ein Ratingtrigger für die USA (Absinken unter AA nach Standard & Poor's oder Aa2 nach Moody's).

Die LBBW, die in der Klärwerkstransaktion als Avalbank fungiert und nach den Leasingverträgen ein entsprechendes Mindestrating aufweisen muss, weist seit Juni 2012 ein A3-Rating (Moody's) aus. Die vertraglich geforderte Ratinggrenze wurde damit unterschritten. Die Klärwerkstransaktion wurde jedoch in einem Zeitraum abgeschlossen, in dem jegliche Geschäfte mit Landesbanken von der unbeschränkten Gewährträgerhaftung (Grandfathering) profitieren. Das Aaa-Rating für die LBBW mit Gewährträgerhaftung wurde am 25. November 2011 durch Moody's bestätigt.



Die einzige noch bestehende **CBL-Transaktion der LVB** ist die mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB Public Sweden als Leasinggeber und Depotbank für sieben Straßenbahnen. Auf der Grundlage der den LVB zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorliegenden Informationen aus dem CBL-Vertragscontrolling ergeben sich für die LVB aus der Struktur der Transaktion und der übernommenen Verpflichtungen der beteiligten Vertragsparteien keine neuen Risiken und Haftungsverhältnisse.

Die KWL und die LVB sehen zum Berichtszeitpunkt kein akutes Ausfallrisiko in Bezug auf die CBL-Transaktionen.

#### 4.1.7 Operative Risiken

Mögliche Ausfallrisiken ergeben sich im Konzern hauptsächlich aus Geschäften mit Endkunden und Handelspartnern sowie aus Finanzierungsgeschäften. Im Endkundengeschäft wird Ausfallrisiken mit einem wirkungsvollen Forderungsmanagement begegnet. Für einen Vertragsabschluss ist die Bonität der mittelständischen Geschäfts- beziehungsweise Großkunden, die laufend überwacht wird, Voraussetzung. Im Energiegroßhandel wird das Ausfallrisiko bei Handelspartnern durch kundenbezogene Limite begrenzt, wobei Bonität sowie Angemessenheit und aktuelle Auslastung der Limite ständig überwacht werden.

Nach Einschätzung der aktuellen Risikosituation werden im **Energieversorgungsbereich** insbesondere Risiken gesehen, die sich aus dem wirtschaftlichen, politischen sowie rechtlichen Umfeld ergeben. Einer besonderen Bedeutung wird hierbei den energiepolitischen Rahmenbedingungen beigemessen. Die sich hieraus ergebenden Risiken bestehen hauptsächlich in der Beurteilung der künftigen gesetzlichen, technologischen und marktbezogenen Entwicklungen.

Mögliche Risiken ergeben sich insbesondere aus der im Jahr 2014 finalisierten Novellierung der Markets in Financial Instruments Directive (MiFID II) einschließlich der Regulierung des außerbörslichen Derivatehandels. Von der EU-Kommission wird es im Rahmen sogenannter technischer Regulierungsstandards zum einen noch eine Konkretisierung zur genauen Lieferung von Daten geben und zum anderen eine Klarstellung, wie Haupt- und Nebentätigkeit im Verhältnis zueinander ausgestaltet werden sollen. Erst nach Bekanntgabe dieser Informationen lässt sich abschließend beurteilen, inwieweit und mit welchem Umfang die allgemeinen Reportingpflichten nach der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) und der Regulation on Wholesale Energy Market Integrity and Transparency (REMIT) von diesen Bestimmungen betroffen sein werden.

Regulatorische Risiken werden in den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes, den Verordnungen, insbesondere den Anreizregulierungs- und Netzentgeltverordnungen, sowie in den Festlegungen und Bescheiden der Regulierungsbehörden und den sich daraus ergebenden Absenkungspfaden der Erlösobergrenzen für Netzentgelte gesehen. Weitere Risiken können sich darüber hinaus aus neuen, zum Zeitpunkt der Basisjahre für die Entgeltgenehmigungen nicht bekannten Aufgaben und damit verbundenen Kosten ergeben.

Zu den definierten und überwachten Hauptrisiken der GPEC gehören Risiken hinsichtlich des Bezuges und der Lieferung von Wärme. Die mit dem Hauptgeschäft verbundenen Risiken werden durch langfristige Verträge und Investitionsprogramme minimiert.

Dem Risiko aus fallenden Spreads für konventionelle Erzeugungsanlagen wurde durch Optimierung des Anlageneinsatzes, der Vermarktung am Terminmarkt sowie der Erschließung neuer Reservemärkte entgegen gewirkt. In den Biomasse- und Windkraftanlagen bestehen weiterhin Risiken aus überplanmäßig steigenden Brennstoffpreisen beziehungsweise zu geringem Windaufkommen.

Infolge regulatorischer und preisbedingter Änderungen der Vergütung für vermiedene Netzentgelte unterliegt das Ergebnis im GuD-KW Leipzig mittleren Risiken aus der Vergütung für Netzvermeidungsleistung.



Auf dem Großhandelsmarkt für Strom und Gas liegen geänderte Marktbedingungen vor, welche sich auch auf die erwartete Entwicklung im Energiehandel auswirken können. Hier besteht das Risiko, dass bisherige Ergebnisse wegfallen beziehungsweise unter den Erwartungen liegen könnten.

Das aktuell diskutierte Eckpunktepapier der Bundesnetzagentur zum Thema „Anpassung des Standard-Bilanzkreisvertrages Strom“ kann mit den darin aufgeführten Anpassungen, zum Beispiel hinsichtlich einer Verschärfung der Fahrplanfristen, wesentlichen Einfluss auf die Prozesskosten und erzielbaren Ergebnisse im Energiegroßhandel haben.

Im Bereich **Wasser- und Abwasserentsorgung** wird aufgrund der Betrachtungen des Asset Managements sowie der Ergebnisse von zustandsorientierten Auswertungen zum Kanalsanierungsbedarf mittel- bis langfristig mit einem weiteren Investitionsanstieg gerechnet. Begleitend entstehen Mehraufwendungen für zustandserhaltende Reparaturen. Die genaue Höhe und der zeitliche Verlauf, die Entwicklung der Bedarfe sowie die Auswirkungen auf die Entwicklung der mittel- und langfristigen Unternehmenskennzahlen werden weiterhin unter Anwendung eines Planungs- und Simulationstools untersucht. Die Ergebnisse bilden die Rahmenbedingungen für künftige Wirtschaftsplanungen.

Darüber hinaus werden im **Verkehrsbereich** insbesondere Risiken aus politischen und regulatorischen Veränderungen gesehen. Hier bestehen unter anderem Risiken aus der Liberalisierung des Nahverkehrs auf europäischer Ebene, welche unter anderem den Marktzugang im öffentlichen Personennahverkehr regeln. Weiterhin ergeben sich potenzielle Risiken aus der im Jahr 2014 veröffentlichten EU-Vergaberichtlinie, welche In-House-Vergaben und interkommunale Zusammenarbeiten gesetzlich fixiert. Die hier eingeräumten Spielräume hinsichtlich der Möglichkeiten der Direktvergabe entsprechend der bisherigen Sektorrichtlinie könnten für den Verkehrsbereich eine Unsicherheit darstellen. Weiterhin können Risiken aus der Kündigung, Änderung oder Nichteinhaltung bestehender Finanzierungsverträge mit Aufgabenträgern entstehen. Die im Verkehrsbereich erforderlichen Investitionen können im geplanten Umfang nur geleistet werden, wenn die in der Wirtschaftsplanung unterstellten Prämissen vollumfänglich eingehalten werden.

Zahlungen der LVV an die LVB im Rahmen des VLFV sowie Tilgungen auf das Gesellschafterdarlehen können auch künftig nur in dem Umfang geleistet werden, soweit entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ausreichend eigene Mittel aus der Geschäftstätigkeit der LVV als Mutterunternehmen sowie aus weiteren Maßnahmen innerhalb des LVV-Konzerns zur Verfügung stehen.

In Anbetracht des positiven Urteils in London geht die Geschäftsführung der LVV aufgrund der dargestellten Sachverhaltsbeurteilung davon aus, dass die CDO-Transaktionen der KWL trotz des möglichen Gesamtrisikos für die LVV den Fortbestand der Gesellschaft nicht gefährden werden. Darüber hinaus waren keine den Fortbestand des LVV-Konzerns gefährdenden Risiken zu verzeichnen.

## 4.2 Chancenbericht

Der LVV-Konzern ist permanent einer Vielzahl von internen und externen Entwicklungen oder Ereignissen ausgesetzt, die das Erreichen der finanziellen und nicht-finanziellen Ziele in wesentlichem Maße beeinflussen können. Nachfolgend werden die Chancen berichtet, welche für den LVV-Konzern einen maßgeblichen Einfluss haben und somit Chancen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung bieten.

Chancen für die weitere Entwicklung des Konzerns werden vor allem in der Vertiefung der Zusammenarbeit der Konzernunternehmen gesehen. Das betrifft einerseits die Umsetzung der bereits in der Wirtschaftsplanung verarbeiteten Effekte des Projektes „LVV 2015“. Andererseits wird die Managementholding auch weiterhin auf die Intensivierung der Zusammenarbeit im LVV-Konzern hinwirken. Die Erfahrungen in den



zurückliegenden Jahren zeigen, dass Anpassungen in der Konzernstruktur notwendig sind, um die erkennbaren Synergiepotenziale tatsächlich zu realisieren. Chancen liegen in der Etablierung einer Servicegesellschaft als „vierte Säule“ im LVV-Konzern, in der mittel- und langfristig wesentliche kaufmännische Querschnittsfunktionen der Unternehmensgruppe zusammengeführt werden.

Im **Energiebereich** ergeben sich im Wesentlichen folgende Chancen:

Die Marktchancen in der Erzeugung liegen im Energiemarktdesign sowie in vertraglichen und regulatorischen Marktentwicklungen. Durch die in den Vorjahren vorgenommene Modernisierung des GuD-KW Leipzig bestehen Chancen aus der Vermarktung der Regelernergieleistung sowie aus einem steigenden Strom-Gas-CO<sub>2</sub>-Spread in der Stromerzeugung.

Für das GuD-KW Leipzig bestehen aus der Novellierung des Gesetzes für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) energiepolitische Chancen. Das Chancenpotenzial wird jedoch durch die derzeit fragliche politische Unterstützung für die Einführung eines Kapazitätsmarktes im Rahmen eines geänderten Strommarktdesigns eingeschränkt.

Für die Biomasse- und Windkraftanlagen bestehen im Vergleich zur Prognose mittlere Chancen aus fallenden Holzpreisen beziehungsweise höherem Windaufkommen. Das witterungsabhängige Wärmegeschäft kann aufgrund von Temperaturschwankungen gleichermaßen in beide Richtungen beeinflusst werden.

Im Energiegroßhandel erfolgt die Fokussierung auf den Auf- und Ausbau der handelsnahen Dienstleistungsprodukte, beispielsweise Portfolio- und Bilanzkreismanagement, sowie auf den Aufbau eines Pools für Regelernergie. Darüber hinaus bestehen Chancen in der Erweiterung des Erneuerbare-Energien-Portfolios. Die Nutzung von Kooperationen wird für den Aufbau des Dienstleistungsgeschäftes und zur Kostendegression angestrebt.

Mit Inkrafttreten der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) wurden zunächst relativ stabile Rahmenbedingungen auf der Erlöseseite geschaffen. Durch Bekanntgabe der Erlösobergrenzen Strom für die fünfjährige Regulierungsperiode ist die Entwicklung der Umsatzerlöse Strom aus Netznutzung gut prognostizierbar. Entsprechend ist den Netzbetreibern der Erlösabsenkungspfad bekannt und gegensteuernde Maßnahmen sind mittel- und langfristig planbar. Flexibilisierung im Netzgeschäft bietet grundsätzlich Chancen zur Ertragsoptimierung. Dennoch ergeben sich insbesondere durch die Auslegungspraxis bezüglich der Bestimmungen durch die Regulierungsbehörde oftmals Risiken.

Von den möglichen Änderungen des Standard-Bilanzkreisvertrages Strom sind andere Marktteilnehmer ebenso betroffen wie die SW Leipzig. Hier ergibt sich die Chance, das vorhandene Know-how und die Prozessqualität über Dienstleistungen am Markt anzubieten.

Bei den polnischen Tochtergesellschaften können sich Chancen aus der Verbesserung von internen und gruppenübergreifenden Prozessen innerhalb der GPEC-Gruppe, der Erweiterung und Verbesserung des Service- und Stromgeschäftes sowie der Beteiligung an Kraftwerksprojekten in der Region Gdańsk ergeben.

Chancen ergeben sich für den LVV-Konzern auch durch gezielte Erweiterungsinvestitionen im Verteilungsnetz. Derzeit bestehen realistische Chancen für den Konzessionserwerb für den Betrieb der Stromverteilungsnetze für die neu eingemeindeten Stadtgebiete von Leipzig. Die Gaskonzessionen wurden bereits vom Stadtrat Leipzig am 15. April 2015 an die SW Leipzig vergeben. Damit kann das regulierte Geschäft im Konzern substanziell ausgebaut werden. Die Vergabe der Gasverteilungskonzessionen sowie der mögliche Erwerb der Stromverteilungsnetze bedeuten eine Vergrößerung des Netzgebietes der Netz Leipzig GmbH, Leipzig, um rund 30,0 %, die zu einer signifikanten Effizienzsteigerung im gesamten Netzbetrieb



führen sollte. Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen, Mitteldeutschland und bundesweit bietet ebenfalls Chancen für langfristig profitable Investitionen. Wir prüfen einerseits Investitionen in Windkraftwerke in der Region Leipzig und in den neuen Bundesländern. Andererseits stehen verbrauchsnahe, dezentrale Kraftwerke zur Strom- und Wärmeerzeugung (KWK- oder PV-Anlagen) in unserem Fokus, die unsere Angebote zur Versorgung öffentlicher Auftraggeber, Wohnungsunternehmen sowie kleiner und mittlerer Unternehmen ergänzen.

In der Wasser- und Abwasserentsorgung werden Chancen vor allem auf der Grundlage der aktuellen Bevölkerungsprognose für die Stadt Leipzig, gestützt durch die reale Entwicklung im Jahr 2014, gesehen. In der Gesamtbetrachtung des Versorgungsgebietes der KWL wird mittelfristig von einer positiven demografischen Entwicklung ausgegangen. Damit verbunden ist ein Potenzial zur Steigerung des Trinkwasserabsatzes von jährlich jeweils bis zu 200 Tm<sup>3</sup> bis zum Jahr 2025. Dies wirkt sich auch positiv auf die Auslastung der technischen Anlagen, mit entsprechenden Effekten auf die Effizienz im Anlagenbetrieb, und auf die zukünftige Entwicklung der Trink- und Abwasserpreise aus. Für die gegebenenfalls notwendige Anpassung einzelner Anlagenkomponenten infolge der Bevölkerungsentwicklung, wie beispielsweise die Anpassung der Kapazität des Klärwerkes Rosental an steigende Abwasserfrachten, wurden entsprechende Konzepte und Strategien vorbereitet, auf deren Grundlage die Umsetzungsplanung vorangetrieben wird.

Auch im Verkehrsbereich wird aufgrund der prognostizierten demografischen Entwicklung eine positive Wirkung auf die Fahrgastzahlen in den Bahnen und Bussen erwartet. Die sich verändernden Mobilitätsbedürfnisse in Leipzig und der Umgebung bilden auch für den Verkehrsbereich den Anlass, verstärkt auf die Integration der verschiedenen Verkehrsträger im bestehenden Bediengebiet hinzuwirken.

Um künftig unter wachsendem Kostendruck hochwertige Verkehrsleistungen zu bezahlbaren Preisen anbieten zu können, wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Strukturen und Prozesse weiterverfolgt. Durch die Erschließung aller erlös- und kostenseitigen Potenziale wird die Wirtschaftlichkeit erhöht, um mit dem im fortgeschriebenen VLFV festgelegten Finanzierungsbetrag auch mittelfristig auszukommen und darüber hinaus den finanziellen Belastungen aus der investitionsbedingt steigenden Verschuldung Rechnung zu tragen.

Dabei wird der Anspruch verfolgt, zur Erreichung der städtischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen wesentlich beizutragen. Konkret bedeutet dies, die Weiterentwicklung energieeffizienter und ressourcenschonender Angebote im Kerngeschäft sowie den Ausbau der Elektromobilität voranzutreiben. Der eingeschlagene Kurs wird in Richtung integrierter Mobilitätsdienstleister geführt.

In der SW Leipzig Gruppe erfolgt im Jahr 2015 mit dem Projekt „fit“ eine strategische und organisatorische Neuausrichtung im Geschäftsfeld Energie. Hiervon versprechen wir uns insbesondere signifikante Verbesserungen der Prozesskosten im Kerngeschäft Energieversorgung. Die strategische Neuausrichtung im Geschäftsfeld Mobilität wird durch das Projekt „Fokus 25“ fortgesetzt.

Entsprechend der Rechtsentwicklung nutzen wir steuerliche Optimierungen im LVV-Konzern und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten.



### 4.3 Prognosebericht

Die Ergebnisse der LVV sind insbesondere von der wirtschaftlichen Entwicklung der Unternehmen im LVV-Konzern abhängig. Gesetzliche Änderungen sowohl im Versorgungs- als auch im Verkehrsbereich werden im Geschäftsjahr 2015 und in den Folgejahren weitere Auswirkungen auf die LVV haben. Die konzerninterne Finanzierung der Verkehrsleistungen und Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung werden unverändert im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen. Die LVV wird sich weiterhin auf die Erschließung von Synergien und Effizienzverbesserungen im Konzern fokussieren und auch in den Folgejahren an der Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen arbeiten.

Der LVV-Konzern prognostiziert auf Basis der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2015 einen Konzernjahresüberschuss von Mio. EUR 108,2. Das adjustierte EBITDA wird voraussichtlich bei Mio. EUR 216,3 liegen. Die Umsatzerlöse im LVV-Konzern unterliegen voraussichtlich im folgenden Geschäftsjahr einem leichten Anstieg (Mio. EUR 2.715). Gesamtinvestitionen in das Anlagevermögen werden gemäß Wirtschaftsplanung im LVV-Konzern von Mio. EUR 290,6 erfolgen. Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit liegen im Bereich der Energieversorgung neben dem Erwerb der Strom- und Gaskonzessionen für die eingemeindeten Leipziger Stadtgebiete vor allem in den laufenden Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen in Bestandsanlagen. Im Bereich Trinkwasserversorgungs- und Abwasserbehandlung sind hauptsächlich Investitionen in die Sanierung der Trinkwasserversorgungs- und Kanalnetze sowie in die Sanierung, den Neu- und Ausbau der Wasser- und Klärwerke geplant. Im Verkehrsbereich stehen Gleisbaumaßnahmen, die Anschaffung neuer Straßenbahnen sowie der Ausbau des Betriebshofes in Dölitz im Vordergrund der Investitionstätigkeit. Über dies hinaus sind weitere Investitionen in die strategischen Beteiligungen der LVV vorgesehen. Im Ergebnis werden auch mittelfristig positive Jahresergebnisse für den LVV-Konzern erwartet.

Unabdingbar dafür sind die nachhaltige Sicherung der Ertragskraft des Konzerns sowie wertsteigernde Investitionen in bestehende Geschäftsfelder unter sorgsamer Abwägung aller Chancen und Risiken. Ein zusätzliches Engagement in bereits vorhandene Beteiligungsunternehmen ist in der Wirtschaftsplanung der LVV verankert und wird zielstrebig verfolgt. Durch die Konzernsteuerung wird ein ausgewogener Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel sichergestellt, um die Unternehmens- und Vermögenswerte des LVV-Konzerns langfristig zu erhalten und auszubauen. Das Agieren des LVV-Konzerns orientiert sich dabei an den vorhandenen Ressourcen, den Branchenentwicklungen sowie den bestehenden und erwarteten gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Wesentliches Ziel für die Zukunft des LVV-Konzerns ist der Ausbau der sehr guten Wettbewerbsposition. Die Stärken der LVV und ihrer Tochterunternehmen liegen im Netz- und Endkundengeschäft. In diesen gilt es, die wirtschaftlichen Chancen, welche sich auch aus der wachsenden Prosperität der Stadt Leipzig ergeben, zu nutzen. Um die permanenten Herausforderungen erfolgreich anzugehen, den Kundennutzen weiter zu stärken und die eigenen Ziele im Wettbewerb umzusetzen, ist die unveränderte Fokussierung auf das Kerngeschäft geboten.

Die Energiewende ist weiterhin das zentrale energiepolitische Thema. Die hierin immanenten Unsicherheiten politischer Rahmenbedingungen für die energiewirtschaftlichen Kernfelder Energieeffizienz und Gebäudedämmung, erneuerbare Energien, Kraftwerke, Stromnetze, Treibhausgasemissionen sowie Energiepreise beeinflussen insbesondere die Prognose der SW Leipzig.





Mit der Novellierung des EEG zum 1. August 2014 ist ein Teilschritt in Richtung der Energiewende erreicht worden. Für die SW Leipzig sind die Änderungsabsichten des KWKG, welche die Grundlage für den KWK-Zuschuss des GuD-KW Leipzig bilden, bis zum Sommer 2015 bedeutsam. Das BMWi hat mit der Vorlage eines Grünbuches für 2015 die Diskussion für Veränderungen im Strommarktdesign angestoßen. Mit dem nationalen Aktionsplan zur Energieeffizienz und dem Aktionsprogramm zum Klimaschutz sind weitere Eckpunkte der Energiewende in der Diskussion.

Im Rahmen der Evaluierung der Anreizregulierung hat die BNetzA dem BMWi am 21. Januar 2015 einen Bericht vorgelegt, der die Wirkung des bisherigen Regulierungssystems analysiert und Auswirkungen auf das Investitionsverhalten der Netzbetreiber beleuchtet. Die Evaluierung der Anreizregulierung wird zu einer Fortentwicklung des ordnungspolitischen Rahmens führen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Netzbetreiber sind aufgrund neuer gesetzlicher und regulatorischer Vorgaben, beispielsweise einer Novellierung der ARegV ausgehend vom Evaluierungsbericht, auch im Geschäftsjahr 2015 veränderlich. Inhaltlich dürfte es zu einer Weiterentwicklung der derzeitigen Vorgaben kommen, wobei die Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen, die Zunahme von Pauschalierungen und Vereinfachungen sowie Transparenz und die Förderung von Innovationen im Fokus stehen könnten.

Hinsichtlich des angedachten Rollouts intelligenter Zähler und Messsysteme wird es weiterhin intensive Diskussionen zur Schaffung eines angemessenen wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmens geben. Sicherzustellen ist, dass die Finanzierbarkeit des Rollouts, die Anerkennung der Kosten beim Netzbetreiber sowie die Korrelation mit anderen Rechtsgrundlagen hinreichend geregelt sind. Noch 2015 soll hierzu ein Verordnungspaket verabschiedet werden, der Rollout soll voraussichtlich ab 2017 beginnen.

Der zunehmende Ausbau von erneuerbaren Energien wird die Volatilität der Stromeinspeisung im Vergleich zum aktuellen Jahr noch weiter vergrößern. Um die Stromüberschüsse auch in wind- und sonnenarmen Zeiten nutzen zu können, müssen vor allem der Netzausbau vorangetrieben und gleichzeitig Speichermöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Im GuD-KW Leipzig kann aufgrund der Realisierung der Vergütung gemäß KWKG und der geänderten Fahrweise die weiterhin negative Entwicklung des Green Spreads sowie die geringere Vergütung für vermiedene Netzentgelte kompensiert werden. Die operativen Ergebnisse der Biomasseanlagen werden sich unter Berücksichtigung gebildeter Rückstellungen gleichbleibend auf Vorjahresniveau entwickeln. Steigende Ergebnisbeiträge werden bei den Windenergieanlagen durch die Entwicklung von Windprojekten erwartet.

Basierend auf externen Rahmenbedingungen, wie der verschärften Marktregulierung im Energiemarkt, der zunehmenden Bedeutung des Vertriebs von Dienstleistungen und der Nachfrage nach Know-how im Energiemanagement, konzentrieren sich die SW Leipzig mit ihrem Großhandelsgeschäft auf die Entwicklung und Vermarktung rentabler Produkte aus den Bereichen Energiegroßhandel und Erzeugung.

Der Fokus der polnischen Tochtergesellschaften ist auf die weitere Effizienzsteigerung der operativen Prozesse, auf die Steigerung des Wärmeabsatzes im bestehenden Markt sowie auf die Erschließung neuer Geschäftspotenziale gerichtet.

Im konzerninternen Abrechnungsgeschäft sollen insbesondere die spezifischen Prozesskosten entsprechend den Markterfordernissen gesenkt werden. Weiterhin sind Systemanpassungen geplant, mit denen die einzelnen IT-Komponenten schrittweise optimiert und harmonisiert werden.



Die Wasserwirtschaft in Deutschland ist von einem ständigen Modernisierungsprozess geprägt. In diesem besteht die Herausforderung, die vorhandenen hohen Standards zu erhalten und weiterzuentwickeln ohne dabei die angemessene Gestaltung der Entgelte für die Kunden aus den Augen zu verlieren. Wesentliche Herausforderungen der Branche sind die demografische Entwicklung, der Klimawandel und die Diskussion um weiter gehende Anforderungen an die Abwasserbehandlung.

Unverändert problematisch bleibt der im bundesdeutschen Vergleich niedrige spezifische Wasserverbrauch im Versorgungsgebiet der KWL. Die KWL stellen sich auf die bestehenden Rahmenbedingungen ein und erwarten insgesamt eine positive Geschäftsentwicklung. Wichtige strategische Projekte wie beispielsweise die Fortschreibung des Wasserversorgungskonzeptes, die weitere Detaillierung des Konzeptes zur nachhaltigen Kanalsanierung, das kapazitätsbasierte Ausbaukonzept für das Klärwerk Rosental oder auch das im November 2014 erfolgreich zertifizierte Energieeffizienzprogramm mit der Einführung eines Energiemanagementsystems nach DIN ISO 50.001 werden 2015 zielgerichtet weitergeführt. Durch Investitionen soll der Zustand des Trink- und Abwassernetzes mittel- bis langfristig verbessert werden. Ein Fokus wird auf der Servicequalität der KWL liegen, um die dem Unternehmen im Jahr 2014 attestierte hohe Kundenzufriedenheit auch zukünftig sicherzustellen.

Mit dem Urteil des High Court of Justice vom 4. November 2014 konnten die KWL einen ersten Teilerfolg im Zusammenhang mit den von den ehemaligen Geschäftsführern der KWL unterzeichneten CDO-Verträgen erzielen. Die von den Gegenparteien geltend gemachten Zahlungsansprüche der CDO-Transaktionen wurden umfassend abgewiesen und deren Rückabwicklung verfügt. Sowohl für den LVV-Konzern als auch für die Stadt Leipzig bedeutet dies einen immensen Erfolg. Der von der UBS eingelegte Berufung werden keine überwiegenden Erfolgsaussichten zugewiesen. Eine erhöhte Erfolgsaussicht gilt auch in Ansehung des am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteils des Landgerichts Leipzig. Abgesehen von den Aufwendungen für Rechtsberatung, Gutachten, Prozesskosten und vorsorgliche Rückstellungsbildung gehen LVV und KWL aus heutiger Sicht nicht von weiteren Belastungen der Ertragslage aus den betreffenden Geschäften aus.

Die Nachfrage in den Geschäftsfeldern des ÖPNV wird wesentlich von der Bevölkerungszahl, der Zahl der Erwerbstätigen sowie dem real verfügbaren Einkommen bestimmt. Die relative Wettbewerbssituation zur Straße wird durch die Entwicklung der Kraftstoffpreise maßgeblich beeinflusst. Nach der Neuordnung der Busverkehre im Landkreis Leipzig zum Ende des Jahres 2013 können die Fahrgastzahlen in den Folgejahren wieder stabilisiert werden.

Das Betreiben von Verkehrsnetzwerken zeichnet sich in der Regel durch hohe Kapitalbindung, lange Investitionszyklen und ausgeprägte Fixkostenstrukturen aus. Insoweit sind die optimale Auslastung der Verkehrsnetzwerke, das systematische Entwickeln und Integrieren sowie das ressourceneffiziente und kostenoptimale Betreiben dieser Netzwerke von herausragender Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Konzerns.



Ausgehend von der Vision „Fokus 25 – Moderne Mobilität für Leipzig“, wird die LVB schrittweise weiter zu dem Mobilitätsdienstleister für die Menschen in Leipzig und Umgebung entwickelt. Darüber hinaus wird – im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt Leipzig – ein Marktanteil von 25,0 % im Jahr 2025 angestrebt. Im Rahmen dessen wird die Weiterentwicklung der LVB zum integrierten Mobilitätsdienstleister fortgesetzt. Weiterhin sollen die Verkehrsangebote an die sich ändernden Mobilitätsbedürfnisse der Kunden angepasst werden. Um auch zukünftig unter wachsendem Kostendruck hochwertige Verkehrsleistungen zu bezahlbaren Preisen anbieten zu können, wird darüber hinaus die kontinuierliche Optimierung der Strukturen und Prozesse fortgesetzt.

Weiterhin schreiten die Abstimmung sowie die planerischen Arbeiten zum Aufbau von Mobilitätsstationen zur Vernetzung von unterschiedlichen Mobilitätsangeboten voran. Die einzelnen Stationen werden im Auftrag der LVB unter dem Thema „Leipzig mobil – neue Wege zur Mobilität“ konzipiert und sollen im öffentlichen Straßenraum installiert werden. Die noch stärkere Ausrichtung des Produktportfolios der LVB auf die Kundenbedürfnisse eröffnet den LVB weitere Wachstumspotenziale und sichert die Position als zentraler Ansprechpartner für Mobilität in und um Leipzig.

Auf dieser Grundlage ist die Geschäftsführung zuversichtlich, im Geschäftsjahr 2015 sowie mittelfristig eine weitere Stabilisierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns und damit auch ein positives Konzernergebnis zu erreichen.

Leipzig, den 15. April 2015

Geschäftsführung

Dr. Norbert Menke

Volkmar Müller



# KONZERNBILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2014

LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

Aktiva	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	21.312	24.821
2. Geschäfts- oder Firmenwert	158	232
3. Geleistete Anzahlungen	2.077	998
	<b>23.547</b>	<b>26.051</b>
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	286.526	247.294
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.545.960	1.516.868
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.094	17.781
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	85.807	142.819
	<b>1.935.387</b>	<b>1.924.762</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	6.413	5.508
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	704	0
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	1.718	1.216
4. Beteiligungen	127.068	127.760
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.469	6.330
6. Sonstige Ausleihungen	151	195
	<b>140.523</b>	<b>141.009</b>
	<b>2.099.457</b>	<b>2.091.822</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Vorräte</b>		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	20.105	18.554
2. Unfertige Leistungen	7.257	5.819
3. Geleistete Anzahlungen	1.113	1.086
	<b>28.475</b>	<b>25.459</b>
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	298.113	327.233
Erhaltene Anzahlungen	-174.512	-151.524
	123.601	175.709
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.825	1.120
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.853	1.710
4. Sonstige Vermögensgegenstände	35.696	26.762
	<b>163.975</b>	<b>205.301</b>
<b>III. Wertpapiere</b>		
Sonstige Wertpapiere	1.730	1.516
<b>IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>	<b>76.299</b>	<b>148.502</b>
	<b>270.479</b>	<b>380.778</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>4.503</b>	<b>4.462</b>
<b>D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG</b>	<b>722</b>	<b>849</b>
	<b>2.375.161</b>	<b>2.477.911</b>



<b>Passiva</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>
	TEUR	TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Gezeichnetes Kapital	512	512
II. Kapitalrücklage	123.970	109.699
III. Gewinnrücklagen	31.012	31.012
IV. Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-6.043	-3.820
V. Konzernbilanzverlust	-144.848	-165.544
VI. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	88.976	89.781
	<b>93.579</b>	<b>61.640</b>
<b>B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung</b>	<b>161.236</b>	<b>161.941</b>
<b>C. Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Überlassung von Gegenständen des Anlagevermögens</b>	<b>552.307</b>	<b>566.309</b>
<b>D. Sonderposten für Baukostenzuschüsse</b>	<b>107.746</b>	<b>106.720</b>
<b>E. Rückstellungen</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	24.688	26.247
2. Steuerrückstellungen	1.015	10.049
3. Sonstige Rückstellungen	335.937	385.560
	<b>361.640</b>	<b>421.856</b>
<b>F. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	685.789	704.185
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7.762	8.933
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	84.045	111.488
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	8.764	3.649
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.271	771
6. Sonstige Verbindlichkeiten	290.705	308.165
<small>davon aus Steuern: TEUR 8.062 (Vj.: TEUR 11.757)</small>		
<small>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: TEUR 187 (Vj.: TEUR 378)</small>		
	<b>1.078.336</b>	<b>1.137.191</b>
<b>G. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>16.544</b>	<b>17.306</b>
<b>H. Passive latente Steuern</b>	<b>3.773</b>	<b>4.948</b>
	<b>2.375.161</b>	<b>2.477.911</b>



# KONZERNGEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2014  
 LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	2014 TEUR	2013 TEUR
1. Umsatzerlöse	2.640.151	3.631.884
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	1.442	-1.090
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	11.863	13.086
4. Sonstige betriebliche Erträge	94.938	103.818
	<u>2.748.394</u>	<u>3.747.698</u>
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.141.155	3.089.950
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	50.832	60.063
c) Abwasserabgabe	2.118	2.065
	<u>2.194.105</u>	<u>3.152.078</u>
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	175.185	177.779
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: TEUR 3.230 (Vj.: TEUR 3.087)	36.824	36.842
	<u>212.009</u>	<u>214.621</u>
7. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	132.937	133.382
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0	80
c) auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG	127	119
	<u>133.064</u>	<u>133.581</u>
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	145.249	186.538
	<u>63.967</u>	<u>60.880</u>
9. Erträge aus Beteiligungen	5.430	4.824
davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 1.114 (Vj.: TEUR 1.200)		
10. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	502	298
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	330	43
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	388	472
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.929	3.947
davon aus verbundenen Unternehmen: TEUR 2 (Vj.: TEUR 2)		
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2.702	313
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	492	464
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	48.918	52.584
davon an verbundene Unternehmen: TEUR 3 (Vj.: TEUR 13)		
	<u>-41.532</u>	<u>-43.777</u>
<b>17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>22.435</b>	<b>17.103</b>
18. Außerordentliche Erträge	0	0
19. Außerordentliche Aufwendungen	-3.260	-5.113
<b>20. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>-3.260</b>	<b>-5.113</b>
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-8.962	11.842
davon aus Veränderung latenter Steuern: TEUR -1.175 (Vj.: TEUR 1.423)		
22. Sonstige Steuern	4.292	3.610
<b>23. Konzernjahresüberschuss (Vj.: Konzernfehlbetrag)</b>	<b>23.844</b>	<b>-3.462</b>
24. Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	-3.148	-3.654
25. Konzernverlustvortrag	-165.544	-160.043
26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	1.615
<b>27. Konzernbilanzverlust</b>	<b>-144.848</b>	<b>-165.544</b>



# KONZERNANHANG

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

## 1. ANGABEN ZUR FORM UND DARSTELLUNG VON KONZERNBILANZ SOWIE VON KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

### 1.1 Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig (LVV), zum 31. Dezember 2014 wird nach den Vorschriften der §§ 290 ff. HGB, den ergänzenden Vorschriften des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) und den Bestimmungen des Gesetzes über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (DMBiG) aufgestellt.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren gewählt. Ergänzende Angaben zu den einzelnen Posten der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung befinden sich grundsätzlich im Konzernanhang.

### 1.2 Konzernabschlussstichtag und Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss wird auf den Stichtag 31. Dezember 2014 aufgestellt. Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Unternehmen werden auf den Bilanzstichtag der Muttergesellschaft aufgestellt.

Zum 31. Dezember 2014 ist die LVV mit folgenden Unternehmen mittelbar oder unmittelbar verbunden beziehungsweise an ihnen beteiligt:

Einbezogene verbundene Unternehmen	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
			%	TEUR	TEUR
Bau und Service Leipzig GmbH, Leipzig	BSL	KWL	100,00	1.467	1.603 <sup>1</sup>
		SW Leipzig	90,00		
ELG Leipzig GmbH, Leipzig	ELG	LVB	10,00	31	2
ENDICO Sp. z o.o., Jelenia Góra, Polen <sup>2</sup>	ENDICO	GPEC	100,00	2.213	182
Gdańskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Gdańsk, Polen <sup>2</sup>	GPEC	SW Leipzig	83,66	76.668	11.416
		LVB	50,00		
IFTEC GmbH Co. KG, Leipzig	IFTEC	LIBV	0,00	8.847	1.473
Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH, Leipzig	KWL	LVV	74,65	285.356	30.346 <sup>3</sup>
		LVB	51,00		
		LSVB	25,00		
LAB Leipziger Aus- und Weiterbildungsbetriebe GmbH, Leipzig	LAB	IFTEC	24,00	410	29
LAS GmbH, Leipzig	LAS	SW Leipzig	100,00	499	1.220 <sup>1</sup>
Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH, Leipzig	LSB	LVB	100,00	294	23



Einbezogene verbundene Unternehmen	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
			%	TEUR	TEUR
Leipziger Stadtverkehrsbetriebe (LSVB) GmbH, Leipzig	LSVB	LVB	100,00	354	2.440 <sup>1</sup>
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	LVB	LVV	100,00	136.141	0,3 <sup>1</sup>
LeoBus GmbH, Leipzig	LeoBus	LVB	100,00	2.354	754
LSI GmbH	LSI	BSL	100,00	701	248
LTB Leipziger Transport und Logistik Betriebe GmbH, Leipzig	LTB	LeoBus	75,00	642	51
		LVB	25,00		
Netz Leipzig GmbH, Leipzig	Netz Leipzig	SW Leipzig	100,00	1.009	448 <sup>1</sup>
RETIS Leipzig GmbH, Leipzig	RETIS	SW Leipzig	100,00	55	12.519 <sup>1</sup>
Sachsen Wasser GmbH, Leipzig	SAWA	KWL	100,00	435	-73 <sup>1</sup>
Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipzig	SW Leipzig	LVV	100,00	250.066	54.703 <sup>1</sup>
Verkehrs-Consult Leipzig GmbH, Leipzig	VCL	IFTEC	75,00	165	137
Zakład Energetyki Ciepłej STAR-PEC Sp. z o.o., Starogard Gdanski, Polen <sup>2</sup>	STAR-PEC	GPEC	100,00	5.989	714
Zakład Energetyki Ciepłej Sp. z o.o., Tczew, Polen <sup>2</sup>	ZEC Tczew	GPEC	100,00	4.784	623

Nicht einbezogene verbundene Unternehmen	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
			%	TEUR	TEUR
FWNL Fernwärmenetz Leipzig GmbH & Co. KG, i.L., Leipzig <sup>4,5</sup>	FWNL	SW Leipzig	0,15	3.507	-37
GPEC Ekspert Sp. z o.o., Gdańsk, Polen <sup>2,4</sup> (vormals: SW Leipzig Polska Sp. z o.o.)	Ekspert	GPEC	100,00	20	-26
		GPEC			
GPEC Serwis Sp.z o.o., Gdańsk, Polen <sup>2,4</sup>	Serwis	GPEC	100,00	4.575	2.098
Innvo Innovationsgesellschaft mbH & Co. KG, Leipzig <sup>4</sup>	Innvo KG	SW Leipzig	100,00	203	-50
Innvo Innovationsgesellschaft-Management mbH, Leipzig <sup>4</sup>	Innvo mbH	SW Leipzig	100,00	29	0
Natur21 GmbH, Leipzig <sup>4</sup>	Natur21	SW Leipzig	100,00	25	9 <sup>1</sup>
Orchis Energia Sopot Sp. z o.o., Sopot, Polen <sup>2,4</sup>	Orchis	GPEC	65,12	1.546	49
PROMETHEUS – Gesellschaft für Erdgasanwendungsanlagen mbH, Leipzig <sup>4,5</sup>	PROMETHEUS	SW Leipzig	51,00	102	6
		KWL			
Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig <sup>4</sup>	SBL	KWL	100,00	1.409	0
SWL Beteiligungs GmbH, Leipzig <sup>4</sup>	SWLB	SW Leipzig	100,00	38	-4
UNIKOM Sp. z o.o., Gdańsk, Polen <sup>2,4</sup>	UNIKOM	GPEC	100,00	606	-91
Wasseraufbereitung Knautnaundorf GmbH, Leipzig <sup>4,5</sup>	WAK	KWL	100,00	-68	-5
Wassergut Canitz GmbH, Leipzig <sup>4</sup>	WGC	KWL	100,00	1.489	321 <sup>1</sup>





Assoziierte Unternehmen	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
			%	TEUR	TEUR
ennovatis GmbH, Großpösna <sup>5,6</sup>	ennovatis	Innvo KG	6,27 <sup>7</sup>	-246	129
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig <sup>6</sup>	EVIL	SW Leipzig	50,00	448	12
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH, Torgau <sup>8</sup>	FEO	KWL	25,50	110.825	1.152
Heizkraftwerk Eutritzscher Straße GmbH & Co.KG, i. L., Leipzig <sup>5,6</sup>	EuKG	SW Leipzig SWLB	25,75 0,00	2.718	-205
LIB Verwaltungs-GmbH, Leipzig <sup>8</sup>	LIBV	LVB	50,00	26	1
Meter1 GmbH & Co.KG, Halle (Saale) <sup>6</sup>	Meter1 KG	Meter1 GmbH SW Leipzig	0,00 33,33	-69	-582
Meter1 Verwaltung GmbH, Halle (Saale) <sup>6</sup>	Meter1 GmbH	SW Leipzig	33,33	30	1
Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) <sup>6</sup>	SGS	LSB	49,00	132	2
Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Erfurt <sup>6</sup>	VNG VuB	LVB	27,23	361	6
WEO GmbH & Co.KG, Nürnberg <sup>5,8</sup>	WEO KG	WEO GmbH SW Leipzig	0,00 33,33	-2.589 <sup>9</sup>	-1.392
WEO Verwaltungs GmbH, Varel <sup>5,6</sup>	WEO GmbH	WEO KG	100,00	28	3

Weitere Beteiligungen	Abkürzung	Gesellschafter	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital	Ergebnis
			%	TEUR	TEUR
8KU GmbH, Berlin <sup>5</sup>	8KU	SW Leipzig	12,50	289	-14
beka GmbH, Köln <sup>5</sup>	beka	LVB	0,47	848	25
envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz <sup>5</sup>	enviaM	LVB	0,07 <sup>10</sup>	1.435.594	185.035
European Energy Exchange AG, Leipzig	EEX	LVB	7,38	57.266	7.214
Joblinge gemeinnützige AG Leipzig, Leipzig <sup>5</sup>	Joblinge	SW Leipzig	6,67	84	0
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz <sup>11</sup>	KBE	LVB	1,35	500.234	36.671
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV), Halle (Saale) <sup>5</sup>	MDV	LVB	15,92	461	0
Solarion AG, Zwenkau <sup>12</sup>	Solarion	Innvo KG	11,43	36.620	1.260
VNG-Verbundnetz – Gas Aktiengesellschaft, Leipzig	VNG AG	LVB	7,02 <sup>13</sup>	873.693	223.844

<sup>1</sup> Jahresergebnis vor Ergebnisabführung

<sup>2</sup> Umrechnungskurs Bilanz zum Stichtag, Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnitt

<sup>3</sup> Jahresergebnis vor Ergebnisabführung und Ausgleichzahlung Minderheitsgesellschafter

<sup>4</sup> Verzicht auf Vollkonsolidierung gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung

<sup>5</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013

<sup>6</sup> Verzicht auf Equity-Bewertung gemäß § 311 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung

<sup>7</sup> Anteil am gezeichneten Kapital zum 31. Dezember 2014

<sup>8</sup> Equity-Bewertung gemäß 312 HGB

<sup>9</sup> Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil der Kommanditisten 2.589 TEUR

<sup>10</sup> treuhänderisch gehaltenes Aktienpaket über KBE

<sup>11</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 30. Juni 2014

<sup>12</sup> Angaben entsprechend Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012

<sup>13</sup> gehaltene LVB-Anteile über VNG VuB



### 1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der LVV wird auf Grundlage der Richtlinie für die Erstellung des Konzernabschlusses der LVV und für die Erstellung der Handelsbilanzen II der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen aufgestellt.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses werden die Vorschriften über die Kapitalkonsolidierung (§ 301 HGB), die Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB) und die Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) beachtet.

Grundlage der Kapitalkonsolidierung sind die Wertansätze der Anteile an den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen zum Erwerbs- beziehungsweise Gründungszeitpunkt oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode, da alle konsolidierten Unternehmen bereits vor dem 1. Januar 2010 einbezogen wurden.

Die sich aus der Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ergebenden aktivischen und passivischen Unterschiedsbeträge werden in der Bilanz als gesonderte Posten ausgewiesen.

Aktivische Unterschiedsbeträge, die sich als positive Differenz zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung beim Mutterunternehmen und dem auf diese Beteiligung entfallenden Wert des Eigenkapitals des konsolidierten Unternehmens ergeben, werden nach Abzug aufgedeckter stiller Reserven gemäß Deutschem Rechnungslegungs Standard (DRS) Nr. 4 unter den immateriellen Vermögensgegenständen als Geschäfts- oder Firmenwert ausgewiesen. Sie werden über einen Zeitraum von vier Jahren abgeschrieben.

Passivische Unterschiedsbeträge entstehen im Rahmen der Kapitalkonsolidierung, wenn das anteilige Eigenkapital zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung den Buchwert der Beteiligung übersteigt. Die aus der erstmaligen Kapitalkonsolidierung resultierenden passivischen Unterschiedsbeträge wurden in die Gewinnrücklagen des Konzerns eingestellt, soweit sie sich aus Gewinnthesaurierungen im Zeitraum zwischen der Anschaffung der Beteiligung und der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss ergaben. Soweit bestimmbar ist, dass ein passivischer Unterschiedsbetrag nicht durch künftige Aufwendungen oder Verluste begründet ist, wird dieser in Höhe des Anteils, der die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen nichtmonetären Vermögensgegenstände nicht übersteigt, planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer der erworbenen abnutzbaren Vermögensgegenstände ergebniswirksam vereinnahmt. Ein etwaiger übersteigernder Anteil wird zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung sofort als Ertrag vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden saldiert, die Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

Für die Umrechnung der Bilanzposten der ausländischen Tochtergesellschaften wurden die Stichtagskurse (Devisenkassamittelkurs) beziehungsweise historischen Kurse für das Eigenkapital zugrunde gelegt (Fremdwährungsumrechnung). Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung wurden zum Durchschnittskurs in Euro umgerechnet.

Die Beteiligungen an den assoziierten Unternehmen werden in der Konzernbilanz gemäß § 312 Abs. 1 HGB mit dem Buchwert angesetzt.



Die Anteile am Jahresergebnis der assoziierten Unternehmen sowie andere erfolgswirksame Änderungen am anteiligen Eigenkapital werden als Veränderung der Beteiligungsbuchwerte gezeigt und im Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. Der sich unter Berücksichtigung des anteiligen Jahresüberschusses im Rahmen der Ergebnisfortschreibung ergebende negative Beteiligungsbuchwert wird in einer Nebenrechnung erfasst und so lange nicht in der Bilanz berücksichtigt, bis sich aus der Fortschreibung durch anteilige Jahresüberschüsse ein positiver Buchwert ergibt.

## 2 ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER KONZERNBILANZ SOWIE DER KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG BEZÜGLICH AUSWEIS, BILANZIERUNG UND BEWERTUNG

### 2.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, werden die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Auch die im Konzernabschluss at Equity bewerteten Unternehmen stellen ihre Jahresabschlüsse grundsätzlich nach den einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Konzerns auf.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** und die **Sachanlagen** sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. In den Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den Einzelkosten auch angemessene Gemeinkosten enthalten. Unentgeltlich übernommene Anlagegüter in den Vorjahren sind mit ihrem Verkehrswert angesetzt. Grundstückszugänge gemäß Vermögenszuordnungsgesetz sind mit einem pauschalen Bodenwert bilanziert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände enthalten Grunddienstbarkeiten nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz (GBBerG).

Die planmäßigen Abschreibungen werden grundsätzlich nach der linearen Abschreibungsmethode über die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlagegegenstände vorgenommen. Darüber hinaus werden im Fall von dauerhaften Wertminderungen außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen berücksichtigt.

Anlagegegenstände, deren Anschaffungskosten im Einzelfall EUR 410,00 nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und anschließend vollständig abgeschrieben.

Anlagegegenstände, welche in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 angeschafft wurden und deren Anschaffungskosten im Einzelfall über EUR 150,00 liegen und den Betrag von EUR 1.000,00 nicht übersteigen, wurden in einen Sammelposten eingestellt. Dieser Sammelposten wird über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Soweit Anlagegegenstände der in den Konzern einbezogenen Unternehmen bezuschusst oder finanziell gefördert werden, sind diese Mittel zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage auf der Passivseite unter dem Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens ausgewiesen. Sie werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer der geförderten Sachanlagen aufgelöst.



Die unter den **Finanzanlagen** ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten angesetzt. Anteile an ausländischen Unternehmen werden zum Tageskurs des Transaktionszeitpunktes umgerechnet. Soweit erforderlich, werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips angesetzt.

Unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate werden unter den Vorräten zum Erinnerungswert angesetzt. Entgeltlich erworbene Emissionszertifikate werden im Posten Vorräte zu Anschaffungskosten bilanziert. Soweit erforderlich, werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **unfertigen Leistungen** sind verlustfrei zu Herstellungskosten bewertet.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** sind mit ihrem Nennwert unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken ausgewiesen. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Anzahlungen auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch für Strom, Gas, Wasser und Abwasser offen abgesetzt.

Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Sofern Netting-Vereinbarungen mit Partnern im Energiegroßhandel bestehen, werden Saldierungen von Forderungen und Verbindlichkeiten vorgenommen.

Die **sonstigen Wertpapiere** des Umlaufvermögens sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Die Währungsumrechnung erfolgt zum Mittelkurs bei Anschaffung der Wertpapiere beziehungsweise unter Beachtung des Imparitätsprinzips zum Mittelkurs.

Der **Kassenbestand, die Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks** sind mit dem Nennwert bilanziert. Fremdwährungsbestände mit einer Laufzeit von unter einem Jahr sind gemäß § 256a HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

**Aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden für Ausgaben, die Aufwand nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet.

Der Ermittlung aktiver sowie passiver **latenter Steuern** liegt das bilanzorientierte Temporary-Konzept zugrunde (§ 274 Abs. 1 HGB). Dabei werden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Die einbezogenen Unterschiede beziehen sich im Fall der LVV nicht nur auf eigene Bilanzposten, sondern auch auf solche, die bei Organgesellschaften bestehen. Weiterhin werden latente Steuern auf Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen, berücksichtigt. Die Berechnung erfolgt für die deutschen Gesellschaften mit einem unternehmensindividuellen kombinierten Ertragsteuersatz (Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer) von rund 31,7 % beziehungsweise bei zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes von 15,8 %, der lediglich die Körperschaftsteuer und den



Solidaritätszuschlag beinhaltet. Bei den polnischen Gesellschaften findet ein Steuersatz von 19,0 % Anwendung. Im Geschäftsjahr ergibt sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird im Rahmen der konzerneinheitlichen Bilanzierung kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern beruhen neben Verlustvorträgen auf Ansatzunterschieden bei der LVV und den einbezogenen Tochterunternehmen im Organkreis. Dabei resultieren aktive latente Steuern insbesondere aus handels- und steuerrechtlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen und Finanzanlagen, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens, Pensionsrückstellungen, sonstigen Rückstellungen sowie beim passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus Sachanlagen, Finanzanlagen und der Inanspruchnahme nur steuerlich zulässiger Sonderabschreibungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die aus Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere zur Schuldenkonsolidierung, resultierenden **passiven latenten Steuern** (TEUR 3.773) sind mit einem kombinierten Ertragsteuersatz von rund 22,3 % unter Berücksichtigung anteiliger Mindestbesteuerung berechnet und entsprechend § 306 HGB bilanziert (gesonderter Posten der Passivseite der Konzernbilanz).

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.

Der Posten **Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung** resultiert aus der Abweichung der Bewertung der Bilanz zum Stichtagskurs sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zum Durchschnittskurs gegenüber der Bewertung des Eigenkapitals zum historischen Kurs bei den konsolidierten ausländischen Unternehmen.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens** werden neben unentgeltlich übertragenen Gegenständen des Anlagevermögens im Wesentlichen Investitionszuschüsse sowie die mit Investitionen zur Umweltverbesserung verrechenbare Abwasserabgabe passiviert, die über die jeweilige Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände beziehungsweise bei deren Abgang vollständig ertragswirksam aufgelöst werden.

Vereinnahmte Hausanschlusskostenbeiträge und ähnliche Zuschüsse werden im **Sonderposten für Baukostenzuschüsse** ausgewiesen. Die jährliche ertragswirksame Auflösung beträgt 5,0 % für Baukostenzuschüsse bis zum 31. Dezember 2002. Für erhaltene Baukostenzuschüsse ab dem 1. Januar 2003 erfolgt die Auflösung über die Nutzungsdauer der betreffenden Anlagen.

Für **Pensionszusagen, Jubiläumzahlungen und Altersteilzeitverpflichtungen** sowie für ausgewählte Personalrückstellungen werden Rückstellungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinssatz von 4,53 % bis 4,55 % gebildet. Die Bewertung erfolgt nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten Projected-Unit-Credit-Method, dem Teilwertverfahren sowie der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 19. Juni 2013. Für die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden künftige Gehalts- und Rentenanpassungen beziehungsweise Aufwandssteigerungen von 0,0 % bis 5,0 % unterstellt.

Bei den polnischen Gesellschaften werden Rückstellungen für Altersgelder auf der Grundlage mathematischer Gutachten in Anlehnung an IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Method) bei einem Rechnungszins von 2,6 % bis 3,0 % sowie künftiger Gehaltsanpassungen von 2,6 % bis 3,0 % und Fluktuationsraten von 15,7 % bis 40,0 % gebildet.



Soweit für die Pensionsverpflichtungen Rückdeckungsversicherungsverträge existieren, welche an die Pensionenanwärter beziehungsweise Pensionäre verpfändet sind, werden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen nach § 246 Abs. 2 HGB verrechnet.

Ein Teil der Pensionsverpflichtungen ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB mit dem Zeitwert der Rückdeckungsversicherung bewertet, da es sich um kongruent rückgedeckte Versorgungszusagen handelt.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung langfristiger Verpflichtungen aus Wertkonten dienen, sind gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB saldiert mit den entsprechenden Verpflichtungen ausgewiesen.

Bei den **sonstigen Rückstellungen** sind alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen und ausreichend berücksichtigt. Sie werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages bestimmter langfristiger Rückstellungen wird jeweils ein angemessener Kostensteigerungsgrad berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind.

Darüber hinaus werden unentgeltlich zugeteilte Emissionszertifikate zum Erinnerungswert erfasst.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden langfristige Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Von der Möglichkeit, **Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F.** gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB zum Umstellungszeitpunkt auf die Neuregelungen des BilMoG beizubehalten, wurde Gebrauch gemacht.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Rechnungsstellung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet.

**Passive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden für Einnahmen, die Ertrag nach dem Bilanzstichtag darstellen, gebildet. Die aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften erzielten Barwertvorteile wurden passiv abgegrenzt. Sie werden über die jeweilige Vertragslaufzeit ergebniswirksam aufgelöst.

**Derivative Finanzinstrumente** werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.



## 2.2 Erläuterungen zur Konzernbilanz

Die Zusammensetzung und Entwicklung der einzelnen Posten des **Anlagevermögens** sind im Anlagenspiegel dargestellt; die Gliederung richtet sich nach § 266 Abs. 2 i. V. m. § 265 Abs. 6 HGB.

Unter den **Finanzanlagen** werden die Anteile der nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie sonstige Ausleihungen ausgewiesen. Zum Bilanzstichtag wurden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert von TEUR 2.702 vorgenommen.

Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen werden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse des Geschäftsjahres 2014 und der vereinnahmten Ausschüttungen fortgeschrieben. Der sich unter Berücksichtigung des anteiligen Jahresfehlbetrages der WEO GmbH & Co. KG, Nürnberg, im Rahmen der Ergebnisfortschreibung ergebende negative Beteiligungsbuchwert von TEUR 1.104 wird in einer Nebenrechnung erfasst und fortgeführt.

Die **Vorräte** enthalten zum Bilanzstichtag unentgeltlich zugeteilte rückgabepflichtige Emissionsberechtigungen (European Union Allowances – Emissionsberechtigungen) der zweiten (2008 bis 2012) und dritten (2013 bis 2020) Handelsperiode zum Ausstoß von insgesamt 735.482 Tonnen CO<sub>2</sub>, die mit einem Erinnerungswert pro Anlage von EUR 1,00 angesetzt sind (Marktwert zum 31. Dezember 2014: TEUR 5.369).

Des Weiteren sind in den Vorräten entgeltlich erworbene Emissionsberechtigungen (European Union Allowances – Emissionsberechtigungen) mit einem Marktwert von TEUR 197 für den Ausstoß von 27.042 Tonnen CO<sub>2</sub>, die im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems gehandelt werden, enthalten.

Alle entgeltlichen Emissionszertifikate sind zu dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** der Konzernbilanz sind hauptsächlich Forderungen aus abgerechneten Energie- und Wasserlieferungen sowie aus der Abwasserbehandlung und der abgegrenzte Verbrauch zwischen Ablese- und Bilanzstichtag von insgesamt TEUR 272.079 enthalten. Erhaltene Anzahlungen von TEUR 174.512 werden offen abgesetzt. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen den Gesellschafter Stadt Leipzig mit TEUR 10.911 (Vj.: TEUR 8.285) enthalten.

Von den **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** betreffen TEUR 203 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie TEUR 1.622 sonstige Vermögensgegenstände und von den Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit TEUR 2.853 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen** sind im Wesentlichen Forderungen gegen das Finanzamt von TEUR 16.550 ausgewiesen. Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten Forderungen für Ansprüche von TEUR 1.773 (Vj.: TEUR 1.330), die an Dritte verpfändet worden sind. In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Forderungen gegen Gesellschafter mit TEUR 148 (Vj.: TEUR 1.682) enthalten.

Von den Forderungen haben TEUR 354 (Vj.: TEUR 9) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, TEUR 424 (Vj.: TEUR 424) der Forderungen gegen verbundene Unternehmen und TEUR 2.005 (Vj.: TEUR 3.897) der sonstigen Vermögensgegenstände eine **Restlaufzeit von mehr als einem Jahr**.

Das **Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG** betrifft die Rückstellung für Altlastensanierung. Es wurde im Geschäftsjahr 2014 mit TEUR 127 abgeschrieben.



Das **gezeichnete Kapital** entspricht dem Stammkapital im Mutterunternehmen LVV. Die Stammeinlage wird in voller Höhe von der Stadt Leipzig gehalten.

Die **Kapitalrücklage** entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Anfangsstand 1. Januar 2014	109.699
Einlage der Stadt Leipzig	14.271
<b>Endstand 31. Dezember 2014</b>	<b>123.970</b>

Im **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** von TEUR 88.976 sind hauptsächlich die Anteile des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land an den KWL, der Stadt Gdańsk an der GPEC sowie der Siemens AG an der IFTEC erfasst. Der im Ausgleichsposten verrechnete und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene und anderen Gesellschaftern zuzurechnende Gewinn beträgt TEUR 3.148.

Der **Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** wurde im Geschäftsjahr 2014 mit TEUR 729 aufgelöst. Dem stehen Zugänge von TEUR 24 gegenüber.

Im **Sonderposten für Zuschüsse, Fördermittel und für die unentgeltliche Übertragung von Gegenständen des Anlagevermögens** sind mit TEUR 21.382 Zugänge sowie mit TEUR 261 Abgänge erfasst. Der Sonderposten wurde mit TEUR 34.992 ertragswirksam aufgelöst. Des Weiteren verminderte sich der Sonderposten aufgrund der Berücksichtigung von Währungsdifferenzen (TEUR 68) und Umbuchungen (TEUR 63).

Bei den **Baukostenzuschüssen** stehen Zugängen des Geschäftsjahres 2014 von TEUR 8.975 ertragswirksame Auflösungen von TEUR 7.740 und Abgänge von TEUR 209 gegenüber.

Die **Pensionsverpflichtungen** sind nach den Vorschriften des BilMoG bewertet und werden entsprechend § 246 Abs. 2 HGB mit dem korrespondierenden Aktivwert für abgeschlossene Rückdeckungsversicherungen verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände sowie der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betragen unter Beachtung bereits geleisteter Zahlungen jeweils TEUR 692. Die Anschaffungskosten für den Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen betragen TEUR 763.

Der im Geschäftsjahr 2014 im Zeitwert enthaltene Zinsertrag aus den verpfändeten Rückdeckungsversicherungen (TEUR 28) ist in der Gewinn- und Verlustrechnung mit den Aufwendungen aus der Verpflichtung (TEUR 28) saldiert.

Die **Steuerrückstellungen** berücksichtigen, neben den Steuerrückstellungen für das laufende Geschäftsjahr, insbesondere Rückstellungen für mögliche Steuernachzahlungen für Vorjahre aus laufenden steuerlichen Außenprüfungen.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten hauptsächlich Rückstellungen für Prozessrisiken und Rechtsstreitigkeiten (TEUR 112.367), für ausstehende Rechnungen (TEUR 42.326), für drohende Verluste (TEUR 46.613), für Altersteilzeit-, Sozialplan- und Personalaufwendungen (TEUR 27.677), für Abwasser- und Konzessionsabgaben (TEUR 21.909), für die Beseitigung ökologischer Schäden (TEUR 15.411) sowie für Verpflichtungen zur Zahlung von Entschädigungen für dinglich gesicherte Leitungsführungsrechte gemäß § 9 GBBerG (TEUR 12.511).





Die **Altersteilzeitverpflichtungen und sonstigen Personalrückstellungen** (TEUR 8.158) werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, verrechnet. Der Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände, der den Anschaffungskosten entspricht, beläuft sich auf TEUR 5.731, der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt TEUR 6.346. Die verbleibende Verpflichtung (TEUR 616) wird nach Verrechnung unter den sonstigen Rückstellungen bilanziert. Der Zinsaufwand aus der Aufzinsung der Rückstellungen für diese Verpflichtungen beträgt TEUR 572, der Zinsertrag aus Abzinsung für das Geschäftsjahr TEUR 47. Per Saldo ergibt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Zinsaufwand von TEUR 525. Darüber hinaus wird der reguläre Zuführungsbetrag zu den Rückstellungen für diese Verpflichtungen im Personalaufwand ausgewiesen.

Aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertungsregeln für (langfristige) Rückstellungen wäre eine Auflösung der Rückstellungen für Altlastenbeseitigung, Ansprüche nach dem Grundbuchbereinigungsgesetz sowie Archivierung zum Übergangszeitpunkt 1. Januar 2010 erforderlich gewesen. Jedoch ist absehbar, dass dieser aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Daher wurde im Berichtsjahr vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Auflösung wurde unterlassen. Zum 31. Dezember 2014 beläuft sich der Überdeckungsbetrag für die genannten Rückstellungen auf TEUR 281.

Für die in der Konzernbilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** bestehen folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten	Restlaufzeit				Gesamt
	bis zu einem Jahr	bis zu einem Jahr (31.12.2013)	von einem bis zu fünf Jahren	über fünf Jahre	31.12.2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	92.030	(204.753)	415.603	178.156	685.789
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7.762	(8.933)	0	0	7.762
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	84.015	(111.436)	30	0	84.045
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen, nicht einbezogenen Unternehmen	8.764	(3.649)	0	0	8.764
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.271	(771)	0	0	1.271
6. Sonstige Verbindlichkeiten	45.773	(26.707)	55.957	188.975	290.705
	<b>239.615</b>	<b>(356.249)</b>	<b>471.590</b>	<b>367.131</b>	<b>1.078.336</b>

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind TEUR 1.931 durch notarielle Eintragung besichert. In den **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** ist der Mietkauf von Spezialfahrzeugen enthalten (TEUR 52). Zur Besicherung der Mietkaufverbindlichkeiten wurden die Fahrzeuge sicherungsübereignet. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen mit TEUR 5.731 (Vj.: TEUR 10.438) Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Stadt Leipzig.



Von den **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen TEUR 5.861 Verbindlichkeiten aus Cash-Management mit verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen, TEUR 74 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und TEUR 2.829 sonstige Verbindlichkeiten. Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten Verpflichtungen von TEUR 237.846 (Vj.: TEUR 237.846) aus der Gewährung eines Darlehens durch die Stadt Leipzig. Auf Grundlage der zwischen der Stadt Leipzig und der LVV am 29. Juni 2009 geschlossenen Rangrücktritts- und Kapitalbelassungsvereinbarung tritt die Stadt Leipzig mit ihren gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen aus oder im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen, auch bedingten, befristeten oder gesetzlichen Ansprüche aller übrigen Gläubiger im Rang zurück. Die Stadt Leipzig verpflichtet sich weiter, während der Dauer der vorliegenden Vereinbarung das Gesellschafterdarlehen bei der LVV zu belassen. Tilgungen auf das Gesellschafterdarlehen sind bis zur Höhe eines im Konzernabschluss der LVV oder, falls niedriger, im Jahresabschluss der LVV ausgewiesenen positiven, freien Cash Flows zulässig, höchstens jedoch in Höhe eines künftigen Jahresüberschusses und begrenzt auf einzelne Jahreshöchstbeträge. Sämtliche Zahlungen auf das Gesellschafterdarlehen stehen unter der zusätzlichen Voraussetzung, dass die LVV ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber Dritten vollständig und fristgerecht nachkommen kann. Auf Grundlage des Beschlusses der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vom 25. Januar 2012 wurde mit Datum vom 21. Dezember 2012/21. Januar 2013 eine Vereinbarung zwischen der Stadt Leipzig und der LVV zur Tilgungsaussetzung für die Jahre 2013 bis 2015 getroffen.

In Umsetzung des Ratsbeschlusses der Stadt Leipzig vom 11. November 2009 erklärte die Stadt Leipzig gegenüber der LVV in der am 1. April 2010 abgegebenen Freigabeerklärung, dass sie alle im Zusammenhang mit dem Gesellschafterdarlehen bisher zu ihren Gunsten bestellten Pfandrechte an den Geschäftsanteilen der KWL und SW Leipzig vollständig und unbedingte freigegeben hat.

Darüber hinaus enthalten die sonstigen Verbindlichkeiten im Voraus erhaltene Prozesskostenerstattungen von TEUR 14.787 (zum Teil in Fremdwährung) im Ergebnis der gerichtlichen Auseinandersetzung zu CDO-Transaktionen der KWL vor dem High Court of Justice in London. Aufgrund des beantragten Berufungsverfahrens beim High Court of Appeal (Civil Division) sind diese Zahlungen noch als vorläufig zu betrachten.

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen Einnahmen aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften der KWL und LVB von TEUR 11.924, die über die Laufzeit ertragswirksam aufgelöst werden. Darüber hinaus werden unter anderem das Folgejahr betreffende Fahrgeldeinnahmen von TEUR 4.144 erfasst.



## 2.3 Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Von den **Umsatzerlösen** des Konzerns entfallen TEUR 2.298.379 auf den Energiegroßhandel und auf Energielieferungen, TEUR 136.666 auf die Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, TEUR 95.553 auf Erträge aus Verkehrsleistungen einschließlich Ausgleichszahlungen sowie TEUR 109.553 auf Nebengeschäfte einschließlich der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse.

Von den Umsatzerlösen wurden TEUR 2.534.600 in der Bundesrepublik Deutschland und TEUR 105.551 in der Republik Polen erwirtschaftet.

Die Umsatzerlöse enthalten periodenfremde Erlösminderungen von TEUR 7.030.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** enthalten periodenfremde Erträge von TEUR 41.513 sowie Erträge aus Fremdwährungsgewinnen von TEUR 214.

Der **Materialaufwand** enthält periodenfremden Aufwand von TEUR 201.

In den **Abschreibungen** sind Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert von TEUR 79 und außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 171 enthalten.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind periodenfremde Aufwendungen von TEUR 12.404 sowie Aufwendungen für Fremdwährungsverluste von TEUR 1.227 enthalten.

Unter den **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind TEUR 985 aus der Abzinsung von Rückstellungen und im Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** sind TEUR 4.187 aus der Aufzinsung von Rückstellungen enthalten. Die Zinserträge enthalten periodenfremde Zinserträge von TEUR 1.516. Die Zinsaufwendungen enthalten periodenfremde Zinsaufwendungen von TEUR 225.

Im Geschäftsjahr erfolgten Zinszahlungen von TEUR 48.935.

Aufwendungen von TEUR 3.260 aus der Zuführung von Zinsrückstellungen für das Geschäftsjahr 2014 im Rahmen des erstinstanzlichen Urteils des Landgerichtes Leipzig vom 3. Juni 2013 aus dem Rechtsstreit der KWL mit der LBBW zu CDO-Transaktionen sind im **außerordentlichen Aufwand** erfasst.

Im Geschäftsjahr erfolgten Ertragsteuerzahlungen von TEUR 10.315.



## 3 ANGABEN ZUM JAHRESERGEBNIS

Der LVV-Konzern schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Konzernjahresüberschuss von TEUR 23.844 ab. Das Konzernjahresergebnis des Geschäftsjahres 2014 ist mit Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von TEUR 4.766 beeinflusst. Dem stehen Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen und Rückforderungen vorausgezahlter Steuern im Ergebnis von Betriebsprüfungen von TEUR 13.728 für Vorjahre gegenüber.

Unter Berücksichtigung der anderen Gesellschaftern zuzurechnenden Ergebnisse von TEUR 3.148 und des Konzernverlustvortrages von TEUR 165.544 verbleibt ein Konzernbilanzverlust von TEUR 144.848.

## 4 ERGÄNZENDE ANGABEN

### 4.1 Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse

In einem Konzernunternehmen bestehen Bürgschaftsverpflichtungen von TEUR 2. Im Rahmen der Leistungserbringung erfolgt die Haftung nach § 13 VOB Teil B für Gewährleistungsansprüche.

Des Weiteren bestehen in einem Konzernunternehmen Avale aus Gewährleistungsbürgschaften von TEUR 104.

Es bestehen Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften (CBL).

### Klärwerketransaktion aus dem Jahr 2000

Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für das grenzüberschreitende Leasinggeschäft betreffend die Kläranlagen Rosental, Lindenthal, Markkleeberg, Markranstädt und Taucha hat ein Kreditinstitut mit A-Rating gegen Einzahlung von insgesamt Mio. USD 149,1 (Trust A) und Mio. USD 23,6 (Trust B) den Teil der Zahlungsverpflichtung, das Darlehen betreffend, übernommen (kumulative Schuldübernahme).

Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Durch Einzahlung von Mio. USD 12,7 (Trust A) und Mio. USD 2,0 hat ein Finanzinstitut, das während der Laufzeit ein bestimmtes Mindestrating erfüllen muss, den Teil der Zahlungsverpflichtung zur Rückführung der Investoren-Eigenmittel übernommen. Dieses Finanzinstitut gehört heute zum Konzern des amerikanischen Investors.

Das Eventualrisiko – Differenz aus vertraglichen (Eigenmittel-)Kündigungswerten und dem Marktwert des Eigenmittel-Vorauszahlungsinstrumentes – lag am Abschlussstichtag bei etwa Mio. USD 49,9. Bisher wurde das Eventualrisiko als Wiedereindeckungsrisiko im Falle eines Totalausfalls des Finanz-instituts, das die beschriebene Zahlungsverpflichtung übernommen hat, verstanden und im Vorjahresabschluss mit Mio. USD 43,7 angegeben.



Aufgrund der Ratingherabstufung des Garanten für die Rückführung der Investoren-Eigenmittel erfolgte im Jahr 2014 die Vereinbarung einer neuen Sicherungslösung. Das Finanzinstitut, das die Zahlungsverpflichtung zur Rückführung der Investoren-Eigenmittel übernommen hat, verpflichtete sich danach, US-Schuldverschreibungen bei einem Treuhänder zugunsten des Investors zu hinterlegen (Verpfändung), was Ende 2014 auch erfolgt ist. Im Ergebnis der Umsetzung dieser neuen Sicherungslösung ist das Risiko einer Inanspruchnahme der KWL als sehr gering einzuschätzen.

Zum 31. Dezember bestehen Avalkredite in Höhe von TUSD 45.000 mit der Landesbank Baden-Württemberg (Sachsen Bank). Da der Avalkredit der uneingeschränkten Gewährträgerhaftung des Freistaates Sachsen unterliegt, wird das Ausfall- beziehungsweise Austauschrisiko als gering eingeschätzt.

## Trinkwassertransaktion aus dem Jahr 2003

### Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite:

Für einen Teil der zu Beginn der Transaktion geleisteten Vorauszahlung wurde eine Anleihe eines Emittenten mit einem A-Rating gegen Zahlung von Mio. EUR 310,0 gekauft. Diese Anleihe bedient den Teil der Zahlungsverpflichtung aus dem ausgereichten Darlehen. Die Anleihe, die als Deckungsgeschäft für die Zahlungsverpflichtung auf der Fremdmittelseite der Transaktion erworben wurde, ist zum 30. Dezember 2014 vertragsgemäß ausgelaufen. Damit konnte die abschließende Tilgungszahlung für das entsprechende Darlehen (Zahlungsverpflichtung Fremdmittelseite) geleistet werden.

### Zahlungsverpflichtung Eigenmittelseite:

Durch die Einzahlung von Mio. USD 61,2 wurde eine Schuldverschreibung mit Zerobondcharakter eines ursprünglich A-gerateten Finanzinstitutes erworben. Diese bedient den Teil der Zahlungsverpflichtung betreffend die Rückführung der Investoren-Eigenmittel. Das Rating des Emittenten liegt am Abschlussstichtag bei B (Vj.: B).

Das Eventualrisiko – Differenz aus vertraglichen (Eigenmittel-)Kündigungswerten und dem Marktwert des Eigenmittel-Vorauszahlungsrisikos – lag am Abschlussstichtag bei etwa Mio. USD 191,9. Bisher wurde das Eventualrisiko als Wiedereindeckungsrisiko im Falle eines Totalausfalls des Finanzinstituts, das die beschriebene Zahlungsverpflichtung übernommen hat, verstanden und wurde im Vorjahresabschluss mit Mio. USD 113,3 angegeben.

Grundsätzlich trägt die Stadt Leipzig als primärer Vertragspartner dieses Eventualrisiko. Ein Risiko der KWL aus Freistellungsansprüchen der Stadt Leipzig kann jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus hat die Stadt Leipzig als primärer Vertragspartner des CBL bestimmte Freistellungsverpflichtungen für Ansprüche gegen andere Transaktionsteilnehmer übernommen. Zu diesen Freistellungsverpflichtungen zählen Schadenersatzansprüche Dritter gegen den Trust im Zusammenhang mit dem Betrieb der Anlage sowie bestimmte steuerliche Risiken.

Des Weiteren gehören zu diesen Verpflichtungen die Wartungs- und Versicherungspflicht sowie die Verpflichtung zu Umbaumaßnahmen aufgrund geltenden Rechts für die Anlagen gemäß Vertrag. Im Untermietvertrag haben die KWL die Stadt Leipzig umfassend von sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionsverträgen freigestellt, vorbehaltlich einiger im Untermietvertrag genannter Ausnahmen.



Entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen haben die KWL für bestimmte Grundstücke beschränkt persönliche Dienstbarkeiten zugunsten des Trusts im Grundbuch eintragen lassen.

Mit notarieller Urkunde vom 7. Mai 2004 (UR-Nr. 1872/2004/CM/JA des Notars Hans-Jörg Jarke, Leipzig) haben die KWL eine Buchgrundschuld mit Schuldversprechen von TEUR 7.200 auf das Grundstück Johannissgasse zugunsten der Stadt Leipzig zur dinglichen Absicherung von Verpflichtungen aus dem CBL bestellt. Die KWL verpflichten sich danach zur Zahlung eines Betrages, dessen Höhe der Grundschuldsumme entspricht, und unterwerfen sich gleichzeitig deswegen der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser Urkunde in ihr gesamtes Vermögen. Die Verjährungsfrist für Ansprüche auf Rückgewähr der gestellten Sicherheiten beträgt abweichend von § 196 BGB 30 Jahre.

Bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses für das zum 31. Dezember 2014 abgelaufene Geschäftsjahr sind keine akuten Risiken in Bezug auf die Trinkwassertransaktion erkennbar. Die Vertragsparteien sind ihren Verpflichtungen nachgekommen, von der Inanspruchnahme der KWL hinsichtlich der angegebenen Eventualrisiken wird deshalb nicht ausgegangen.

### Straßenbahntransaktion 2005 (LVB)

Die LVB haften für die künftigen Zahlungsverpflichtungen aus einem im Jahr 2005 mit der Skandinaviska Enskilda Banken AB Public Sweden (SEB) abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäft mit einem Transaktionsvolumen von Mio. EUR 22,9. Die Zahlungsverpflichtungen sind durch den Kaufpreis abgedeckt, der beim Leasinggeber hinterlegt ist. Zum Bilanzstichtag betragen die ausstehenden Leasingzahlungen Mio. EUR 21,1 (Vj.: Mio. EUR 22,6). An den Vermögensgegenständen des Leasinggeschäfts wurde zugunsten der LVB ein Pfandrecht bestellt. Aufgrund der Struktur der Transaktion und der vorliegenden Informationen wird hieraus nicht mit einer Inanspruchnahme gerechnet.

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Leasinggeschäfte haben sich die Unternehmen zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes und zur Durchführung entsprechender Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen über die Laufzeit der Verträge verpflichtet.

### CDO-Transaktionen

Zu den in den Jahren 2006 und 2007 abgeschlossenen CDO-Transaktionen der KWL erging am 4. November 2014 ein Urteil des High Court of Justice in London. Nach diesem Urteil, gegen das die UBS Global Asset Management (UK) Limited beim Court of Appeal in London die Zulassung zur Berufung beantragt hat, sind die KWL nicht dazu verpflichtet, Zahlungen an die an den Transaktionen beteiligten Banken in Höhe von rund Mio. EUR 260,0 zuzüglich Zinsen und anteiliger Verfahrenskosten zu leisten. Die Geschäftsführung der KWL geht – bestätigt durch das oben genannte Urteil – wie in den Vorjahren davon aus, dass die CDO-Transaktionen unwirksam beziehungsweise nicht durchsetzbar sind und etwaige Zahlungsansprüche der Banken hieraus auf juristischem Wege abgewehrt werden können. Eine Rückstellung für die hieraus resultierenden Risiken wurde, mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem am 3. Juni 2013 ergangenen erstinstanzlichen Urteil des Landgerichts Leipzig vorsorglich gebildeten Rückstellung, unverändert zu den Vorjahren nicht gebildet.



## Sonstige Eventualverbindlichkeiten und Haftungsverhältnisse

Das Tochterunternehmen IFTEC ist als Mitglied einer Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch zur Erbringung vertraglich vereinbarter Leistungen mit einem Volumen von Mio. EUR 11,0 verpflichtet. Die Bietergemeinschaft insgesamt, das heißt die IFTEC und ihr Konsortialpartner, haben bislang ihre Leistungen vertragsgerecht erfüllt, sodass davon auszugehen ist, dass beide die Verpflichtung auch weiterhin vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme des Tochterunternehmens IFTEC ist folglich nicht zu rechnen.

Im Jahr 2006 gaben die KWL gegenüber der HypoVereinsbank für die Tochtergesellschaft Sportbäder Leipzig GmbH, Leipzig, eine Patronatserklärung für gegenwärtige und künftige Kredit- und Finanzdienstleistungen, die vorrangig zur Investition für eine Schwimmhalle und zur Absicherung des Bäderbetriebes dienen (Darlehensinanspruchnahme zum 31. Dezember 2014: Mio. EUR 4,4). Eine Inanspruchnahme ist langfristig nahezu auszuschließen.

Zum Bilanzstichtag bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen. Diese werden im Jahr 2014 vollständig durch das Kassenvermögen der Unterstützungskasse für die Mitteldeutsche Wirtschaft gedeckt. Die Bewertung der Verpflichtungen erfolgte auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens.

### 4.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen und nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Es bestehen im Konzern sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Miet-, Pacht-, Leasing- und Leistungsverträgen von TEUR 174.239. Davon bestehen Verpflichtungen aus operativem Leasing über TEUR 126.284 (Vj.: TEUR 135.318). Aus den drei abgeschlossenen Leasingverträgen ergeben sich Verpflichtungen bis zu den Jahren 2021, 2022 und 2024. Bei zwei dieser Leasingverträge enthalten zukünftige Zahlungen einen variablen Zinsanteil, der auf Basis des Dreimonats-EURIBOR berechnet wird. Zinsanteile werden in den ausgewiesenen Verpflichtungen aus operativem Leasing für alle drei Verträge nicht dargestellt. Das operative Leasing dient der Finanzierung der bestehenden Biomassekraftwerke sowie des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes. Durch die Abbildung der Leasingobjekte in den Bilanzen der Leasinggeber und die damit verbundene Bilanzneutralität im Konzern bieten sich Freiräume, die für weitere Investitionen genutzt werden können.

Des Weiteren besteht ein Leasingvertrag für das Leasingobjekt Haferkornstraße IWK Mobile Stahl-Leichtbauhalle. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus diesem operativen Leasing belaufen sich bis zum Ende der Laufzeit (2019) auf insgesamt TEUR 122.

Das Bestellobligo beläuft sich auf TEUR 57.027.

Außerdem sind Verpflichtungen zur Leistung noch nicht eingeforderter Einlagen auf GmbH-Anteile gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen (TEUR 98, Vj.: TEUR 98) vorhanden.

Sonstige bilanzielle Verpflichtungen (Gewährung von Darlehen beziehungsweise Bürgschaften) von TEUR 4.737 (Vj.: TEUR 4.737) ergeben sich zum Bilanzstichtag gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.



Ein Teil der Unternehmen des LVV-Konzerns hat im Geschäftsjahr 2014 an die Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Sachsen, Dresden, Umlagen von 1,2 % und Zusatzbeiträge von 4,0 % (davon 2,0 % Arbeitnehmeranteil beziehungsweise 2,0 % bis 3,65 % Arbeitgeberanteil) der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte aller Beschäftigten geleistet. Die Umlagen und Zusatzbeiträge dienen der mittelfristigen Ausfinanzierung einer bestehenden Deckungslücke der Zusatzversorgungskasse im Zuge der Umstellung auf ein beitragsfinanziertes, kapitalgedecktes Versicherungssystem. Sobald die Ausfinanzierung erreicht ist, soll die Umlage entfallen.

### 4.3 Derivative Finanzinstrumente

Zur Begrenzung von Zins- und Währungsrisiken werden Zins- und Devisenderivate abgeschlossen. Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten.

Zum Bilanzstichtag stellen sich Nominalvolumina, beizulegende Zeitwerte und Buchwerte der unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Finanzderivate wie folgt dar:

Finanz- und Commodity-Derivate	Nominalvolumen	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	
			Aktiva	Passiva
	31.12.2014 TEUR	31.12.2014 TEUR	31.12.2014 TEUR	31.12.2014 TEUR
Zinsderivate (Zinsswaps)	224.125	-28.315	0	0
Commodity-Derivate <sup>1</sup>	2.008.710	-1.347	0	238 <sup>2</sup>

<sup>1</sup> Grund- und Sicherungsinstrumente in Bewertungseinheiten

<sup>2</sup> ineffektiver Teil der Sicherungsbeziehung

Die Zinsderivate werden für ein Nominalvolumen von TEUR 61.625 mit zugrunde liegenden Bankdarlehen (teilweise in Teilbeträgen) zu Bewertungseinheiten (Mikro-Hedges) zusammengefasst. Da die Derivate mit dem zugrunde liegenden Darlehen in allen wesentlichen Bedingungen übereinstimmen, ist davon auszugehen, dass sich gegenläufige Zahlungsströme aus der Zinsabsicherung für die verbleibende Laufzeit der Derivate vollständig ausgleichen, mithin eine Absicherung von Festzinssätzen erreicht wird.

Die Zeitwerte wurden den Marktpreisbestätigungsschreiben der Banken entnommen. Die jeweilige Bewertung gibt die Einschätzung der Bank bezüglich des Wertes des betreffenden Finanzinstrumentes wieder, der auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden zum Bilanzstichtag ermittelt wurde. Er leitet sich gemäß Bank vom indikativen Preis ab, zu dem diese das Finanzinstrument beendet beziehungsweise zurückgekauft hätte, beziehungsweise wird durch die Bank auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden vorgenommen.





Ein Teil der Zinsswaps (Nominalvolumen: TEUR 162.500) ist Bestandteil eines Makro-Hedges, der zur Absicherung von Zinsrisiken gebildet worden ist. Als Grundgeschäfte wurden variabel verzinsliche Leasingverträge, derzeit kontrahierte variable Darlehen und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende künftige Folgefinanzierungen, die ebenfalls eine variable Zinskomponente enthalten werden, designiert. Der mithilfe der hypothetischen Derivate-Methode errechnete Marktwert der Grundgeschäfte (hypothetische Derivate) beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR –23.585.

Ein Zinsswap, der nicht zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst werden konnte (Wandel-Memory-Swap), endete gemäß Vertrag am 30. Dezember 2014. Gegen die Wirksamkeit dieses Vertrages gehen die KWL seit mehreren Jahren gerichtlich vor und haben nach Einschätzung der sie vertretenden Anwälte überwiegende Erfolgsaussichten, sodass nur für mögliche verbleibende Risiken die Fortführung der Rückstellung von TEUR 6.100 erforderlich war.

Die Absicherung gegen Preisrisiken aus dem Energiebereich erfolgt durch den Einsatz von Commodity-Derivaten in Form von Optionen, Forwards und Futures.

Entsprechend § 285 Satz 1 Nr. 19 HGB werden unter den Commodity-Derivaten alle zu Handels- und Eigenbedarfszwecken erworbenen Finanzderivate im Anhang angegeben. Das Nominalvolumen entspricht dem additiven Wert aller geschlossenen Kauf- (Mio. EUR 1.002,9) und Verkaufsverträge (Mio. EUR 1.005,8) für zukünftige Lieferperioden bis einschließlich 2017 in den Commodities Strom. Die zu Handelszwecken geschlossenen Kauf- und Verkaufskontrakte werden in Anlehnung an die Vorgaben des Risikomanagements nach Lieferperioden und Commodities getrennt zu Portfolios zusammengefasst und entsprechend § 254 HGB bewertet. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgte mit Marktpreisen zum Bilanzstichtag, basierend auf extern anerkannten Quellen, zum Beispiel den amtlichen Schlusskursen an der European Energy Exchange AG, Leipzig. Für das Eigenhandelsportfolio Strom war im Jahr 2014 eine Rückstellung aus Bewertungseinheiten von TEUR 238 zu bilden.

Der Gasbezug für das 1. Quartal 2015 wurde durch eine Kaufoption bis zu 50 GWh abgesichert, die Optionsprämie von TEUR 62 wird im Jahr 2015 ergebniswirksam abgebildet.

Der Strombezug für 2015 und 2016 wurde durch Kaufoptionen abgesichert, welche nicht in Anspruch genommen wurden.

Im Bereich des Energievertriebs wurden für die Commodities Strom und Gas Bewertungseinheiten gebildet. Die Makro-Hedges umfassen die jeweils für die Jahresscheiben 2015, 2016 und 2017 abgeschlossen beziehungsweise erwarteten Absatz- und Beschaffungsgeschäfte. Als Grundgeschäfte wurden verbindliche Absatzverträge mit Kunden, der mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwartende Kundenabsatz sowie kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Absatzgeschäfte definiert. Das Nominalvolumen sämtlicher in die Makro-Hedges einbezogenen Grundgeschäfte beläuft sich auf Mio. EUR 394,3. Als Sicherungsinstrumente dienen kontrahierte Börsen- beziehungsweise OTC-Beschaffungsgeschäfte sowie langfristige Bezugsverträge.

Für die Darstellung wurde die Einfrierungsmethode gewählt.



#### 4.4 Angaben zu den Organen

Der **Geschäftsführung** gehören an:

- Herr Dr. Norbert Menke, Sprecher der Geschäftsführung, (ab dem 1. April 2014),
- Herr Volkmar Müller, kaufmännischer Geschäftsführer, (Arbeitsdirektor ab dem 1. April 2014),
- Herr Josef Rahmen, Vorsitzender der Geschäftsführung, Arbeitsdirektor (bis zum 31. März 2014).

Im Geschäftsjahr 2014 wurden an die Mitglieder der Geschäftsführung folgende Leistungen gewährt:

Name	Festes Jahresgrundgehalt	Sonstige Bezüge	Erfolgsabhängige Vergütungen	Gesamtvergütung	Geleistete Zahlungen im Falle der Beendigung der Tätigkeit (Abfindungen)	Altersversorgung (Beitrags-) Aufwand	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	Art	TEUR
Dr. Norbert Menke	180 <sup>1</sup>	37	38	255	0	–	0
Volkmar Müller	215	36	50	301	0	–	0
Josef Rahmen	62	2	5	69	0	–	0
	<b>457</b>	<b>75</b>	<b>93</b>	<b>625</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>0</b>

<sup>1</sup> inklusive Sprecherzulage

Die Bezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung betragen TEUR 30.

Für laufende Pensionen an ehemalige Geschäftsführer sind TEUR 624 zurückgestellt.

Der **Aufsichtsrat** besteht aus folgenden Mitgliedern:

##### Gesellschaftervertreter

Burkhard Jung Aufsichtsratsvorsitzender (bis 27.06.2014; ab 25.07.2014 bis 21.01.2015; ab 10.02.2015)	Stadt Leipzig	Oberbürgermeister der Stadt Leipzig
Torsten Bonew	Stadt Leipzig	Bürgermeister und Beigeordneter für Finanzen
Axel Dyck	Stadt Leipzig, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion	Sachverständiger für Geotechnik, Geschäftsführer
Reiner Engelmann	Stadt Leipzig, Fraktion DIE LINKE	Lehrer
Ursula Grimm (bis 21.01.2015)	Stadt Leipzig, Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion	Bürgermeisterin a. D.



### Gesellschaftervertreter

Dr. Ilse Lauter	Stadt Leipzig, Fraktion DIE LINKE	Geschäftsführerin
Wolfram Leuze (bis 21.01.2015)	Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Jurist im Ruhestand
Heiko Oßwald	Stadt Leipzig, SPD-Fraktion	Finanzbeamter
Malte Reupert (bis 21.01.2015)	Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Geschäftsführer
Claus-Uwe Rothkegel	Stadt Leipzig, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion	Geschäftsführer der BFH Rothkegel GmbH
Andrea Niermann (ab 21.01.2015)	Stadt Leipzig, CDU-Fraktion	Richterin am Landgericht Leipzig
Katharina Krefft	Stadt Leipzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Ärztin
Frank Tornau	Stadt Leipzig, CDU-Fraktion	Geschäftsführer

### Arbeitnehmervertreter

Ines Kuche Stellvertretende Aufsichtsrats- vorsitzende	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di	Bezirksgeschäftsführerin ver.di – Bezirk Leipzig Nordsachsen
Matthias Irmischer	LeoBus	Koordinator Personal der LeoBus GmbH
Peter Kubiak	SW Leipzig	Kommunikationstechniker, Mitglied des Betriebsrates der SW Leipzig GmbH
Sabine Lange	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di	stellvertretende Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
Steffen Laue	IFTEC	Fahrzeugschlosser, aktuell Betriebs- ratsvorsitzender der IFTEC
Jürgen Mehnert	IG Bergbau, Chemie, Energie	Bezirksleiter der IG Bergbau Chemie Energie des Bezirkes Leipzig
Ronald Petzold	LVB	Koordinator für Verkehrssteuerung, aktuell Betriebsratsvorsitzender der LVB
Steffen Schmidt	SW Leipzig	Betriebsratsvorsitzender der SW Leipzig
Michaela Späth	KWL	Sachbearbeiterin Personalmanage- ment
Steffen Tippach	LVB	Bereichsleiter Marketing der LVB



Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2014 folgende Vergütung und Aufwandsentschädigung:

<b>Gesellschaftervertreter</b>	<b>Vergütung TEUR</b>	<b>Aufwandsentschädigung TEUR</b>
Burkhard Jung Aufsichtsratsvorsitzender	1,5	0,5
Torsten Bonew	0,7	0,5
Axel Dyck	0,9	0,5
Reiner Engelmann	0,9	0,5
Ursula Grimm	0,9	0,5
Dr. Ilse Lauter	0,8	0,5
Wolfram Leuze	0,8	0,5
Heiko Oßwald	0,8	0,5
Malte Reupert	0,8	0,5
Claus-Uwe Rothkegel	0,8	0,5

<b>Arbeitnehmervertreter</b>	<b>Vergütung TEUR</b>	<b>Aufwandsentschädigung TEUR</b>
Ines Küche Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende	1,3	0,5
Matthias Irmischer	0,9	0,5
Peter Kubiak	1,0	0,5
Sabine Lange	0,7	0,5
Steffen Laue	0,9	0,5
Jürgen Mehnert	0,8	0,5
Ronald Petzold	0,7	0,5
Steffen Schmidt	0,8	0,5
Michaela Späth	0,9	0,5
Steffen Tippach	0,8	0,5



#### 4.5 Abschlussprüferhonorar

Das vom Abschlussprüfer des LVV-Konzerns für das Geschäftsjahr 2014 berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 331. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen TEUR 291, auf andere Bestätigungsleistungen TEUR 22 sowie auf sonstige Leistungen TEUR 18. Im Gesamthonorar sind Leistungen für Vorjahre mit TEUR 20 enthalten.

Das Gesamthonorar für andere, bei Tochterunternehmen im LVV-Konzern tätige Abschlussprüfer beträgt TEUR 627. Davon entfallen auf Abschlussprüfungsleistungen TEUR 378, auf andere Bestätigungsleistungen TEUR 20 sowie auf sonstige Leistungen TEUR 229. Im Gesamthonorar sind TEUR 64 für Vorjahre enthalten.

#### 4.6 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

<b>Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB)</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>
Angestellte	2.219	2.249
Gewerbliche Mitarbeiter	2.499	2.548
	<b>4.718</b>	<b>4.797</b>

Leipzig, den 15. April 2015

Geschäftsführung

  
 Dr. Norbert Menke

  
 Volkmar Müller



ANLAGE ZUM KONZERNANHANG

## ENTWICKLUNG DES KONZERNANLAGEVERMÖGENS

IM GESCHÄFTSJAHR 2014

LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						31.12.2014 TEUR
	01.01.2014 TEUR	Währungs- differenz TEUR	Zugänge TEUR	Umb- chungen TEUR	Verände- rungen aus der Equity- Bewertung TEUR	Abgänge TEUR	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, Lizenzen, Nutzungsrechte, EDV-Programme und Grunddienstbarkeiten	135.896	-392	1.996	1.163	0	864	137.799
2. Geschäfts- oder Firmenwert	160.645	0	5	0	0	0	160.650
3. Geleistete Anzahlungen	999	0	1.561	-452	0	0	2.108
	<b>297.540</b>	<b>-392</b>	<b>3.562</b>	<b>711</b>	<b>0</b>	<b>864</b>	<b>300.557</b>
<b>II. Sachanlagen</b>							
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	494.533	-4.335	12.298	40.190	0	1.080	541.606
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.444.849	-1.409	67.456	71.690	0	29.746	3.552.840
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	85.460	-366	5.167	1.200	0	7.024	84.437
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	143.504	-139	57.628	-113.791	0	686	86.516
	<b>4.168.346</b>	<b>-6.249</b>	<b>142.549</b>	<b>-711</b>	<b>0</b>	<b>38.536</b>	<b>4.265.399</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	15.106	-123	1.195	0	0	223	15.955
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	704	0	0	0	704
3. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	72.797	0	0	0	502	0	73.299
4. Beteiligungen	127.917	-4	150	0	0	12	128.051
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.330	0	0	0	0	0	6.330
6. Sonstige Ausleihungen	452	0	0	0	0	44	408
	<b>222.602</b>	<b>-127</b>	<b>2.049</b>	<b>0</b>	<b>502</b>	<b>279</b>	<b>224.747</b>
	<b>4.688.488</b>	<b>-6.768</b>	<b>148.160</b>	<b>0</b>	<b>502</b>	<b>39.679</b>	<b>4.790.703</b>



01.01.2014 TEUR	Kumulierte Abschreibungen						31.12.2014 TEUR	Buchwerte	
	Währungs- differenz TEUR	Zugänge TEUR	Umb- chungen TEUR	Zuschrei- bungen TEUR	Verände- rungen aus der Equity- Bewertung TEUR	Abgänge TEUR		31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
111.075	-131	6.396	0	0	0	853	116.487	21.312	24.821
160.413	0	79	0	0	0	0	160.492	158	232
1	0	30	0	0	0	0	31	2.077	998
<b>271.489</b>	<b>-131</b>	<b>6.505</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>853</b>	<b>277.010</b>	<b>23.547</b>	<b>26.051</b>
247.239	-2.199	10.791	0	0	0	751	255.080	286.526	247.294
1.927.981	-1.148	108.921	7	0	0	28.881	2.006.880	1.545.960	1.516.868
67.679	-257	6.677	-7	0	0	6.749	67.343	17.094	17.781
685	-19	43	0	0	0	0	709	85.807	142.819
<b>2.243.584</b>	<b>-3.623</b>	<b>126.432</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>36.381</b>	<b>2.330.012</b>	<b>1.935.387</b>	<b>1.924.762</b>
9.598	0	0	0	0	0	56	9.542	6.413	5.508
0	0	0	0	0	0	0	0	704	0
71.581	0	0	0	0	0	0	71.581	1.718	1.216
157	-3	841	0	0	0	12	983	127.068	127.760
0	0	1.861	0	0	0	0	1.861	4.469	6.330
257	0	0	0	0	0	0	257	151	195
<b>81.593</b>	<b>-3</b>	<b>2.702</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>68</b>	<b>84.224</b>	<b>140.523</b>	<b>141.009</b>
<b>2.596.666</b>	<b>-3.757</b>	<b>135.639</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>37.302</b>	<b>2.691.246</b>	<b>2.099.457</b>	<b>2.091.822</b>



# KONZERNKAPITALFLUSSRECHNUNG

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2014  
 LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	2014 DRS 2	2013 DRS 2	2014 DRS 21
	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Konzernjahresüberschuss-/fehlbetrag</b>	<b>23.844</b>	<b>-3.462</b>	<b>23.844</b>
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	132.937	133.382	132.937
Abschreibungen auf Finanzanlagen	2.702	313	2.702
Veränderung aus der Equity-Bewertung	-502	-297	0
Abschreibungen auf das Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBiG	127	119	127
Zuschreibungen zum Anlagevermögen	0	-110	0
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	-10.496	-7.912	-13.199
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-34.992	-39.258	-34.992
Erträge aus der Auflösung abgegrenzter Barwertvorteile aus grenzüberschreitenden Leasinggeschäften	-834	-834	-834
Nettogewinn (Vj.: Verlust) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und von konsolidierten Unternehmen	-1.529	2.226	-1.529
Konsolidierungskreisbedingte Änderungen und sonstige nicht zahlungswirksame Vorgänge	-941	182	-941
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte	-3.016	7.174	-3.016
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen und sonstiger Aktiva	41.326	36.002	51.127
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-60.216	7.102	-56.624
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten sowie anderer Passiva	-40.704	-21.059	-35.835
Zinsaufwendungen (+)/Zinserträge (-)			44.989
Beteiligungserträge (-)			-5.760
(+/-) Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten			3.260
Ertragsteueraufwand (+)/-ertrag (-)			-8.962
Ertragsteuerauszahlungen (-)			-10.315
<b>Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>47.706</b>	<b>113.568</b>	<b>86.979</b>
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	3.906	4.962	3.906
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-3.562	-3.490	-3.562
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-142.549	-157.655	-142.549
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.049	-209	-2.049
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	22.258	33.086	
Einzahlungen aus empfangenen Ertragszuschüssen	8.019	6.585	
Rückzahlung von Investitions- und Ertragszuschüssen	-470	-3.021	
(+) erhaltene Zinsen			409
(+) erhaltene Beteiligungserträge			5.472
(+) Einzahlungen aus dem Abgang von Deckungsvermögen			2.554
(-) Auszahlungen für den Erwerb von Deckungsvermögen			-1.476
<b>Cash Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-114.447</b>	<b>-119.742</b>	<b>-137.295</b>
Einlagen der Gesellschafterin	14.271	24.900	14.271
Veränderungen der Anteile von Minderheitsgesellschaftern	0	-14	0
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	185.602	263.338	185.602
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-201.071	-228.710	-201.071
Ausschüttungen	-3.945	-3.316	-3.945
(+) Einzahlungen aus Zuschüssen			32.510
(-) gezahlte Zinsen			-48.935
<b>Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-5.143</b>	<b>56.198</b>	<b>-21.568</b>
<b>Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	<b>-71.884</b>	<b>50.024</b>	<b>-71.884</b>
<b>Finanzmittelfonds am Anfang der Periode</b>	<b>150.018</b>	<b>100.011</b>	<b>150.018</b>
Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-105	-17	-105
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>78.029</b>	<b>150.018</b>	<b>78.029</b>
davon:			
Sonstige Wertpapiere	1.730	1.516	1.730
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	76.299	148.502	76.299
	<b>78.029</b>	<b>150.018</b>	<b>78.029</b>



Konzernbilanz  
Konzerngewinn- und Verlustrechnung  
Konzernanhang  
**Konzernkapitalflussrechnung**  
Konzerneigenkapitalspiegel  
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers





# KONZERNEIGENKAPITALSPIEGEL

ZUM 31. DEZEMBER 2014

LVV LEIPZIGER VERSORGUNGS- UND VERKEHRSGESELLSCHAFT MBH, LEIPZIG

	Mutterunternehmen					Eigenkapital TEUR
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzerneigen- kapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		
	TEUR	TEUR	TEUR	Eigenkapital- differenz aus Währungs- umrechnung TEUR	Andere neutrale Transaktionen TEUR	
<b>01.01.2013</b>	<b>512</b>	<b>97.043</b>	<b>-160.043</b>	<b>-2.668</b>	<b>31.012</b>	<b>-34.144</b>
Änderung des Konsolidierungs- kreises bzw. der Beteiligungs- quote und Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	-1.152	0	-1.152
Ausschüttung an Minder- heitsgesellschafter	0	0	0	0	0	0
Einlage in die Kapitalrücklage	0	14.271	0	0	0	14.271
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	-1.615	1.615	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0	0
Konzernergebnis	0	0	-7.116	0	0	-7.116
<b>31.12.2013</b>	<b>512</b>	<b>109.699</b>	<b>-165.544</b>	<b>-3.820</b>	<b>31.012</b>	<b>-28.141</b>
Änderung des Konsolidierungs- kreises bzw. der Beteiligungs- quote und Kapitalerhöhung	0	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	-2.223	0	-2.223
Ausschüttung an Minder- heitsgesellschafter	0	0	0	0	0	0
Einlage in die Kapitalrücklage	0	14.271	0	0	0	14.271
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
Übrige Veränderungen	0	0	0	0	0	0
Konzernergebnis	0	0	20.696	0	0	20.696
<b>31.12.2014</b>	<b>512</b>	<b>123.970</b>	<b>-144.848</b>	<b>-6.043</b>	<b>31.012</b>	<b>4.603</b>



**Minderheitsgesellschafter**

Minderheitenkapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		Eigenkapital	Konzerneigenkapital
	Eigenkapitaldifferenz aus Währungs-umrechnung	Andere neutrale Transaktionen		
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>89.209</b>	<b>-411</b>	<b>670</b>	<b>89.468</b>	<b>55.324</b>
-4	0	0	-4	-4
0	-21	0	-21	-1.173
-3.316	0	0	-3.316	-3.316
0	0	0	0	14.271
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
3.654	0	0	3.654	-3.462
<b>89.543</b>	<b>-432</b>	<b>670</b>	<b>89.781</b>	<b>61.640</b>
-8	0	0	-8	-8
0	0	0	0	-2.223
-3.945	0	0	-3.945	-3.945
0	0	0	0	14.271
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
3.109	39	0	3.148	23.844
<b>88.699</b>	<b>-393</b>	<b>670</b>	<b>88.976</b>	<b>93.579</b>



### **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den von der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.



Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der LVV Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Leipzig, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, den 24. April 2015

**Deloitte & Touche GmbH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



  
(Drüppel)  
Wirtschaftsprüfer

  
(Schrader)  
Wirtschaftsprüfer





KONZERNABSCHLUSS LVV  
JAHRESABSCHLUSS LVV  
JAHRESABSCHLUSS KWL  
JAHRESABSCHLUSS LVB  
KONZERNABSCHLUSS SW LEIPZIG  
JAHRESABSCHLUSS SW LEIPZIG

## Impressum

**Herausgeber** LVV Leipziger Versorgungs- und  
Verkehrsgesellschaft mbH  
Reichsstraße 4  
Speck's Hof/Aufgang A  
D-04109 Leipzig  
  
Tel.: +49 341 355300-0  
Fax: +49 341 355300-10  
holding@lvv.de  
www.lvv.de

**Verantwortlich** Frank Viereckl, Jörg Glatte  
**Konzept und Gestaltung** Centralgestalt GmbH, Leipzig  
www.centralgestalt.de  
**PDF-Download** www.lvv.de/gb

